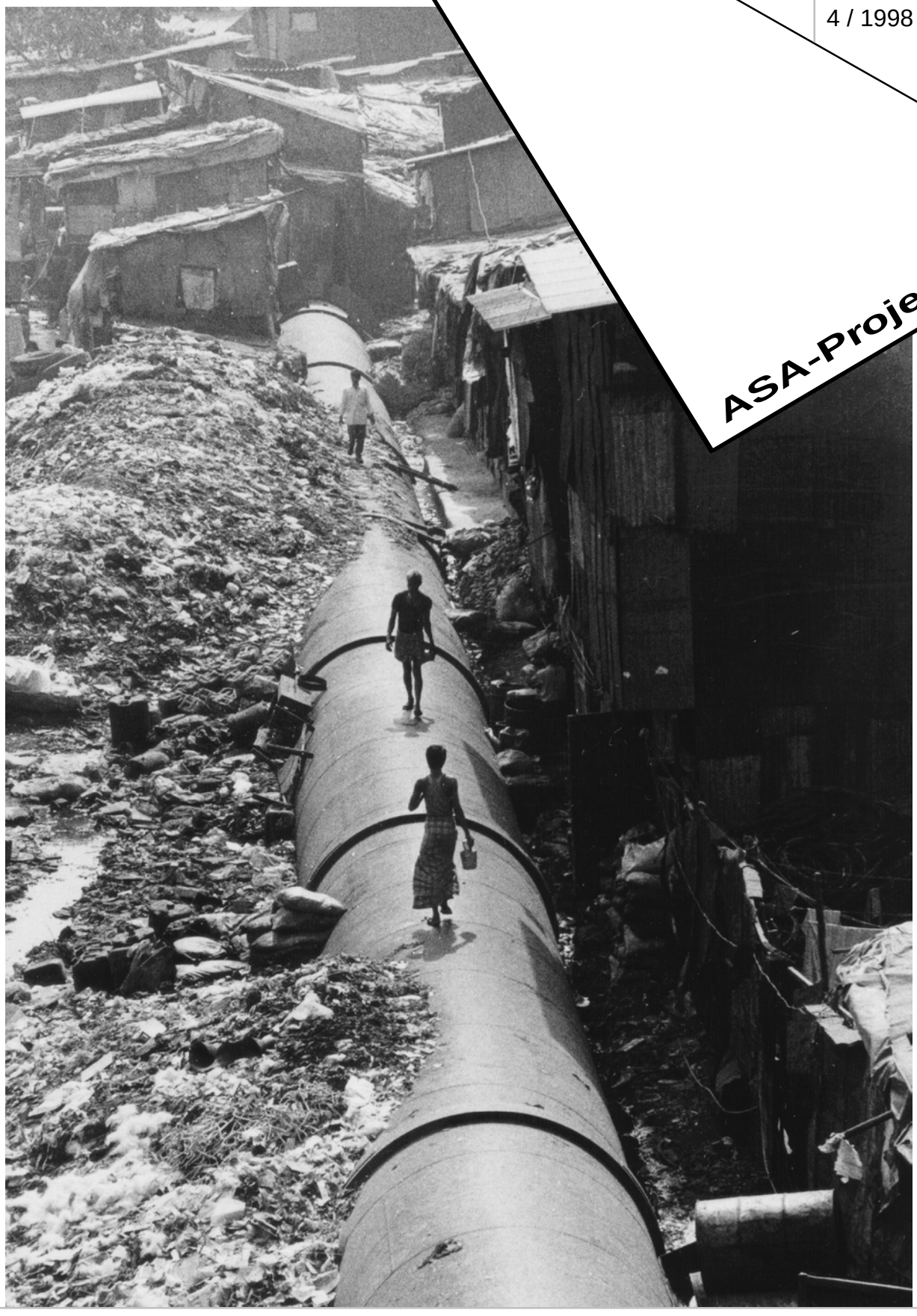
TRIALOG 59

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt
4 / 1998



ASA-Projekte

Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika

Editorial

The ASA Programme certainly is one of the most important development programmes in Germany offering students and young professionals the opportunity for projects and workshops in over 40 countries of Africa, Asia and Latin America. TRIALOG presents a selection of ASA project reports of the last three years within the domain of urban planning and development, participation and self-help organisation, housing and squatter upgrading, architecture and building technologies. Within these reports the different authors do not only deal with aspects of physical planning but also with political, economic, social, and legal aspects of the urban living conditions. The case studies are located among others in Porto Alegre and Recife in Brazil, in Haiti and El Salvador, in Togo and Ghana in Africa, and Bombay in India. In all the cases the participants co-operated with local partners and institutions, like e.g. local NGOs. More detailed information about the individual projects is available from the authors via the TRIALOG editorial staff.

Seit über dreißig Jahren bietet das ASA-Programm jungen Menschen die Möglichkeit, berufliche und persönliche Erfahrungen in einem Land der „Dritten Welt“ zu sammeln. Diese Arbeits- und Studienaufenthalte bilden, quantitativ wie qualitativ, zweifellos das wichtigste entwicklungspolitische „Nachwuchsprogramm“ in Deutschland. Insofern ist es auch für TRIALOG von Bedeutung und an der Zeit, einen genaueren Blick auf das Programm, seine Projekte und deren Ergebnisse zu werfen. Das vorliegende Heft stellt ausgewählte Projekte der letzten Jahre aus den Bereichen Stadtentwicklung und Stadtpolitik, Selbsthilfe und Partizipation, Wohnungsversorgung und Architektur vor. Das Spektrum der Beiträge ist bewußt breit gewählt, um zunächst einen Überblick über die Vielfalt der Arbeiten aus unterschiedlichsten Ländern und Kulturen zu vermitteln. Im Vordergrund der Projekte steht weniger ein streng „wissenschaftlicher“ Anspruch (und manche Aspekte des Dargelegten mögen „Fachleuten“ durchaus schon bekannt sein) als vielmehr ihr von der unmittelbaren persönlichen Erfahrung und Betroffenheit geprägter „Fallstudien-Charakter“. Dabei wird in allen Fällen ein starkes soziales Engagement für die schwachen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen deutlich. Dieser Einsatz für eine gerechtere Verteilung der Güter und Lebenschancen macht die ASA-StipendiatInnen auch nach ihrer Rückkehr nach Deutschland zu wichtigen Multiplikatoren im Bemühen um eine größere entwicklungspolitische Öffentlichkeit.

In das Thema einführende Beiträge von **Peter Müller-Rockstroh** und **Stefan Thimmel** beschreiben und positionieren das ASA-Programm, seine geschichtliche Entwicklung, Aufgaben, Ziele und Verfahrensweisen. **Michael Peterek** bewertet die Relevanz der Projekte aus der Sicht eines deutschen Hochschulinstituts; aus der Perspektive des Südens ist der Beitrag von **Guadelupe Ortiz** geschrieben.

Der Reigen der Projekte wird von **Clóvis Roberto Zimmermann** mit einem Artikel über das Modell der „Partizipatorischen Haushaltsplanung“ in Porto Alegre eröffnet. Die Mehrzahl der Beiträge thematisiert die informellen Wohnquartiere in den städtischen Ballungsräumen. **Bettina Köhler** und **Susanne Schindler** setzen sich mit der veränderten Rolle und dem erweiterten Aufgabenfeld der uruguayischen Wohnungsbaukooperativen angesichts eines neuen Schubs der städtischen Expansion auseinander. In Port-au-Prince haben **Jules-Edouard Jeannot** und **Ronald Redeker** eine beispielhafte “bidonville” detailliert in ihren Wachstumsprozessen analysiert. **Ulrich Wagner** beschreibt vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in San Salvador die Möglichkeiten und Grenzen einer “Entwicklung von unten”. Die zunehmende Polarisierung der städtischen Entwicklung von Maputo ist das Thema, das sich **Frank Eckhardt** gestellt hat. In Recife versucht man mit dem PREZEIS-Programm seit 1987 partizipative Sanierungskonzepte umzusetzen: **Richard Rehm** hat die Widersprüche zwischen Anspruch und Realität analysiert. In Bombay lebt ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nach wie vor auf der Straße; die schwierige Alltagsarbeit von drei NROs, die versuchen, den marginalisierten Gruppen zu einem einigermaßen gesicherten Obdach zu verhelfen, wird im Beitrag von **Holger Wichert** beschrieben.

Immer wieder führen ASA-StipendiatInnen die Auseinandersetzung mit den in ihren Projekten erfahrenen Themen auch nach der Rückkehr in Semester- oder Abschlußarbeiten noch weiter. Beispielhaft werden hier die Diplomarbeiten von **Ingo Knoth** zur Siedlungsplanung für die ZEIS Campo Grande in Recife bzw. von **Oliver Gehlen** für eine Umnutzung der großen Textilmühlen in Bombay in Auszügen vorgestellt.

Der kleinstädtische und ländliche Raum und die damit verbundenen Fragen und Aufgaben können im vorliegenden Heft nur am Rande gestreift werden. **Benedikt Korf** untersucht die Dezentralisierungsbemühungen in Ghana am Beispiel des Wassermanagements in zwei ländlichen Gemeinden. **Christine Wamsler** setzt sich mit der Architektur und Stadtentwicklung von Bassar im Norden Togos auseinander.

Abschließend stellen sich **Dalk-Ascan Bandilla** und **Christoph Vogt** am Beispiel der Stadt Concepción die Frage nach dem Begriff der städtischen Armut bzw. der “städtischen Lebensqualität”. Anhand von ausgewählten Quartieren versuchen sie die Widersprüche zwischen dem gängigen Verständnis von Armut und einer persönlichen Wahrnehmung von Lebensqualität in der Stadt aufzuzeigen.

Michael Peterek, Stefan Thimmel

TRIALOG 59

A Journal for Planning and Building in the Third World
4 / 1998

ASA-Projekte

Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika

Inhalt / List of Contents

4 **Das ASA-Programm**
Einstieg in die Probleme städtischer Entwicklung in der „Dritten Welt“
PETER MÜLLER-ROCKSTROH

5 **Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika**
Projekte für die Öffnung der Einbahnstraße Entwicklungspolitik
STEFAN THIMMEL

7 **Planen und Bauen in globaler Perspektive**
Zur Relevanz des ASA-Programms aus Sicht einer Hochschule
MICHAEL PETEREK

11 **Vom Paternalismus zur Partizipation**
Die Erfahrung der demokratischen Haushaltsplanung in Porto Alegre
CLOVIS ROBERTO ZIMMERMANN

15 **Die „Wohnungsbaukooperativen in gegenseitiger Hilfe“ in der Stadtentwicklung von Montevideo**
BETTINA KÖHLER / SUSANNE SCHINDLER

20 **Entwicklungsprozeß und Konsolidierung der Cité Jasmin in Port-au-Prince**
JULES-EDOUARD JEANNOT / RONALD REDEKER

24 **Selbstorganisationsprozesse als Träger einer „Entwicklung von unten“**
Das Beispiel der marginalisierten Stadtviertel von San Salvador
ULRICH WAGNER

28 **Im langen Schatten des Krieges**
Maputo auf dem Weg zu einer „normalen“ Stadt des Südens
FRANK ECKARDT

31 ***Local Self-Reliance* im Kontext der Dezentralisierung in Ghana**
Selbsthilfemodelle in der Wasserversorgung ländlicher Kommunen
BENEDIKT KORF

36 **PREZEIS - Konzeption und Umsetzung des partizipativen Sanierungsprogramms für die städtischen Armenviertel in Recife**
RICHARD REHM

40 **Ein Urbanisierungsprojekt für die ZEIS Campo Grande in Recife**
INGO KNOTH

43 **Strategien der sozialen Wohnraumversorgung in den Slums von Bombay**
HOLGER WICHERT

47 **Umnutzungsvorschlag für die Cotton Textile Mill Kohinoor 1 und 2 in Bombay**
OLIVER GEHLEN

50 **Architektur und Städtebau in Bassar, einer Kleinstadt in Togo**
CHRISTINE WAMSLER

54 **Atlas der städtischen Lebensqualität in Concepción**
DALK-ASCAN BANDILLA / CHRISTOPH VOGT

59 **Der „Consejo Coordinador de Comunidades“ in San Salvador und seine Erfahrung mit dem ASA-Programm**
GUADELUPE ORTIZ

60 **Neue Bücher /** Book Reviews

68 **Veranstaltungen /** Forthcoming Events

Das ASA-Programm
Einstieg in die Probleme städtischer Entwicklung in Ländern der „Dritten Welt“

PETER MÜLLER-ROCKSTROH

The ASA Programme

The rise of the cities and the growing world-wide urbanisation will be one of the most significant features of the 21st century. Sustainable urban concepts and policies are required. Since its beginning the ASA Programme has devoted its particular attention to these urban problems, and especially to the living conditions of the poorer groups of the population, e.g. the marginalized inhabitants of the slums, barrios and favelas in the countries of the South.

Seit Mitte der 50er Jahre hat sich die Zunahme der Weltbevölkerung fast zu hundert Prozent auf die Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika verlagert. Es sind vor allem die Städte, die ständig weiter wachsen. Hier suchen und finden die meisten Menschen (in welcher Qualität auch immer) ihre Lebenschancen. In den Städten entscheidet sich die Lebensform und die Lebensqualität der Zukunft für den weitaus größten Teil der heute und morgen lebenden Menschen in der „Einen Welt“. Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hat deshalb nicht nur die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung in Bezug auf die schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen zum Thema der Entwicklungspolitik (und eben nicht nur der Spezialisten für Entwicklungspolitik) gemacht, sie hat, vor mehr als sechs Jahren, auch die Forderung nach Gerechtigkeit in der Verteilung der Lebenschancen und der Nutzung der materiellen Güter der Erde als Voraussetzung für das Gelingen von Nachhaltigkeit bekräftigt. Entwicklungspolitik für die Städte wird also auch in Zukunft ein Thema auf allen Ebenen und in allen Sektoren entwicklungspolitischen Planens und Handelns sein. Hier auf der Ebene der konkreten und alltäglichen Lebenswirklichkeit der Menschen bilden Wirtschaftsformen und Sozialstrukturen, Steuern und Märkte, Arbeit und Migration, Veränderungen der Werte und Lebensformen in Familien und Verbänden, Globalisierung und De-Industrialisierung, Altern der Menschen und Singularisierung, Verkehr und kulturelle Trends das „Gesicht“ ebenso wie das „Gerippe“ unserer Gesellschaft.

Kein Wunder also, daß sich zum einen in einer Publikation wie dem vorliegenden Heft die unterschiedlichsten Themen, Akkorde und Melodien zu einem dennoch im ganzen stimmigen (nicht unbedingt melodischen), aber eben am Leitthema Stadtzukunft und Stadtentwicklung orientierten Konzert zusammenfinden. Kein Wunder aber auch, daß zum anderen in einem auf entwicklungspolitische Aktualität und entwicklungspolitisches Lernen hin orientierten Nachwuchsorchester wie dem ASA-Programm auch die Instrumente, Tonarten, Chöre erprobt und mit- oder sogar vorgespielt werden, die in die „Sätze“ jenes Konzerts gehören und zum Mitspielen Zugang und Motivation ergeben.

Das ASA-Programm hat solchen Stimmen und Themen immer wieder vielfältigsten Raum gegeben. Und nicht nur den klassischen Themen von Stadtentwicklung und Städtebau, Architektur und Wohnformen: Die städtische Palette von Nachhaltigkeit und Ressourcennutzung, von Armut und sozialer Diversifizierung, vom Zerfall alter und Entstehen neuer Lebensformen, von Arbeit und Infrastruktur macht jährlich einen grösseren Teil der Projekte aus und kam auch in früheren Publikationen des Programms zu vielfarbigem Ausdruck.[1]

Ein identifizierbarer Tenor eint viele der in diesem Heft versammelten Beiträge über Projekte aus den Jahren 1996 und 1997; er macht auch eine der wesentlichen programmatischen Leitlinien von ASA bei aller thematischen, fachlichen und methodischen Vielfalt aus: Da ist zum einen - um es mit einem bekannten Slogan der Aktion Brot für die Welt zu formulieren - die Forderung „den Armen Gerechtigkeit“ in der Zuweisung und Verteilung von Lebenschancen einzuräumen. Da ist zum anderen, dem Ansatz vieler Projekte und Kooperationen an der Basis entsprechend, die entschiedene Tendenz, den ungehörten Stimmen der Menschen aus der „Dritten Welt“, das heißt der marginalisierten und abgehängten Welt der Slums, Barrios und Favelas, Gehör und Anwaltschaft zu verschaffen.

Den Herausgebern von TRIALOG und der Redaktion des vorliegenden Heftes gebührt der Dank der Teilnehmer/innen und der Mitarbeiter/innen des ASA-Programms für die Chance, die diese Veröffentlichung bietet, den „Stimmen aus dem Süden“ Gehör in „unserer“ Welt zu verschaffen.

1
Veröffentlicht wurden zu diesem Thema bisher u.a. folgende Titel: Johannes Augel (Hrsg.): Zentrum und Peripherie. Urbane Entwicklung und soziale Probleme einer brasilianischen Großstadt, ASA-Studien 22, Saarbrücken 1991; Sebastian Kasack: Wollt Ihr uns aus unserem Viertel vertreiben. Stadtentwicklung in den Armenvierteln von Luanda/Angola, ASA-Texte 2, Berlin 1992; Peter Grohmann, Veit Hannemann, Dirk Hoffmann (Hrsg.): Andere Städte - anderes Leben. Stadtentwicklung, Umweltkrise und Selbsthilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika, ASA-Studien 31, Saarbrücken 1995

Dr. Peter Müller-Rockstroh, promovierter Historiker, arbeitet seit 1979 hauptberuflich in der personellen Entwicklungszusammenarbeit. Von 1985 bis 1990 war er Landesbeauftragter des Deutschen Entwicklungsdienstes in Brasilien. Seit 1990 ist er Leiter des ASA-Programms in Berlin.

Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika

Projekte für die Öffnung der Einbahnstraße Entwicklungspolitik

STEFAN THIMMEL

Hauptziel des vor 38 Jahren von Studierenden in Frankfurt am Main ins Leben gerufenen ASA-Programms ist es, StudentInnen aller Fachbereiche und jungen Berufstätigen die Chance eines entwicklungspolitischen Einstiegs zu bieten. Träger des Programms ist seit 1981 die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) mit Sitz in Köln. Gefördert wird das Programm von der CDG, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Mehrzahl der deutschen Bundesländer. Aber auch die TeilnehmerInnen tragen mit ihren eigenen Beiträgen zur finanziellen Absicherung und zur entwicklungspolitischen Eigenständigkeit des Programms bei.

Anfangs als studentisches Programm konzipiert, bietet das ASA-Programm seit 1984 auch für junge Berufstätige nichtakademischer Berufszweige Arbeits- und Studienaufenthalte an. Neben sozialen und medizinisch-pflegerischen sind hierbei auch immer mehr handwerkliche Berufsfelder vertreten. Die Projekte werden jährlich aus einer Vielzahl von Vorschlägen ausgewählt. Angeboten wurden auch in diesem Jahr wieder Arbeits- und Studienaufenthalte für ca. 200 TeilnehmerInnen in mehr als 40 Ländern aller Kontinente.

Projektvorschläge können sowohl von ehemaligen TeilnehmerInnen, von wissenschaftlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland als auch als Eigenvorschläge eingereicht werden. Jedes Jahr im September werden 180 bis 200 Projektvorschläge eingereicht und jedes Jahr im November werden aus ca. 1300 Bewerbungen die TeilnehmerInnen ausgewählt.

Hier bietet sich gerade auch für Hochschulen eine Chance, Projekte zu entwickeln und so den StudentInnen mit Interesse an der Situation in außereuropäischen Ländern einen praktischen Bezug zur Lehre zu ermöglichen. Und in den weitaus meisten Fällen profitieren alle Beteiligten: Es entstehen neue Kontakte zu Organisationen in der „Dritten Welt“, oft schließen sich Semester- oder auch Diplomarbeiten an den Aufenthalt an. Das wichtigste Kriterium zur Auswahl der Projekte ist neben der Durchführbarkeit des Projektes im Zeitraum von drei Monaten die Anbindung an eine Partnerorganisation im Gastland. Seine Substanz und seine Aktualität bezieht das Programm gerade durch diese Kooperation mit den vielfältigen Partnern.

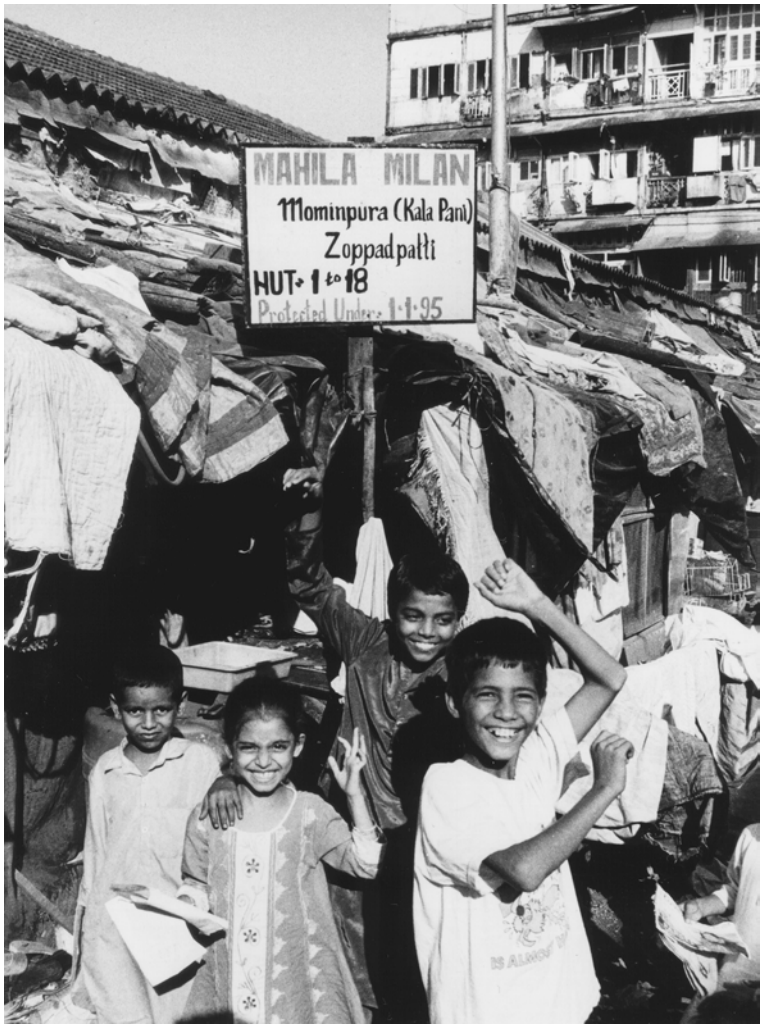
Trotz der unbestrittenen Qualität der Projekte und der einzigartigen Mitbestimmungsmöglichkeiten der TeilnehmerInnen an der Programmgestaltung sind aber auch hier in den letzten Jahren die zur Verfügung stehenden Mittel gekürzt worden. Dabei enthält das Programm alle Komponenten einer zukunftsfähigen Entwicklungspolitik: Neben den Projektaufenthalten vor Ort sind hier vor allem die Süd-Nord-Projekte, durch die es jungen Menschen aus dem Süden ermöglicht wird, für drei Monate die Situation in Deutschland kennenzulernen, und die Aktivitäten der ehemaligen TeilnehmerInnen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Inland zu nennen.

Von der Wohnungsversorgung zu Partizipationsprozessen

Geradezu idealtypisch läßt sich an der Entwicklung einzelner Themenschwerpunkte über mehrere Jahrzehnte hinweg ablesen, wie sich bestimmte Inhalte verändert haben. Im Bereich Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung kann man diese Entwicklung besonders gut verfolgen: Waren in den 70er und frühen 80er Jahren Projektthemen wie die Verbesserung der Wohnungsversorgung in den Entwicklungsländern und die neuen Konzepte zu Selbsthilfe-Programmen bestimmend, so traten in den letzten Jahren immer mehr eher „weiche“ Themen wie Partizipationsprozesse und -methoden, Dezentralisierungsansätze oder

Practical Experience in Africa, Asia and Latin America

Students in Frankfurt have founded the ASA Programme 38 years ago. Its main objective is to offer students and young professionals the opportunity to gain some personal and practical experience in countries of the so-called Third World. In financial terms the Programme is supported by the Carl Duisberg Gesellschaft, the Federal Ministry of Economic Co-operation, and by the majority of the German federal states. On the average there are about 200 participants per year working in all kind of projects and workshops in about 40 different countries in Africa, Asia and Latin America. Former participants, academic institutions, NGOs, and other organisations in Germany and abroad can submit proposals for projects. Project reports are available in the office of the ASA Programme in Berlin.



Bombay (ASA-Projekt 1997): Strategien der sozialen Wohnungsversorgung / Fotos: Oliver Gehlen

auch die Verknüpfung von umwelt- und stadtpolitischen Themen in den Vordergrund. Die Projekte, die sich mit der Architektur in den einzelnen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika beschäftigen, sind eher seltener geworden.

Ebenso hat sich auch das Profil der Partnerorganisationen in den Gastländern geändert. Hier wird zunehmend die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NROs), die ganz konkrete Arbeit mit den Menschen vor Ort machen, gesucht.

Dokumentiert ist diese Entwicklung in den Auswertungsberichten der TeilnehmerInnen. Im Archiv im Berliner Büro des ASA-Programms können diese eingesehen und ausgeliehen werden. Eine enorme Vielfalt von Projekten und Erfahrungsberichten liegt hier versteckt, ein Potential, das noch viel zu wenig genutzt wird. Bis auf wenige Ausnahmen stehen die Berichte allen InteressentInnen zur Ausleihe zur Verfügung; auf Anfrage werden die Berichte zugesandt.

In Bezug auf das Themengebiet Planen und Bauen in Entwicklungsländern ist insgesamt allerdings festzustellen, daß sich die Angebote für ArchitektInnen und PlanerInnen eher verringert haben. So lagen im Programmjahr 1999 z.B. für Lateinamerika nur zwei Projekte aus den Bereichen Stadtplanung und Architektur vor; entsprechend groß war die Zahl der BewerberInnen auf diese wenigen Plätze. Eigentlich unverständlich bei der wachsenden Bedeutung dieser Themen.[1]

Hier bietet sich also auch für die Hochschulen ein Anreiz, aktiv zu werden und durch eigene Projektvorschläge dieses Defizit auszugleichen. Nicht zuletzt durch die direkte Erfahrung und die Zusammenarbeit mit PartnerInnen vor Ort während des dreimonatigen Aufenthalts in einem Land Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas kann dazu beigetragen werden, die Sensibilität für die „Eine-Welt“ zu verstärken und im „Entwicklungsland Deutschland“ für einen Ausgleich zwischen Nord und Süd mitzuarbeiten: Kompetenzen, die sicher auch für die Arbeit von ArchitektInnen und PlanerInnen in Deutschland immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Weitere Informationen zu den in diesem Heft dokumentierten Beiträgen können direkt bei den AutorInnen angefragt werden.[2]

1
Siehe dazu auch den Beitrag von Michael Peterek in diesem Heft

2
Die Adressen sind über die TRIALOG-Geschäftsstelle oder bei Stefan Thimmel, Habitat Informationsbüro Berlin, Greifswalder Straße 33a, 10405 Berlin, Tel. 030-42851585, Fax 030-42851586, e-mail: habitat-buero@berlinet.de zu erhalten.

Stefan Thimmel, Dipl.-Ing. Architektur und freier Journalist, war 1992 als ASA-Teilnehmer in Uruguay. Seitdem arbeitet er u.a. als Tutor und Seminarleiter am ASA-Programm mit und ist Mitarbeiter des Habitat Informationsbüros Berlin und von BERLIN 21, dem Zusammenschluß umwelt- und entwicklungspolitischer Gruppen und Organisationen in Berlin. Er war für die Auswahl und Redaktion der vorliegenden Beiträge verantwortlich.

Planen und Bauen in globaler Perspektive

Zur Relevanz des ASA-Programms aus Sicht einer Hochschule

MICHAEL PETEREK

Mitte Oktober herrscht stets spannungsvolle Erwartung: Pünktlich zum Semesterbeginn steht das neue ASA-Programmheft bevor. Das Interesse der Studenten ist groß und, zumindest in unserem Fachbereich, in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Der Grund dafür liegt darin, daß es ansonsten für interessierte Bewerber kaum Angebote an fachspezifischen Praktika und Arbeitsaufenthalten in den Ländern Afrikas, Asien und Lateinamerikas gibt. Auch die „klassischen" Dienste wie DED und GTZ bieten im Bereich der Bau-, Siedlungs- und Stadtplanung (leider) kaum Möglichkeiten für Praktika, Assistenzen und/oder Hospitationen in ihren Projekten.

An etlichen, wenn auch nicht allen, Architektur- und Städtebaufakultäten der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen ist der Bereich des Planen und Bauens in den Ländern des Südens in Lehre und Forschung vertreten und dort - als Haupt- oder wichtige Teilaktivität – seit Jahren ein etablierter Bestandteil des Unterrichtsangebots.[1] Das ASA-Programm ist für diese Institute ein wichtiger und willkommener Partner, und die Projekte, die eine offensichtliche Lücke schließen, bilden eine zentrale Ergänzung des Lehrangebots in diesem Bereich.

Worin liegen die Attraktivität und die spezifische Qualität der ASA-Projekte für die Hochschulen? Hier lassen sich zunächst zwei eher allgemeine sowie anschließend weitere fachspezifische Aspekte unterscheiden.

Interkulturelles Lernen

ASA-Projekte eröffnen und fördern Chancen und Freiräume des Lernens, für die heute an den Hochschulen, mit ihren meist sehr reglementierten und an der zügigen Vermittlung von anwendbarem Spezialwissen ausgerichteten Studiengängen, kaum Zeit verbleibt. Im Gegenzug ermöglichen und erfordern die ASA-Aufenthalte einen (selbst-)kritischen Blick über den eigenen (fachlichen, universitären, aber auch kulturellen) Tellerrand hinaus. Sie vermitteln einen Einblick in andere Lebensweisen und Kulturen, fördern das Hineindenken und den Umgang mit anderen Wertsystemen, wobei sie für das Fremde sensibilisieren und dessen Unterschiede und Qualitäten begreifbar machen. Es sind Kompetenzen und Qualifikationen, die in Zukunft, im Zeitalter einer wachsenden weltweiten ökonomischen, aber auch sozialen und kulturellen Verflechtung, immer wichtiger werden – im Sinne einer Befähigung zum partnerschaftlich geführten, interkulturellen Dialog.

Insofern ist es wichtig, daß bei den ASA-Projekten das Lernen *von* den Ländern des Südens im Vordergrund steht – und nicht ein einseitiger Wissen- und Lösungstranfer *in* die sog. Dritte Welt, was die Projekte der herkömmlichen Entwicklungszusammenarbeit oftmals bestimmt, bei denen ein Lerneffekt oder gar Entwicklungsprozeß in umgekehrter Richtung meist nicht in Erwägung gezogen wird. Erst langsam setzt ein Prozeß des Umdenkens ein, der die Auseinandersetzung mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Ländern des Südens als einen wechselseitigen Erfahrungsaustausch begreift, mit der Bereitschaft, auch eigene, eingefahrene Positionen und Maßstäbe zu hinterfragen. Gerade dazu kann die Grundphilosophie der ASA-Projekte einen wichtigen Beitrag leisten.

Interdisziplinärer Austausch

ASA ermöglicht nicht nur, sondern fordert in jedem einzelnen Projekt die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachrichtungen und Disziplinen, von Studenten und Berufstätigen, Akademikern und Nichtakademikern. Auch dazu bietet der Alltag in den Hochschulen nur selten Gelegenheit, trotz aller schönen Worte und Beteuerungen, in diese Richtung zu gehen. Aufgrund von übervollen Studien- und Stundenplänen, fachlichen Scheuklappen, Bedenken vor

University Experience with the ASA Programme

Several universities in Germany deal with aspects of planning and building in countries of the South within their teaching and research programme. For them the ASA Programme is a welcome and important partner. There do not exist many other possibilities for students to gain some practical experience in the domain of architecture and urban planning in Africa, Asia or Latin America. The ASA projects promote intercultural and multi-disciplinary learning, a competence that is becoming more and more important today. By the grassroot orientation of most of the projects (co-operation with the underprivileged population in the marginalized quarters) they emphasise the social relevance of physical planning and advocate a consciousness for the variety and richness of world-wide architectural traditions and planning and building cultures. After their return to Germany the students often continue their research by a follow-up of publications, exhibitions and conferences, seminar and diploma theses, thus contributing to an enlargement of the teaching and research programme of the concerned universities. Finally the ASA Programme offers the possibility to German academic institutions to enlarge their network of international contacts and co-operation.

1
Eigene Universitätsprofessuren zum „Planen und Bauen in der Dritten Welt“ sind derzeit an den Architekturfakultäten in Berlin (TU), Stuttgart und Darmstadt eingerichtet. Regelmäßige spezifische Lehrangebote bestehen darüber hinaus in Aachen, Braunschweig, Dortmund, Hamburg-Harburg und Karlsruhe. Auch an einigen Fachhochschulen gibt es entsprechende Institute und Lehrbeauftragungen.

zusätzlichem Arbeitsaufwand und anderen Vorbehalten mehr bleibt das Bemühen um überfachliches, projekt-orientiertes Lernen und Arbeiten meist auf der Strecke bzw. die große Ausnahme. Die ASA-Projekte hingegen machen solche Vorgehensweisen zur *conditio sine qua non* und leisten damit, am Beispiel konkreter und praxisnaher Aufgabenstellungen, einen wichtigen Beitrag zur überfachlichen Kooperation oftmals ganz unterschiedlicher Disziplinen, z.B. in der Zusammenarbeit zwischen Ingenieurwissenschaften und Geistes- oder Sozialwissenschaften.

Ein neuartiges urbanes Erfahrungsfeld

Während noch vor wenigen Jahrzehnten Urbanisierung und Metropolisierung vorrangig als Phänomene der „entwickelten“, industrialisierten Welt betrachtet wurden, haben sich inzwischen - in atemberaubenden Tempo - die Positionen radikal verschoben: Aus einer eher peripheren Lage heraus avancierten die Metropolen der südliche Hemisphäre zu den global gesehen zentralen Schauplätzen, an denen sich Stadtentwicklung, Siedlungs- und Wohnungsbau heute vollziehen. Dies betrifft nicht nur die quantitativen Aspekte, die für mitteleuropäische Maßstäbe kaum noch vorstellbare Grössenordnungen und Beschleunigungswerte erreichen, sondern darüber hinaus auch ganz wesentliche qualitative Veränderungen, die in der bisherigen Geschichte der Menschheit ohne Vorbild sind. Entscheidende Erscheinungsformen, Erfahrungs- und Lernfelder der Stadtentwicklung haben sich heute aus Europa in die Regionen der sog. Dritten Welt verlagert – eine Tatsache, die unseren etablierten Eurozentrismus (auch im Bereich der Stadtplanung) grundlegend in Frage stellt und jeden engagierten Planer zur Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen herausfordern muß.

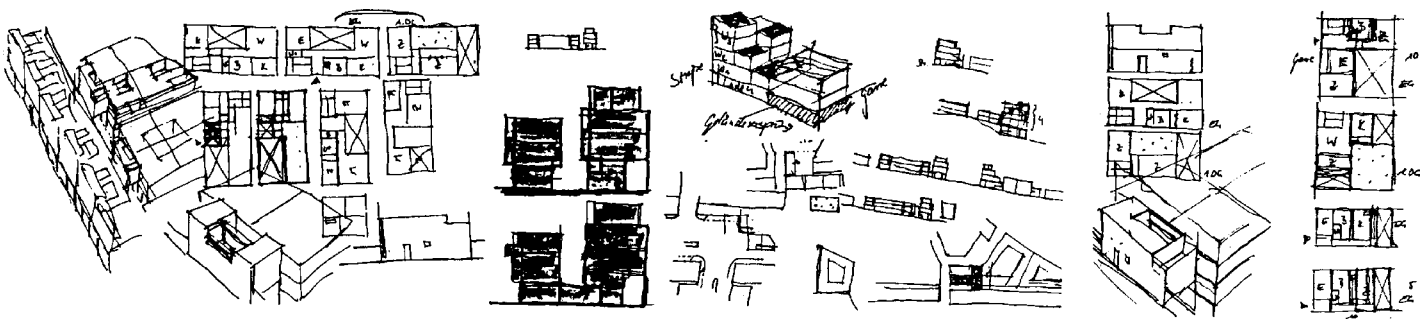
Das ASA-Programm bietet hier vielfältige Möglichkeiten, einen unmittelbaren und persönlichen Einblick in die Entwicklungsprozesse zu gewinnen: nicht nur in den explosionsartig anwachsenden Agglomerationsräumen und Metropolen, sondern auch in den mittleren und kleineren Städten mit ähnlich gelagerter Problematik bzw. im ländlichen Hinterland, das – sozusagen als „Kehrseite“ der Medaille –von den tiefgreifenden Strukturveränderungen genauso betroffen ist. Die denkbaren Arbeitsfelder für „ASAten“ sind dabei weit gestreut, wie das breite Spektrum der in diesem Heft zusammengestellten Beiträge deutlich macht.

Für einen (zwangsläufig kleineren) Kreis von Teilnehmer und Teilnehmerinnen können die Projekte darüber hinaus auch den „Einstieg“ in ein entsprechendes berufliches Tätigkeitsfeld bedeuten und damit einen ersten diesbezüglichen Erfahrungsgewinn bieten. Eine Analyse der „Biographien“ mancher vormaliger Stipendiaten belegt dieses, wobei es bei den Projekten primär allerdings nicht um die Ausbildung von Fachleuten auf diesem Gebiet gehen kann und soll.

Soziale Relevanz der Planung

Einen Schwerpunkt innerhalb der ASA-Projekte bildet die Auseinandersetzung mit der sozialen Relevanz von Architektur und Stadtplanung. Die Mehrzahl der Projekte ist im basisorientierten oder auch informellen Bereich angesiedelt, setzt sich mit den Lebensumständen der ärmeren und benachteiligteren Bevölkerungsschichten auseinander, die in vielen Städten und Ballungsräumen des Südens zwischen 50% und 80% der Gesamtbevölkerung ausmachen, von der „offiziellen“ Stadtplanung aber oftmals vergessen werden. ASA-Projekte bemühen sich um Strategien, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken oder sie, soweit möglich, zumindest abzumildern.

Dieses Engagement für die Schwächeren und für diejenigen, die sich nicht alleine helfen können, ist besonders wichtig in einer Zeit, in der im Städtebau – auch bei uns – eher eine spektakuläre, aber vielfach nur vordergründige Ästhetisierung propagiert wird, die den Nutzer und seine legitimen Bedürfnisse des Alltags weitgehend in den Hintergrund stellt. Damit verbunden ist eine Tendenz zur Abschottung und Ausgrenzung der Armen, der Schwachen, der Unerwünschten im städtischen Raum, welche das Bild der großen Visionen und schönen Inszenierungen nur stören. Durch die unmittelbare Konfrontation mit diesen Gruppen und ihren alltäglichen Problemen wird in den ASA-Projekten der Blick geschärft für die soziale Gebrauchsfähigkeit der Stadt und für die zen-



Integration einer „Durchbruchstraße“ und ihrer Ränder in die Altstadt von Aleppo (Skizzen von Heike Molzberger; ASA-Projekt 1996)

trale Aufgabe der Planung, Kohäsion und Verknüpfungspunkte zu schaffen statt die ohnehin schon bestehenden, sichtbaren und unsichtbaren, Grenzen nur weiter zu verschärfen.

Abschied von Patentrezepten

Trotz aller gravierenden, existentiellen Probleme überrascht in einer Vielzahl von Projekten die Kreativität der Bewohner, deren Vitalität und Dynamik, die in flexiblen Entwicklungs-, Ausbau- und Veränderungsprozessen ihren Ausdruck erfährt. Davon sind die Teilnehmer nach ihrer Rückkehr – trotz aller angetroffenen Probleme – immer wieder beeindruckt. In ihrem prozeßorientierten Charakter und stufenweisen Ausbau sind die vorgefundenen Siedlungen und baulich-räumlichen Strukturen vielfach besser als manches Modell einer förmlichen Planung den individuellen und kollektiven Ansprüchen und Möglichkeiten ihrer Bewohner angepaßt. Mit innovativen und informellen Planungsmethoden, Ad-hoc-Entscheidungen, spezifischen Anpassungs- und „Nachrüstungs"-methoden, oft verbunden mit einer intensiven Einbindung der Bevölkerung in den Planungsprozeß, werden binnen kürzester Zeit weitläufige Stadtstrukturen geschaffen, denen es gelingt, die wachsende Bevölkerung, wenn auch unter kritischen Bedingungen, aufzunehmen und zu versorgen. In wenigen Jahren wird aus einer provisorischen Hüttensiedlung unter Umständen ein konsolidiertes Stadtquartier.

Damit bilden diese Beispiele großmaßstäbliche „Städtebau-Laboratorien" ganz eigener Art, die – bei allen materiellen und personellen Restriktionen – ein oftmals beeindruckendes Stadtmanagement aufweisen und uns manche Leitbilder, Paradigmen und Patentrezepte unserer „förmlichen" Architektur und Stadtplanung hinterfragen lassen, ebenso aber auch unsere vielfach überzogenen Ansprüche und Standards von Planung und Ausstattung mit ihrem - im globalen Vergleich – enormen und unhaltbaren Ressourcen- und Flächenverbrauch. Auch das ist ein wichtiger Lerneffekt, der gerade für uns in der sog. entwickelten Welt große Bedeutung besitzt.

Bewußtsein für die Vielfalt weltweiter Baukulturen

Die baukünstlerische Leistung der Länder des Südens erschöpft sich keineswegs im informellen Siedlungsbau. Auch im formellen Bereich gibt es hervorragende Leistungen, sowohl in der Gegenwart (etwa in Indien, in Ägypten, in Mexiko, um nur wenige Beispiele zu nennen) als auch im traditionellen Bauen der Vergangenheit. Dieses kulturelle und bauhistorische Erbe – in seinen Qualitäten wie in seinen Bedrohungen - wird in den ASA-Projekten regelmäßig thematisiert. Die Auseinandersetzung mit dem Planen und Bauen in den Ländern des Südens kann dabei ein Bewußtsein für die weltweite Vielfalt der Baukulturen wecken, die unter der Hegemonie der modernen westlichen Baukultur in den letzten Jahrzehnten vielerorts unterzugehen drohten. Sie kann uns zeigen, wie unter anderen geographischen, klimatischen, kulturellen, aber auch sozialen und ökonomischen Bedingungen gebaut und gesiedelt wird und damit ein Bewußtsein für Unterschiede zwischen einzelnen Regionen, Ländern und Kontinenten wecken - für die Erkenntnis, daß es neben unserer eigenen noch viele andere, historisch wertvolle (und zum Teil sogar viel ältere) Bau- und Stadtkulturen gibt, die, wie z.B. die orientalische Stadt, die europäische Entwicklung entscheidend mitgeprägt haben.

Genossenschaftlicher Wohnungsbau im Westen von Aleppo (ASA Süd-Nord-Projekt 1998: Vergleich von Siedlungsformen in Aleppo und Karlsruhe) / Foto: Thonhofer

Entwerfen mit den Augen eines Fremden

In ihrer methodischen Vorgehensweise besitzen die ASA-Projekte, über die aufgeführten Aspekte hinaus, eine weitere didaktische Bedeutung: Die Beschäftigung mit Entwicklungs- und Planungsaufgaben in unterschiedlichem kulturellen Kontext und unter immer wieder anderen Rahmenbedingungen zwingt dazu, sich auf jede Aufgabe neu einzustellen - und damit genau jenes „Schubladen-Denken" vergangener Leitbilder und Architektur-Exporte abzulegen. Ein solches Entwerfen „mit den Augen eines Fremden" kann auch zu Hause hilfreich sein: um vorbehaltlos, offen und skeptisch gegenüber allen allzu simplen Patentrezepten an die Alltagsarbeit zu gehen.

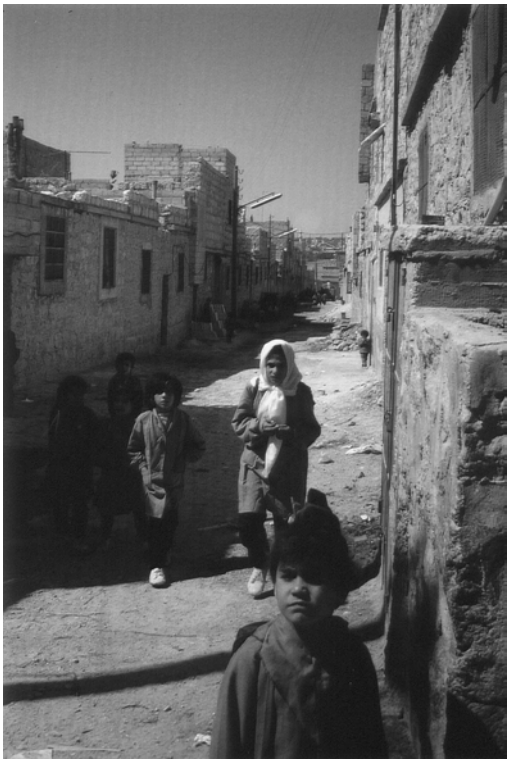
Praxisnahe Studienarbeiten und Befruchtung der Lehre

Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer führen die Auseinandersetzung mit den in ihren Projekten erfahrenen Themen und Problemstellungen auch nach ihrer Rückkehr weiter. Der Hochschulkontext bietet dafür gute Möglichkeiten in Form von sich anschließenden Studien- und Projektarbeiten, Diplomarbeiten

oder Dissertationen und damit einer sinnvollen Verknüpfung von Theorie und Praxis. Die weitere Vertiefung und Reflexion der vor Ort gemachten Erfahrungen ist jedoch nicht nur für die Beteiligten selbst, sondern auch für andere - Studierende wie Lehrpersonen - von Bedeutung. Die ASAten wirken im besten Fall als Multiplikatoren: Sie befruchten das Lehrangebot durch Fachvorträge und persönliche Berichte, bringen ihre Erfahrungen in andere Lehrveranstaltungen ein oder tragen zur Entwicklung neuer Seminarangebote bei, in die auch andere Studentinnen und Studenten einbezogen sind.

Ausbau von internationalen Kooperationen

Für die beteiligten Institute bieten ASA-Projekte die Chance, vorhandene Kooperationen weiterzuentwickeln und zu beleben bzw. neue Kontakte zu relevanten Institutionen in den Länden Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aufzubauen. Damit leisten die ASA-Projekte einen wichtigen Beitrag zu der - auch von politischer Seite - immer wieder geforderten Internationalisierung der Lehre in Deutschland. So konnten z.B. am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung der Universität Karlsruhe im Rahmen der ASA-Projekte der letzten Jahre Kontakte und Kooperationen nach Aleppo (Syrien), Curitiba (Brasilien) und Concepción (Chile) fortentwickelt werden. Daß der Austausch dabei nicht nur in einer Richtung (von Norden nach Süden) verlaufen muß, zeigt das zur Zeit in Durchführung befindliche ASA-Süd-Nord-Projekt „Vergleich von Siedlungsformen in Aleppo und Karlsruhe“, bei dem sich zunächst zwei deutsche Studentinnen drei Monate lang in Aleppo mit typischen Wohn- und Siedlungsstrukturen beschäftigen, bevor dann Anfang des nächsten Jahres zwei syrische Absolventen sich in Karlsruhe einen ebensolchen Zeitraum mit aktuellen Siedlungsformen in Deutschland auseinandersetzen werden; abschließend soll ein gemeinsamer, vergleichender Bericht aller vier Beteiligten entstehen.



Wir können es uns heute – und das gilt selbstverständlich nicht nur für die Hochschulen - immer weniger leisten, das Problemfeld der sozial-räumlichen Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika aus unserem Bewußtsein auszublenden. Wachsende weltweite Verflechtungen tragen dazu bei, daß unser weiteres Wohlbefinden in Europa entscheidend auch davon abhängen wird, inwieweit die Länder des Südens die extreme Verstädterung und die sich daraus ergebenden Folgeprobleme in den Griff bekommen werden; und umgekehrt wird eine tragfähige Entwicklung im Süden ohne die Wiederherstellung von nachhaltigeren, weniger Energie und Ressourcen verbrauchenden Lebens- und Siedlungsformen im Norden unmöglich sein. Dabei erreichen viele Phänomene des Planen und Bauens heute Dimensionen und eine Komplexität, die mit den „klassischen“ Planungsmodellen nicht mehr zu beschreiben und zu bewältigen sind. Neuartige Phänomene verlangen innovative Lösungsansätze (oder bergen sie, vielleicht, zum Teil schon in sich selbst). Zu ihrer Bewältigung wird ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Norden und Süden notwendig sein, ohne Überheblichkeit, sondern mit der Bereitschaft auch vom anderen zu lernen, zu geben und zu nehmen. Dazu müssen und können die ASA-Projekte – in Bezug auf eine zentrale Zielgruppe und Generation – weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten.

ASA Süd-Nord-Projekt 1998, Vergleich von Siedlungsformen in Aleppo und Karlsruhe

oben / Selbstbauquartiere am Stadtrand von Aleppo / Foto: Langendörfer

unten / Dichter Geschoßwohnungsbau der Mittelschicht in Aleppo / Foto: Reichl

Dr.-Ing. Michael Peterek, Architekt und Stadtplaner, Vorstandsmitglied von TRIALOG, lehrt „Stadtentwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika“ an der Universität Karlsruhe und ist freiberuflich als Planer und Gutachter für Kommunen und internationale Institutionen tätig.

Vom Paternalismus zur Partizipation
Die Erfahrung der demokratischen Haushaltsplanung in Porto Alegre

CLOVIS ROBERTO ZIMMERMANN

Während meines ASA-Aufenthaltes bei FASE[1] in Rio de Janeiro habe ich mich mit der Bedeutung der Bürgerbeteiligung für die Haushaltsplanung in den ärmeren und marginalisierten Kommunen der metropolitanen Region von Rio de Janeiro[2] beschäftigt. FASE versucht dort, sowohl die Zivilgesellschaft[3] als auch die Stadtverwaltungen für mehr Bürgerbeteiligung zu aktivieren. Meine Aufgabe war die Begleitung der Arbeit von FASE und die Mithilfe bei der Organisation eines Seminars über die Demokratisierung der Haushaltsplanung. Außerdem habe ich an der jährlichen Untersuchung der Haushaltspolitik dieser Regionen mitgearbeitet. Während meines Aufenthaltes wurden für mich folgende Hindernisse gegenüber der Einführung eines partizipatorischen Ansatzes in der Region deutlich:

- Die Stadtverwaltung vertritt eine traditionell bürokratische Administrationsform. Die Bevölkerung wird lediglich als Zuschauer betrachtet.
- In Hinblick auf die Haushaltsplanung treten in diesen Regionen „fiktive“ Daten auf, die der Praxis der Stadtverwaltung nicht entsprechen. Eine Studie der FASE ermittelte, daß der Rechenschaftsbericht des Haushaltsjahres 1995 in Duque de Caxias das Doppelte der geplanten Ausgaben und Einnahmen aufwies.
- Die Zivilbevölkerung traut einem Prozeß der Demokratisierung der Haushaltsplanung wenig zu.

In Rio de Janeiro wurde mehrfach auf die Erfahrung der Stadt Porto Alegre verwiesen. Da dieses Haushaltsplanungsmodell auch für meine Projektpartner eine neue Perspektive darstellte, verbrachte ich einige Wochen in Porto Alegre, um diese Erfahrung näher zu betrachten und studieren.

Orçamento Participativo – Gemeinsame Planung mit der Gesellschaft

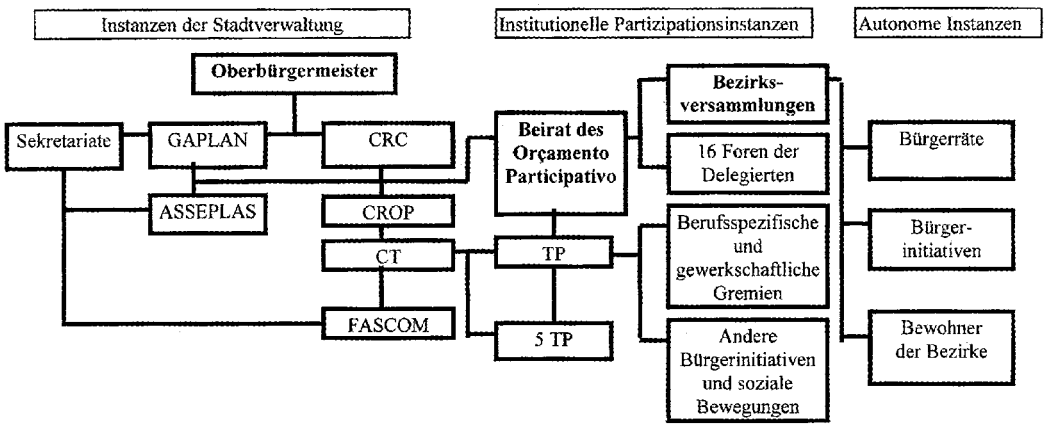
Seit 1989 wird die Haushaltsplanung in Porto Alegre[4] unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erstellt. In diesem System, dem *Orçamento Participativo*, sind es nicht nur Techniker und Bürokraten, die Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben der Stadtverwaltung treffen. Es ist die Zivilgesellschaft selbst, die in einem Diskussions- und Beratungsprozeß sowohl über Einnahmen und Ausgaben als auch vor allem über die Investitionsschwerpunkte und die öffentlichen Sozialleistungen der Stadtverwaltung entscheidet. Für Souza ist diese Methode der Verwaltungsform durch die „gemeinsame Planung mit der Gesellschaft“[5] gekennzeichnet.

Die schwierige Anfangsphase des partizipatorischen Haushaltes

Die Vorgehensweise des *Orçamento Participativo* wurde im Laufe der Jahre verbessert und an die entstehenden Probleme angepaßt. In den ersten zwei Jahren traten große Frustrationen auf, weil sowohl die Stadtverwaltung als auch die Zivilgesellschaft keinerlei Erfahrung mit der Einführung institutionalisierter Partizipationsprozesse hatten. In fünf Bezirken der Stadt wurden im August 1989 Veranstaltungen organisiert, die offen für alle waren, die ihre Forderungen stellen wollten. Diese Forderungen wurden allerdings ohne Methodik erfaßt. Das Ergebnis der ersten Diskussionen war die Aufstellung eines „fiktiven“ Investitionsplans, an den sich die Regierung aber aus finanziellen Gründen nicht halten konnte. Ab 1990 wurden die Finanzen der Stadt durch eine progressive Grundstücks- und Gebäudesteuer wesentlich verbessert. Eine neue Konzeption der „strategischen Planung“ wurde eingeführt. Diese ging mit der Gründung von zwei neuen Institutionen für die Leitung des *Orçamento Participativo* einher: der CRC (Koordinationsstelle der Bürgerbeteiligung) und der GAPLAN (Planungsbehörde). Dabei wurde eine „Methode zur Verteilung der Investitionsmittel“ (siehe weiter unten) eingeführt.

The Participative Budget in Porto Alegre

The history of public budgets in Brazil is marked by serious deformations related to power concentration, waste of resources, political affairs and corruption. In Porto Alegre, the capital of the State of Rio Grande do Sul, this history has been changed. Seven years ago the City Hall created an innovative system to formulate and follow-up the municipal budget. In this system, named *Participative Budget*, it is not only the technicians and politicians who decide on the collection of taxes and spending of public money, but it is the population, through a debate and consultation process, who defines and decides the amount of income and expenses, as well as where and when the investments will be done. The Participative Budget has proved that a democratic and transparent administration of the resources is the only way to avoid corruption and mishandling of public funds. Since its beginning, investments of over 700 million dollars have been decided by the Participative Budget, mainly in urban infrastructure and upgrading of existing quarters. In Porto Alegre, today, the citizens know and decide on public issues, transforming themselves in agents of their own future.



Organigramm des Partizipatorischen Haushaltes / Quelle: Fedozzi, 1997

Strukturen des Partizipatorischen Haushaltes

Nach Fedozzi[6] wird die Struktur des *Orçamento Participativo* von drei Instanzen getragen, die als Bindeglieder zwischen Stadt und Zivilgesellschaft fungieren:

- Administrative Einheiten und städtische Organe, die für die Leitung und die politischen Diskussionen verantwortlich sind: Dazu gehören GAPLAN (Planungsbehörde), CRC (Koordinationsstelle der Bürgerbeteiligung), ASSEPLAS (Forum der Planungsberatung), FASCOM (Forum der Bürgerberatung), CROP (Koordinatoren der Stadtbezirke) und CT (Koordinatoren der thematischen Foren).
- Permanente institutionalisierte Partizipationsinstanzen, wie der Beirat des Partizipatorischen Haushaltes (COP), Bezirksversammlungen, Bezirksforen und thematische Foren. Diese Instanzen sind sowohl für die Dynamik und die Form der Mitbestimmung in der öffentlichen Verwaltung als auch für das Erarbeiten des Rechenschaftsberichtes verantwortlich.
- Zivilgesellschaftliche Instanzen, die sich autonom gegenüber der Stadtverwaltung organisieren. Diese Bevölkerungsgruppen bilden sich aus verschiedenen Basisorganisationen heraus, die sich für den Diskussionsprozeß in der Region einsetzen.

Der Beirat des Partizipatorischen Haushaltes

Der Beirat des Partizipatorischen Haushaltes besteht aus dem Zusammenschluß aller administrativen Bezirke und trifft sich einmal wöchentlich. Als wichtigste institutionelle Partizipationsinstanz der Zivilgesellschaft ist der Beirat für die Teilung der Macht zwischen der Zivilgesellschaft und der Stadt zuständig. Die Hauptfunktion des Beirats ist die Verhandlung, die Kontrolle und die Begleitung der öffentlichen Arbeiten. Zusätzlich hat er ein Mitbestimmungsrecht bei der Diskussion des neuen Haushaltes. Der Beirat des Partizipatorischen Haushaltes setzt sich aus Vertretern folgender Gruppen zusammen: zwei Vertretern jedes administrativen Bezirkes, je zwei Vertretern aus allen fünf thematischen Foren, einem Repräsentanten der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes von Porto Alegre, einem Repräsentanten des Dachverbandes der Bewohnervereinigungen von Porto Alegre, einem Repräsentanten des CRC (nicht stimmberechtigt) und einem Repräsentanten des GAPLAN (nicht stimmberechtigt). Entscheidungskompetenz hat der Beirat vor allem bei der Aufteilung der Investitionsmittel auf die sechzehn Bezirke und bei Investitionen, die mehrere Bezirke betreffen, weiterhin für andere Haushaltsposten wie u.a. Personalkosten und Instandhaltungskosten.

Die Bezirksdelegiertenforen

Aufgabe der Delegiertenforen des Partizipatorischen Haushaltes ist die Aufteilung der Investitionsmittel innerhalb eines Bezirkes. Für jeweils zehn Beteiligte in den jeweiligen Bezirksversammlungen wird ein Delegierter gewählt.

Funktionsweise des *Orçamento Participativo*

Die ursprünglich aus vier Bezirken bestehende Stadt wurde von der Regierung vor allem nach sozio-ökonomischen Kriterien in sechzehn administrative Bezirke aufgeteilt. Ein weiterer Grund war die Notwendigkeit überschaubarer Größen für demokratische Beschlüsse. Zu diesen Verwaltungseinheiten kamen ab 1994 fünf thematische Foren hinzu: Verkehr und Transportwesen, Gesundheit und Soziales, Erziehung, Kultur und Freizeit, Wirtschaftsentwicklung und Steuerpolitik, Stadtentwicklung und -organisation. Diese ermöglichen es, über die Bezirke hinaus demokratische Entscheidungen zu treffen sowie eine Öffnung des Prozesses für andere Bereiche, Organisationen und Akteure zu gewährleisten. Die Foren haben in der Praxis Akteure mit sehr heterogenen Interessen, wie Intellektuelle, Gewerkschaftler oder Unternehmer, in die Diskussion einbezogen.

1
FASE (Federação dos Órgaos para Assistência Social e Educacional) ist eine der größten NROs in Brasilien.
2
Die sog. Baixada Fluminense liegt im Vorort von Rio und ist als eine der gewalttätigsten Regionen Brasiliens bekannt. Die Untersuchung hat sich auf die fünf Munizipien Duque de Caxias, Belford Roxo, Nova Iguaçu, Nilópolis und São João de Meriti begrenzt.
3
Unter dem Begriff der „Zivilgesellschaft" verstehe ich einen durch Mitsprache- und Mitwirkungsrechte der Bürger festgelegten öffentlichen Bereich, in dem gesellschaftliche Interessen staatsunabhängig organisiert und artikuliert werden können.
4
Porto Alegre ist mit 1,35 Millionen Einwohnern die Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul. Dort hat die seit 1989 amtierende Administration der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) durch Untersuchungen bewiesen, daß Vorortstadtteile 30 Jahre lang auf infrastrukturelle Verbesserungen warten mußten.
5
Souza, 1997, S.52
6
Fedozzi, 1997, S.113
7
Souza, 1997, S.56
8
Genro, 1997, S.26
9
nach Angaben der brasilianischen Zeitchrift VEJA vom 14.8.1996
10
Souza, 1997, S.74
11
Schwaiger (1996, S.339) stellt fest, daß dieses Modell inzwischen in mehr als 70 Städten Brasiliens angewendet wird.
12
nach Schätzungen aus dem Jahr 1995
13
Urtiz und Guimaraes, !995, S.4
14
Abers, 1996, S.1755
15
PMPA, 1995, S.73
16
ebd.

Kriterien zur Mittelvergabe

Im Jahr 1995 wurden vom Beirat des Partizipatorischen Haushaltes sieben Schwerpunktbereiche festgelegt:
- Kanalisation
- Asphaltierungen
- Grundstücksregulierung
- Gesundheitswesen
- Bildung
- Stadtorganisation
- öffentlicher Nahverkehr

Sobald die Prioritäten der Bezirke aufgestellt sind, liegt die zentrale Aufgabe darin, die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel auf die Bezirke zu verteilen. Diese Aufteilung basiert auf Kriterien, die für alle sechzehn Bezirke gleich sind:
- Defizit an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur im Bezirk.
  Der Fehlbedarf an Dienstleistungen und Infrastruktur in einem Bezirk wird aus den Daten der Stadtverwaltung ermittelt. Je größer der Bedarf ist, desto höher fällt die Bewertung („Note“, sh. Tabelle) aus.
- Anteil der armen Bevölkerung im Bezirk
- Gesamteinwohnerzahl des Bezirks
- Priorität der jeweiligen Investitionsmaßnahme für den Bezirk selbst

Für jeden Bezirk werden die Noten der vier Kriterien mit der jeweiligen Gewichtung multipliziert und die daraus folgenden Ergebnisse addiert. Die Punkte aller Bezirke werden zusammengezählt und daraus der prozentuale Anteil jedes Bezirks an der jeweiligen Investitionsart errechnet. Die Prioritäten der Bezirke werden addiert und in einer Rangfolge aufgelistet, um Anteil und Schwerpunkte der Investitionen in den Bezirken deutlich zu machen. Daraus wird der Prozentsatz jeder Investitionsart festgelegt. Die ersten Prioritäten bekommen mehr Investitionsmittel als die nachrangigen. Diese Vorgehensweise führt zu einer transparenten und demokratischen Mittelvergabe. So erhalten z.B. Bezirke mit einer guten Infrastruktur und einem geringeren Anteil an armer Bevölkerung weniger Mittel. Diese Investitionspolitik ermöglicht eine Umkehr der bisherigen Präferenzen in der brasilianischen Verwaltung, weg von großen Prestigeprojekten und hin zu vielen kleinen, weniger sichtbaren, aber dringend notwendigen Investitionen für die bislang immer vergessenen Bezirke und Bevölkerungsteile.

Der Partizipationsprozeß

Die genannten Kriterien zur Mittelvergabe bilden den Rahmen des *Orçamento Participativo*. Dabei definiert die Zivilgesellschaft selbst das Ziel und die Zuteilung der Mittel innerhalb der Stadt oder des Bezirks. In diesem Prozeß werden zweimal jährlich in den Bezirken und in den thematischen Foren Versammlungen durchgeführt, die sowohl für alle Bürger als auch für jede Bürgerinitiative offen sind. Die Treffen werden von CRC und GAPLAN geleitet und durch die Stadtverwaltung und den Oberbürgermeister begleitet. Vor den offiziellen Veranstaltungen treffen sich die Bewohner der Bezirke, um ihre Forderungen aufzustellen.

Mangel an öffentlichen Dienstleistungen/Infrastruktur im Bezirk	**Gewicht 3**
bis 25%	*Note 1*
von 25% bis 50%	*Note 2*
von 51% bis 75%	*Note 3*
von 76% bis 100%	*Note 4*
Anteil armer Bevölkerung in der Region	**Gewicht 2**
bis 4.999 Einwohner	*Note 1*
von 5.000 bis 14.999 Einwohner	*Note 2*
von 15000 bis 29999 Einwohner	*Note 3*
über 30.000 Einwohner	*Note 4*
Gesamtbevölkerung der Region	**Gewicht 1**
bis 49.999 Einwohner	*Note 1*
von 50.000 bis 99.999 Einwohner	*Note 2*
von 100.000 bis 199.000 Einwohner	*Note 3*
über 200.000 Einwohner	*Note 4*
festgelegte Priorität der Region	**Gewicht 2**
Ab der vierten Priorität	*Note 1*
Dritte Priorität	*Note 2*
Zweite Priorität	*Note 3*
Erste Priorität	*Note 4*

Kriterienliste zur Verteilung der Investitionen / Quelle: Souza, 1997

Der Prozeß durchläuft drei Runden: Die erste Runde wird jedes Jahr von Mitte März bis Mitte April in Anwesenheit von Vertretern der Stadt durchgeführt. Das Datum wird über Radio, Fernsehen, Zeitungen, Plakate und Flugblätter bekanntgegeben. Die Stadtverwaltung berichtet über den aktuellen Stand der im letzten Jahr beschlossenen Arbeiten und über den Investitionsplan für das laufende Jahr. Anschliessend wird der Rechenschaftsbericht debattiert. Weiterhin stellt die Verwaltung die Bestimmungen des *Orçamento Participativo* vor, d.h. die Geschäftsordnung, und erläutert die allgemei-

oben / Verteilung der Investitionsmittel am Beispiel „Asphaltierung“ (in Metern) / Quelle: City Hall of Porto Alegre, 1995

	Mangel an Dienstleistungen			Anteil armer Bevölkerung			Gesamtbevölkerung			Festgelegte Priorität der Maßnahme					
Region	G	N	S	G	N	S	G	N	S	G	N	S	P	%	Meter
Humaitá	3	1	3	2	2	4	1	2	2	3	1	3	*12*	4,36	1.004
Leste	3	1	3	2	3	6	1	3	3	3	2	6	*18*	6,54	1.505
Lomba	3	3	9	2	1	2	1	1	2	3	4	12	*24*	8,72	2.007
Norte	3	1	3	2	2	4	1	2	2	3	4	12	*21*	7,63	1.756
Partenon	3	1	3	2	2	4	1	3	3	3	4	12	*22*	8,00	1.840
Centro Sul	3	2	6	2	1	2	1	3	3	3	4	12	*23*	8,36	1.924
Extrem/Sul	3	4	12	2	1	2	1	1	1	3	4	12	*27*	9,81	2.258
Sul	3	1	3	2	1	2	1	2	2	3	4	12	*19*	6,90	1.589
Centro	3	1	3	2	1	2	1	4	4	3	1	3	*12*	4,36	1.004

G = Gewichtung, N = Note, S = Summe, P = Punkte

unten / Rangfolge der Prioritäten / Quelle: Souza, 1997

Prioritäten	Punkte	Prozentsatz
Wohnungspolitik	44	46,53%
Asphaltierung	42	22,43%
Kanalisation	30	19,34%
Erziehung	15	8,25%
Gesundheit	12	1,06%
Stadtorganisation	10	1,85%
Öffentlicher Verkehr	5	0,54%

nen Kriterien zur Verteilung von Ressourcen unter den Bezirken.[7] Die Bevölkerung wertet den Rechenschaftsbericht kritisch aus. Die Stadtverwaltung muß sich für ihre Entscheidungen rechtfertigen. Dann wählt die Bevölkerung ihre Delegierten. Die Delegierten bilden das „Bezirksdelegiertenforum" des *Orçamento Participativo* und sind für die Leitung des Diskussionsprozesses mit der Bevölkerung verantwortlich.

Die sog. „Zwischenrunde" wird von Mitte April bis Anfang Juni durchgeführt. Diese Runde hat keinen offiziellen Charakter und erfolgt ohne die Anwesenheit der Stadtverwaltung. In jedem Stadtteil, von jeder Bürgerinitiative und jeder Einwohnervereinigung können Versammlungen organisiert werden, um Prioritäten hinsichtlich möglicher Bauvorhaben und Dienstleistungen aufzustellen. Die Stadtverwaltung erteilt technische Informationen und macht Vorschläge für mögliche Infrastrukturmaßnahmen und notwendige Bauarbeiten.

Die zweite Runde erfolgt von Anfang Juni bis Anfang Juli. Diese Runde wird unter den gleichen Kriterien und der gleichen Methode durchgeführt wie die erste Runde. Die Stadtverwaltung stellt die vorgesehenen Finanzmittel und die Verteilungskriterien für das kommende Jahr vor. Die Kriterien werden vom Beirat des Partizipatorischen Haushaltes während des Jahres ausgearbeitet. Die in der vorherigen Runde gewählten Delegierten stellen die Forderungen der Bezirke vor. In jedem Bezirk werden je zwei Vertreter und zwei Stellvertreter für den Beirat des Partizipatorischen Haushaltes und für die thematischen Foren gewählt.

Beteiligung der Bevölkerung

Das Vertrauen der Zivilgesellschaft in diesen Prozeß ist vor allem dadurch entstanden, daß die Stadtverwaltung die Entscheidungen auch bei leeren Kassen respektierte.[8] Selbst als die Investitionen verspätet realisiert wurden, ist bei der Bevölkerung der Eindruck entstanden, daß diese Investitionen durch ihre Entscheidung zustande kamen. Das anwachsende Vertrauen der Zivilgesellschaft in diesen Prozeß spiegelt sich auch im Anstieg der Teilnehmerzahlen bei den offiziellen und inoffiziellen Veranstaltungen wieder. Werden letztere mitgezählt, dann sind es heute bereits mehr als 100.000 Menschen, die sich jedes Jahr an der Diskussion über die Verteilung der Investitionsmittel beteiligen.[9]

Ergebnisse der partizipatorischen Politik

Nach zehn Jahren Erfahrung mit der partizipatorischen Politik gibt es zahlreiche Erfolgsmeldungen:

- Die UN-Konferenz Habitat II in Istanbul hat die Verwaltungsform von Porto Alegre als eine der 42 besten auf der Welt und eine der 22 besten innerhalb Lateinamerikas ausgezeichnet.[10]
- Das Modell wird auch in anderen Städten und Regionen nachgeahmt, so z.B. seit 1993 in Belo Horizonte, der drittgrößten Stadt Brasiliens, und seit 1995 im Bundesstaat Amapá.[11]
- In den zehn Jahren seit Beginn des *Orçamento Participativo* wurde der Sanierung Priorität eingeräumt. So sind heute 98% der Bevölkerung mit Wasseranschlüssen versorgt, und bis Ende 1996 sollten 85% der Haushalte an die Kanalisation angeschlossen sein;[12] 1989 waren dies nur 46% der Haushalte.[13]
- Lernprozesse sind in Porto Alegre sichtbar geworden. Die Menschen lernen allmählich die Praxis der demokratischen Planung kennen: ein Treffen zu organisieren, eine Tagesordnung aufzustellen, Diskussionen zu koordinieren und öffentlich strukturiert zu reden.[14]
- Durch den *Orçamento Participativo* ist die Anzahl der Elendsviertel stetig zurückgegangen. Das frühere Elendsviertel Vila Planetário ist ein gutes Beispiel dafür. Dort standen früher mehr als hundert ärmliche Hütten, die aus Plastik, Pappe und Bauresten zusammengezimmert waren. Es fehlte an sanitären Einrichtungen, und in der Regenzeit versanken die Bewohner im Schlamm.[15] Heute stehen dort 88 Zementsteinhäuser, in denen rund 500 Menschen wohnen. Die meisten Bewohner gehen einer regelmäßigen Arbeit nach. Deoclécio Silva, Präsident der Bewohnervereinigung von Vila Planetário, zeigt stolz auf die hübsche neue Siedlung: „Früher war dieses Viertel den Leuten in der Nachbarschaft ein Dorn im Auge, heute ist jeder stolz darauf."[16]

Schlußbemerkung

Die Erfahrung der brasilianischen Geschichte hat gezeigt, daß es nicht reicht, die Inhaber öffentlicher Macht auszuwechseln, um zu gesellschaftlichen Veränderungen zu gelangen. Die partizipatorischen Institutionen des *Orçamento Participativo* verkörpern wirkliche strukturelle Veränderungen, die den Willen der Bevölkerung ausführen. Diese Erfahrung bricht mit den traditionellen politischen Gewohnheiten, nach denen die Partizipation der Bürger nach dem Tag der Wahl zu Ende geht. Partizipation und Planung werden nicht mehr nur sporadisch und spontan in Form einer Konsultation organisiert, sondern sind dauerhaft institutionalisiert worden. Der institutionalisierte Planungsprozeß hat durch die Sammlung von langen und kontinuierlichen Erfahrungen der Bürger an Verständnis gewonnen. Entscheidend ist dabei, daß die Stadtverwaltung die Planungsentscheidungen der Zivilgesellschaft akzeptiert und auch umsetzt.

Literatur

Rebecca Abers: „Inventando a Democracia: Distribuição dos Recursos Públicos através da Participação Popular em Porto Alegre, RGS", in: Novos recortes territoriais, novos sujeitos sociais: desafios ao planejamento, vol.3. Recife: ANPUR, 1997, S.1735-1759

Luciano Fedozzi: Orçamento Participativo. Reflexões sobre a experiência de Porto Alegre, Tomo Editorial/FASE: Porto Alegre, 1997

Tarso Genro: „Orçamento Participativo e Democracia", in: ders. und Ubiratan de Souza, Orçamento Participativo. A experiência de Porto Alegre, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo, 1997

PMPA - Prefeitura Municipal de Porto Alegre: Orçamento Participativo Porto Alegre. Você é quem faz uma cidade de verdade, Porto Alegre: Unidade Editorial, 1995

Eva Schwaiger: „Das partizipative Budgeterstellungsmodell in Porto Alegre. Lokale Reformpolitik durch Stärkung der Zivilgesellschaft", in: Journal für Entwicklungspolitik, XII/3, 1996, S.331-342

Ubiratan de Souza: „A Experiência de Porto Alegre", in: Tarso Genro und Ubiratan de Souza, Orçamento Participativo. A experiência de Porto Alegre, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo, 1997

José Eduardo Urtiz und Rafael Guimarães: Democracia e participação popular na esfera pública: a experiência de Porto Alegre, Textmanuskript zur UN-Konferenz Habitat II in Istanbul, 1995

Zeitschrift VEJA, 14. August 1996, S. 34-35

Clóvis Roberto Zimmermann ist Brasilianer und studiert Soziologie und Theologie in Heidelberg. Als Stipendiat des ASA-Programms hielt er sich von Juli bis Oktober 1997 in Rio de Janeiro und Porto Alegre auf. Der Titel seines ASA-Projekts lautete: "Untersuchungen zur Stadtentwicklungspolitik und zu den Chancen zivilgesellschaftlicher Partizipation in Rio de Janeiro und Porto Alegre/Brasilien". Der Projektpartner FASE (Federação dos Órgaos para Assistência Social e Educacional) ist eine der größten NGOs Brasiliens und in vielen Bereichen der öffentlichen Politik tätig. Adresse: Rua das Palmeiras 91, 22270-070 Rio de Janeiro, Brasilien. Weitere Informationen beim Autor oder der Bertelsmann Stiftung.

Die „Wohnungsbaukooperativen in gegenseitiger Hilfe“ in der Stadtentwicklung von Montevideo

BETTINA KÖHLER / SUSANNE SCHINDLER

Wir sind in Uruguay, um die Rolle der „Wohnungsbaukooperativen in gegenseitiger Hilfe“ in der Stadtentwicklung Montevideos zu beobachten. Bislang haben wir nur Bilder von den Gebäuden der seit dreißig Jahren bestehenden Kooperativen gesehen: hübsche Reihenhäuser in Sichtmauerwerk mit gepflegten Gärten und funktionierenden Sozialeinrichtungen. An unserem ersten Morgen spazieren wir durch das charmante, wenn auch leicht marode Zentrum der 1,3-Millionen-Stadt. Da sticht uns bei einem Zeitschriftenkiosk die Frontseite der Wochenzeitschrift *tres* mit ihrer dramatischen Schlagzeile ins Auge: *Asentamientos irregulares. La marginalidad crece bloque sobre bloque* - „Illegale Siedlungen. Die Marginalität wächst Stein um Stein“. Es stellt sich heraus, daß uns die „revista de actualidad“ ankündigt, was uns die folgenden drei Monate begleiten wird: den Kampf mit der gesellschaftlichen Verarmung und städtischen Marginalisierung. Wie verbreitet die Besorgnis um die Marginalisierung ist, wird im Sprachgebrauch deutlich. Der Begriff *asentamiento*, wörtlich übersetzt „Siedlung“, bezeichnet heute die illegale, ärmliche, ohne Versorgung errichtete Version am Stadtrand und nicht etwa die positive Version des menschlich geschaffenen, angemessenen Wohnraums. Welche Rolle kommt der Kooperativenbewegung in diesem Kontext zu?

Die Praxis der Regularisierung

Der Leitartikel von *tres* erläutert die Fakten der *asentamientos*. Seit 1984 wachsen die illegalen Siedlungen am Stadtrand um jährlich zehn Prozent. Insgesamt, so schätzt das Wohnungsbauministerium, lebten Ende 1997 185.000 Menschen in den Hüttensiedlungen. Wahrscheinlich sind es mehr. Beunruhigend ist, daß die Ursache der Ausbreitung der Siedlungen nicht, wie in anderen lateinamerikanischen Großstädten, demographischer Art ist, denn die Bevölkerung Montevideos stagniert. Die Bewohner der *asentamientos* sind Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen aus der Innenstadt wegziehen. Das gewandelte Bevölkerungsprofil der *asentamientos* bestätigt dies: Während noch vor zehn Jahren vorwiegend Menschen ohne feste Arbeit in den *asentamientos* unterkamen, sind es heute auch Angestellte oder Krankenschwestern, also Menschen mit regelmäßigem Einkommen. Deren Lohn reicht für die steigenden Mieten nicht mehr aus.

Das Wachstum der *asentamientos* ist aber auch politisch bedingt, geduldet, wenn nicht sogar gefördert. Der Titel des Artikels trifft das Herz der Sache: Die *asentamientos* wachsen Stein um Stein, und in Stein bauen bedeutet, auf Dauer zu planen. Man rechnet nicht damit, bald wieder wegzuziehen. Die Konsequenz für die Stadt - *tres* zitiert hier Jorge di Paula, Architekturprofessor in Montevideo: „Die Haupteigenschaft dieses Phänomens ist seine Beschleunigung. Es stellt die Hauptmodalität des Stadtwachstums dar.“

Der momentane Lösungsansatz sowohl der linken Stadtregierung als auch der konservativen Landesregierung angesichts der *asentamientos* heißt Regularisierung. Daß die linke Stadtregierung, seit 1990 an der Macht, Besetzer von öffentlichem Land nicht vertreiben lassen würde, war nicht schwer vorherzusagen. Tatsächlich kommentieren viele, daß der „Besetzungsboom“ mit der Regierungszeit der Frente Amplio einhergeht. Seit einigen Jahren nun werden die *asentamientos* aber nicht einfach nur geduldet, sie werden regularisiert. Den Besetzern wird das Land zugesprochen, und mit der Hilfe eines interdisziplinären Teams aus Architekten, Sozialarbeitern und Notaren, dem *Instituto de Asesoramiento Técnico* (IAT), werden infrastrukturelle und bauliche Verbesserungen durchgeführt. Ein flächendeckendes Programm solcher Regularisierungsmaßnahmen wurde 1997 von der Stadtverwaltung gestartet.

The Role of the Mutual Aid Housing Co-operatives in Montevideo

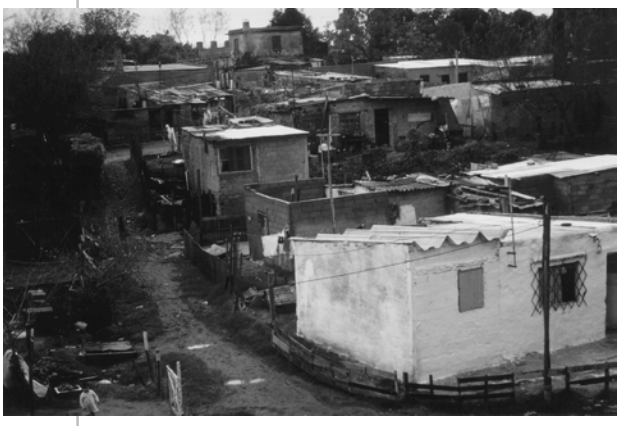
The rapid expansion of Montevideo’s *asentamientos irregulares* has become a symbol for the ongoing impoverishment of Uruguay’s population. People are increasingly incapable of paying the rising rents in the inner city districts. How is Uruguay’s thirty-year-old mutual aid co-operative housing movement going to cope with this situation? The current approach of both municipal and national government is to regularise the *asentamientos*, i.e. to upgrade infrastructure and grant the inhabitants the right to the land. This does not, however, solve the basic housing problems. Furthermore, and worse for the urban development, the well-equipped inner city continues to be vacated. The only alternative offered by the government for the lowest income groups are the *núcleos básicos evolutivos*, thought of as “emergency” solutions. Their location at the periphery, however, the cost of 18,000 US $ per unit, and the lack of social assistance have severely been critiqued by experts as producing equally unsatisfactory solutions. Since 1968, the mutual aid co-operatives have been very successful in developing quality housing. Their fortune (in terms of financial supports), however, has depended directly on the political situation. After the

early years of massive support and after the repression during the military dictatorship and in the years thereafter only recently they had a comeback. Represented by FUCVAM, the co-operatives have attempted to shift their focus from their shrinking traditional trade union basis towards more marginalized groups, partially in the *asentamientos*. Even more successful have been attempts at developing low-cost constructions as well as pilot projects in the dilapidated historic centre of Montevideo to consolidate the inner city. Ultimately, Montevideo's problems cannot be solved by isolated projects. For this reason FUCVAM is advocating the *reforma urbana* seeing itself as the nucleus of a broad social movement.

Die Regularisierungspolitik ist auf den ersten Blick lobenswert, da sie Menschen zu ihrem eigenen Boden verhilft und versucht, eine bestehende Situation aufzuwerten. Die städtebaulichen und wirtschaftlichen Konsequenzen sind jedoch gravierend. Montevideo ist möglicherweise die einzige Stadt Lateinamerikas, die nicht von einem massiven Bevölkerungswachstum betroffen ist. Trotzdem breitet sich die Stadt flächenmäßig unkontrolliert in unerschlossene Gebiete aus. Die Innenstadt dagegen, die über soziale, infrastrukturelle und kulturelle Angebote verfügt, entvölkert sich. Die Kosten für die nachträgliche Erschließung der entlegenen Gebiete sind hoch und wären zu vermeiden. Mehr noch ist die Regularisierungspraxis das Eingeständnis einer Planungsohnmacht. Daß eine Bodenreform von Nöten wäre und der Erwerb von Wohneigentum erstrebenswert ist, wird durch die nachträgliche Regularisierung indirekt eingestanden.

Die staatliche Wohnungspolitik

Die Regularisierungsrhetorik der staatlichen Regierung ist ein Zeichen des Unwillens, dem 1968 durch das *Ley de Vivienda* in der Verfassung festgeschriebenen Recht auf angemessenen Wohnraum nachzukommen; und somit ist auch nicht schwer zu verstehen, warum die konservative Regierung, nach anfänglicher Bestürzung über die Verletzung von Eigentum durch die Landbesetzer, diese mittlerweile duldet. Es entledigt den Staat seiner Verpflichtung Wohnraum zu planen, da die Eigeninitiative der Bewohner diese Funktion übernimmt. In dieser Konjunktur bieten also die Landbesetzungen eine attraktive Möglichkeit, endlich ein Eigenheim zu besitzen. Man braucht nur ein paar Jahre auszuharren.



Der Wohnraum, der in den *asentamientos* entsteht, sei er noch so kreativ und eindrucksvoll aus diversen recycelten Materialien zusammengefügt, entspricht den Minimalanforderungen an einen angemessenen Wohnraum nicht / Foto: Köhler

Neben der Regularisierungspraxis gibt es von staatlicher Seite natürlich auch ein offizielles Wohnraumversorgungsprogramm, aber der Programmteil für die unteren Einkommensschichten stellt, wie die *asentamientos*, für Architekten, Planer und Sozialarbeiter ein Schreckgespenst dar: Es sind die *núcleos básicos evolutivos*, die NBEs. Auf dem uruguayischen Architektenkongress im Oktober 1997 wurde an zwei Tagen zum Thema Wohnungsbau ausschließlich über die *núcleos* gestritten. Die vom Staat finanzierten und zum Preis von 18.000 US $ von privaten Firmen geplanten und ausgeführten Minimallösungen sind offiziell als Notlösungen für Familien mit einem monatlichen Einkommen unter 300 US $ gedacht. Der Familie wird, unabhängig von ihrer Haushaltsgröße, ein Kernhaus von 32 qm auf 100 qm Land zugesprochen, bestehend aus einem Zimmer, einer Wohnküche und einem Badezimmer. Wie der Name impliziert, soll das Haus nach Bedarf erweitert werden können. Fünf Jahre lang zahlen die Bewohner eine monatliche Nominalrate von 20 US $. Das Geld kommt der Betreuung der Siedlung durch ein IAT-Team zugute. Nach erfolgreicher Abzahlung werden die Bewohner Eigentümer von Haus und Boden.

Was ist daran auszusetzen? Die Architekten bemängeln die Qualität der Ausführung: Private Firmen haben wenig Interesse, die Konstruktion korrekt auszuführen. Die Planer kritisieren die Standorte der wegen der Bodenpreise meist an der Stadtgrenze gelegenen Siedlungen, die letztlich die gleichen Stigmatisierungen hervorrufen wie die *asentamientos*. Und die Sozialarbeiter sehen sich überfordert durch die mangelnde Vorbereitung der Bewohner, die aus unterschiedlichen Stadtgebieten, so auch aus den oft verfallenen Gebäuden der Innenstadt, hierher versetzt werden. Am heftigsten verurteilt man, daß das Wohnungsbauministerium[1] ausschließlich diese Wohnform fördert. Das Thema NBE erhitzt die Gemüter der Experten. Denn alle wissen, daß man für den gleichen Betrag weit besseren Wohnraum schaffen kann. Als Beweis dafür werden die Wohnungsbaukooperativen angeführt: Sowohl in sozialer, finanzieller und städtebaulicher Weise leisten sie Beispielhaftes.

Luchar hasta vencer oder die Politik der Wohnungsbaukooperativen

Die Wohnungsbaukooperativen Uruguays gelten inzwischen als vorbildliche Organisationsform, die internationale Anerkennung - so etwa durch die Vereinten Nationen - gefunden hat. Aber der Einfluß der Kooperativen ist auch in anderen Ländern des Kontinents zu finden: So geht São Paulos massive Förderung der *mutirão*-Projekte direkt auf das uruguayische Beispiel zurück.

Die Kooperativen als staatlich geförderte Wohnungsform sind im genannten Wohnbaugesetz von 1968 als eine der möglichen Förderungsarten festgeschrieben. Es gibt davon zwei Arten:

- *Por ahorro previo* - das sind Kooperativen, die 15% der Baukosten durch Angespartes aufbringen.
- *Por ayuda mutua*, wörtlich übersetzt „durch

1
Das Wohnungsbauministerium wurde erst 1990 wieder eingerichtet, nachdem während der Militärdiktatur die Banco Hipotecario, die staatliche Hypothekenbank Uruguays, nicht nur mit den finanzspezifischen, sondern auch mit den sozialen Wohnungsfragen beschäftigt war.

2
So der damalige Wirtschaftsminister Villegas, zitiert in Fernando Nopitsch: Descentralización municipal y participación popular, Montevideo, CPP 1989

gegenseitige Hilfe“ - das sind Kooperativen, in denen der Eigenbeitrag in Form von Bauarbeit geleistet wird und zwar pro Familie zwanzig Stunden wöchentlich.

Der Baukredit kommt bei beiden Formen vom Staat und wird über 25 Jahre zu einem geringen Zinssatz zurückgezahlt. Zur Finanzierung des staatlichen Wohnbauförderung wurde mit dem Wohnungsbaugesetz auch eine Lohnsteuer von 2% festgeschrieben, die dem *Fondo Nacional de Vivienda* zugute kommt. Auch das Grundstück wird idealerweise vom Staat gestellt. Die Planung des Projekts erfolgt bei beiden Formen durch ein IAT-Team, ausgewählt und beauftragt von der aus mindestens zehn Personen bestehenden Kooperative. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Kooperativenformen besteht in der Art des Eigentums. Während bei den Bausparkooperativen die Wohnung nach Fertigstellung in das Eigentum der Familien übergeht und diese fortan als individuelle Schuldner haften, bleiben die Wohnungen bei den „Kooperativen in gegenseitiger Hilfe“ im Besitz der Kooperative und werden auch gemeinsam verwaltet. Die Kooperative haftet hier als Gemeinschaft, und die Mitglieder haben ein lebenslanges, vererbbares Nutzungsrecht.

Nach dem Erlaß des Wohnungsbaugesetzes erfreuten sich die Kooperativen massiver staatlicher Unterstützung. Schon 1971 zählte man 210 Kooperativen mit insgesamt 6.700 Familien. Das Produkt dieser Zeit ist noch heute zu erkennen: qualitativ herausragender Wohnungsbau. Kennzeichnend für diese ersten Kooperativen sind Siedlungsstrukturen ähnlich denen der europäischen Reformbewegung aus den 20er Jahren unseres Jahrhunderts: zweigeschossige Reihenhäuser aus Sichtmauerwerk mit kleinen Vor- und Hintergärten, dazu kommen Gemeinschaftsräume und - je nach Größe der Kooperative - Turnhalle, Kindergarten und Poliklinik.

Mit der Militärdiktatur kam die anfänglich massive Förderung der Kooperativen ab 1975 zu einem Stillstand. Teils wurde dies mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik begründet, die staatliche Förderung im Wohnungsbau für falsch ansah, teils waren aber auch politische Gründe im Spiel: Die Mitglieder der Kooperativen, überdurchschnittlich gut organisiert, gehörten in der Mehrheit auch Gewerkschaften an und vertraten eine gemeinschaftsorientierte, kooperative Gesellschaftsvision. Man bezeichnete die Kooperativen als „Gefahr für die nationale Sicherheit“[2], und bis zur Rückkehr zur Demokratie 1985 wurden sie nur noch sporadisch gefördert.

Unter diesen Umständen gewann der 1970 gegründete Dachverband der „Kooperativen in gegenseitiger Hilfe“, FUCVAM - *Federación Unificadora de Cooperativas de Vivienda por Ayuda Mutua*, als gesellschaftlich mobilisierende Kraft an Bedeutung. Obwohl die Sitzungen ständig überwacht und viele Mitglieder auch inhaftiert wurden, waren die Koooperativen nicht vollständig zu verbieten. Gewerkschaften wurden verboten, Universitäten wurden geschlos-

Die Wohnform der *nucleos basicos evolutivos* / Foto: Köhler

sen. Aber Leute aus ihren Wohnungen zu werfen, das war selbst den uruguayischen Militärs zu riskant. Die große Machtprobe mit der Militärregierung kam 1984, als diese das Kollektiveigentum der Kooperativen in Privateigentum umwandeln wollte. FUCVAM organisierte eine spektakuläre Unterschriftensammlung, bei der an einem Tag mehr als 330.000 Unterschriften zusammenkamen. Die Bemühungen der Regierung waren gescheitert: Der Leitspruch von FUCVAM, *luchar hasta vencer*, hatte sich ausgezahlt.

Ein Beispiel aus der Hochkonjunktur der Kooperativen in den frühen 70er Jahren: *Conjunto José P. Varela* mit 3.500 Wohneinheiten. IAT: CEDAS / Foto: Köhler

Die Wohnungsbaukooperativen heute

Mit der Rückkehr zur Demokratie 1985 erhoffte man sich auch wieder eine substantielle Unterstützung des kooperativen Wohnungsbaus. Der konservativen Regierung aber waren die Kooperativen wegen wiederholter Zahlungsstreiks angesichts erhöhter Zinsraten in den vergangenen Jahren weiterhin suspekt. Um die Bewegung zu unterbinden, gewährte man nicht nur keine Kredite, sondern verweigerte den Kooperativen auch den Status als juristische Person und damit die rechtliche

FUCVAM hat die verfallene Innenstadt entdeckt: An diesem Standort entsteht in Kürze das kooperative Projekt COVIREUS / Foto: Köhler

rechte Seite / Das kooperative Projekt COVICIVI in der Altstadt von Montevideo, bestehend aus Alt- und Neubau, mit insgesamt 34 Wohnungen. 1998 wurde COVICIVI Finalist beim Mies van der Rohe-Preis, Barcelona, für Bauten in Lateinamerika / IAT: Hacer de Sur, 1992-98

Grundlage, die eine Kooperative zum Funktionieren braucht. Zwischen 1985 und 1989 wurden nur elf von 211 Anträgen positiv beschieden.

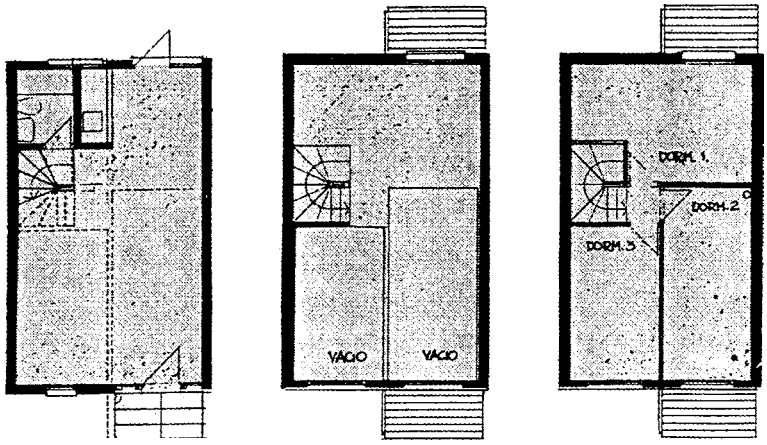
Erst mit dem Regierungswechsel im Jahr 1990 begann in Montevideo ein neuer Aufschwung für die Kooperativen. In der Stadtverwaltung erklärte man sie zur bevorzugten Organisationsform im Wohnungsbau, initiierte verschiedene als Kooperativen organisierte Sanierungsprojekte in der Altstadt[3] und stellte Bauland für Neubauten zur Verfügung. Auch auf nationaler Ebene schuf die Wiedereinführung eines Wohnungsbauministeriums eine bessere Ausgangslage für die Unterstützung von Kooperativen. Die Jahre der Unterdrükkung hatten die Kooperativenbewegung in ihrem Wachstum jedoch stark gezeichnet. Von der Gesamtheit der zwischen 1969 und 1992 realisierten Projekte wurden im Zeitraum 1969 bis 1976 63,3%, 1977-84 23,3% und 1985-92 nur 6,3% gebaut.[4] Als Beispiel für die langwierigen Prozesse, welche die Gründung einer Kooperative heute nach sich zieht, steht die Kooperative COVITEA: 1984 gegründet, besetzten die Mitglieder 1989 - nach fünf Jahren - städtisches Land; die Wohnungen wurden schließlich im Februar 1998, vierzehn Jahre nach Gründung, eingeweiht.

Die politische Lobbyarbeit für das Überleben und Wachstum der Kooperativenbewegung wurde so zum Hauptanliegen von FUCVAM, die heute etwa 300 Kooperativen mit insgesamt 12.000 Familien vertritt.[5] Dank der unnachgiebigen Verhandlungsarbeit werden heute wieder Kooperativen gefördert. Eine Besetzung des Ministeriums, wie im Herbst 1998, hilft nach, wenn die Verhandlungen zu scheitern drohen. Periodisch hilft auch die Konjunktur der Vorwahlzeit: Dann sind die meisten Politiker relativ spendierfreudig. Unter der politischen Arbeit hat aber die soziale Arbeit gelitten. Dieses Versäumnis versucht man heute durch eine verstärkte Jugend- und Altersarbeit wieder nachzuholen.

Kooperativen als Lösung?

Die anfangs genannten sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen Uruguays (Stichwort *asentamientos*) haben FUCVAM und die IATs zum Umdenken gezwungen. Das bedeutet in erster Linie, daß mit weniger Geld gebaut und neue gesellschaftliche Gruppen integriert werden müssen; darüber hinaus geht es aber auch um einen Lösungsansatz zur Frage der Stadtentwicklung als Ganzem.

Mit weniger Geld besser zu bauen ist einerseits durch die schrumpfenden Kredite bedingt; andererseits gibt es auch immer mehr Pilotprojekte für kostengünstiges Bauen, die miteinander konkurrieren, so z.B. Projekte in der in Uruguay bislang relativ unbekannten Holzrahmenbauweise oder mit vorfabrizierten Paneelen. Auch das Schreckgespenst *núcleo básico evolutivo* hat einen Wettbewerb ausgelöst, kostengünstig zu bauen: Dabei ist es gelungen, für die gleichen 18.000 US $ besseren Wohnraum zu schaffen; so ist z.B. eine zweigeschossige, innen ausbaubare Wohneinheit mit 72 qm (statt 32 qm) in den Kooperativen



3
Kerstin Zillmann: „Ein Selbsthilfeprojekt alleinerziehender Frauen - Altbauerneuerung in der Ciudad Vieja in Montevideo“, in: TRIALOG 44, 1995

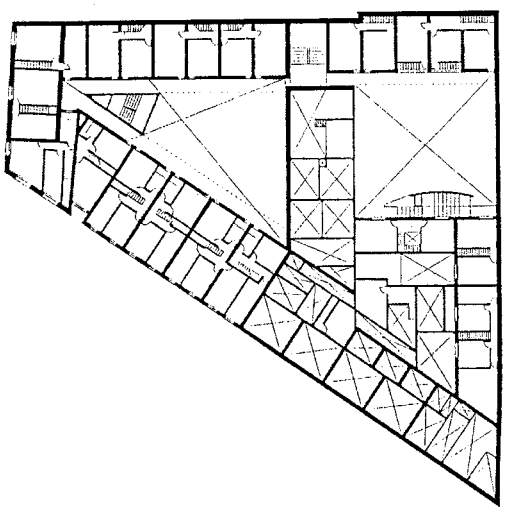
4
Teresa Buroni: Notizen für ein Buch, 1997

5
Für aktuelle Informationen siehe: http://www.chasque.apc.org/fucvam

6
Stefan Thimmel: „Dezentralisierung von Montevideo - Nachhaltige Veränderungen auf der kommunalen Ebene“, in: TRIALOG 55, 1997

7
Siehe auch: vecinet-notici@s, elektronische Nachrichten über Kommunal- und Stadtentwicklung, sowie Kooperativen: http://www.chasque.apc.org/guifont/vecinet.htm

Alternative zum *núcleo básico evolutivo*: Unter Einsatz von *ayuda mutua* wird zu den gleichen Kosten doppelt soviel Wohnraum geschaffen. Die Erweiterung erfolgt hier im Inneren: Die obere Etage wird erst in einer zweiten Bauphase vervollständigt; das gewährleistet ein einheitliches äußeres Erscheinungsbild der Häuser / IAT: CCU, 1991



heute Standard für die untersten Einkommensschichten.

Sozial waren und sind viele der Projekte außerordentlich schwierig. Der Organisationsaufwand ist groß, lange Sitzungen, Abstimmungen, Verwaltungsarbeit sind keine selbstverständlichen Gewohnheiten. Die traditionelle Basis der Kooperativen - die organisierte Arbeiterklasse, auf der auch die Identität der FUCVAM beruht - gibt es heute kaum noch. Man betont zwar nach wie vor, daß der Prozeß eine Kooperative zu gründen, zu verwalten und zu bauen eine bildende Funktion habe und schon immer hatte, aber viele der heutigen Genossenschaftler haben keinen festen Arbeitsplatz oder es arbeiten beide Elternteile oder die Familie besteht aus einer alleinerziehenden Mutter. Für viele ist es deshalb nicht mehr möglich, wöchentlich zwanzig Stunden auf der Baustelle zu arbeiten.

FUCVAM besteht aber seit jeher auf dieser bildenden, man könnte auch sagen „missionarischen" Aufgabe der Kooperativen. Man habe schon immer „Stadt gebaut", die Kooperativen hätten die Pflicht, sich auch in die marginalisierten Viertel hinaus auszudehnen. Dementsprechend versucht man, auch die Bewohner der *asentamientos* zu organisieren, stellt dabei aber Schwierigkeiten fest. Meist liegt das Hindernis in deren hierarchisch geprägter sozialen Struktur. So gibt es im allgemeinen einen *líder*, einen Chef, der die Besetzung plante und durchführte und dem man zu gehorchen hat - wie z.B. „Tierrito" (genannt nach seiner Begabung, Land zu besetzen), Chef des zwei Jahre alten *asentamiento Nuestros Niños*: Er wurde seitens der Kooperativen angesprochen und juristisch beraten, sich aber als Kooperative zu konstituieren käme für ihn einer Abhängigkeit vom Staat, der Bürokratie und natürlich einem Verlust seiner Autorität gleich. Denn der Solidaritäts- und Gleichberechtigungsgedanke der Kooperativen hat mit der Organisationsform der meisten *asentamientos* wenig gemein.

Daß die Kooperativen dennoch einen gewissen Vorbildcharakter haben, erkennt man an Tierritos Stolz über den Bauplatz für den zukünftigen *salón comunal*: Die Idee für diesen Gemeinschaftsraum, man könnte darauf wetten, hat er von der benachbarten Kooperative abgeschaut. FUCVAM versucht also weiterhin, *asentamientos* zu organisieren und zu beraten. In diesem Sinne kam im Sommer 1998 der erste *„Encuentro de Asentamientos Populares Urbanos"* zustande.

Die späte Akzeptanz der Sanierungsprojekte in der Altstadt seitens der FUCVAM beruht auf der anfänglichen Schwierigkeit, sich vom angestammten Bild der neu zu erbauenden, gesellschaftlich visionären Siedlungen zu verabschieden. Angesichts der Diskussionen um die Entleerung der Innenstadt hat man inzwischen aber eingesehen, daß auch in der „traditionellen" Stadt lebenswerter Wohnraum entstehen kann. Die von der Stadtverwaltung mit dem Ziel, untere Einkommensschichten in der Innenstadt zu halten, initiierten und mittlerweile fertiggestellten *reciclaje*-Pilotprojekte sind zu Erfolgsgeschichten geworden.

Letztlich sind die Probleme der Stadt und der Wohnraumversorgung struktureller Art und gehen über Einzelprojekte hinaus. So versucht auch FUCVAM verstärkt, grundsätzliche Antworten zu finden. Seit Jahren arbeitet FUCVAM deshalb zum Thema *Reforma Urbana*: Gefordert wird eine konsequente Bodenpolitik, die den Zugang zu einem Stück Land für alle ermöglicht. Darüber hinaus eröffnet die 1990 institutionalisierte Dezentralisierung Montevideos[6] Möglichkeiten für eine breitere Einflußnahme, denn überdurchnittlich viele Mitglieder der *concejos vecinales*, der neuen Bezirksbürgerräte, sind Mitglieder von Kooperativen.[7] Hier liegt das Potential, die vielen gemachten Erfahrung in stadtentwicklungspolitische Arbeit einfließen zu lassen: Denn die kooperativen Projekte sind mehr als nur hübsche Reihenhaussiedlungen.

Literaturhinweise

Zur Geschichte des Wohnungsbaus in Uruguay:

Marta Risso, Yolanda Boronat: La vivienda de interes social en el Uruguay, 1970-1983, Fundación de Cultura Universitaria, Montevideo 1992

Juan Pablo Tierra, Juan E. Camou: El proceso de la vivienda en el Uruguay de 1963 a 1980, CLAEH, Montevideo 1983

Zu den Kooperativen:

Daniel Chaves: FUCVAM, la historia viva, Montevideo 1990

Rosario M. Fossati, Gustavo Gonzalez: ¿Quo vadis Montevideo? Alternativas urbanas para los sectores de menores recursos. Montevideo 1996

Charna Fuhrman: MUJEFA ya tiene casa. Proyecto piloto y sus impactos en el Uruguay, Montevideo 1996

Zur Stadtentwicklung Montevideos:

Instituto de Teoría de la Arquitectura y Urbanismo (ITU), Universidad de la República Oriental del Uruguay: Montevideo - una aproximación a su conocimiento, Montevideo 1994

Intendencia Municipal de Montevideo: Hacia un Plan de Montevideo. Avance del Plan de Ordenamiento Territorial 1989-2005, Montevideo 1997

Günter Mertins: Beiträge zur Stadtgeografie Montevideos, Marburg 1987

Bettina Köhler, Dipl.-Ing. Landschaftsplanung aus Berlin, und Susanne Schindler, Architekturstudentin an der Hochschule der Künste Berlin, waren Ende 1997/Anfang 1998 als ASA-Stipendiatinnen in Uruguay. Der Titel des Projekts lautete „Alternative Kommunalstrukturen". Ihr Projektpartner war FUCVAM. Weitere Infos bei den Autorinnen, bei Stefan Thimmel vom Habitat Informationsbüro Berlin oder bei FUCVAM, Javier Vidal, E.V.Haedo 2219, 11200 Montevideo, Uruguay; e-mail: FUCVAM@chasque.apc.org

Entwicklungsprozeß und Konsolidierung der Cité Jasmin in Port-au-Prince

JULES-EDOUARD JEANNOT / RONALD REDEKER

A Development Concept for the Cité Jasmin in Port-au-Prince

In 1988 Port au Prince had approximately 1.6 million inhabitants. By the year 2000 it will have more than three million, a fact that is showing dramatic consequences on the urban development, like e.g. the uncontrolled spread of the agglomeration, especially on the steep slopes of the „Morne de l'Hôpital" south of the city centre. Most of the people there are living in critical conditions. Taking the Cité Jasmin and its 6,000 inhabitants as a case study the following aspects have been examined: the socio-economic situation; the living conditions, concerning deficiencies in technical infrastructure, insufficient health, social and educational institutions, ecological problems, a high building density and problems of building construction; the social organisation of the neighbourhoods; the current strategies, instruments and planning methods of external NGOs and state organisations; the process and dynamics of „uncontrolled" development in an informal settlement. Finally, a bottom-up concept was developed to improve the living conditions within the settlement under the present general economic and political circumstances. Thereby an incrementalist approach - an open planning process - is proposed initiated by the community organisation with

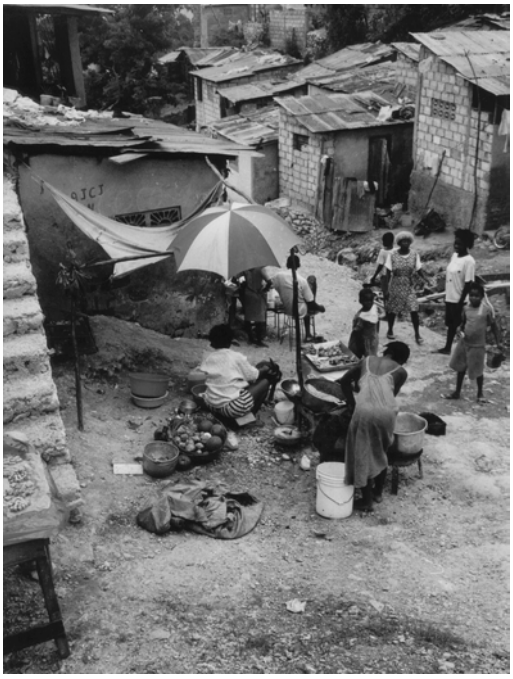
1988 lebten in der Agglomeration von Port-au-Prince, der Hauptstadt Haitis, ca. 1,6 Millionen Einwohner. Im Jahr 2000 werden mehr als drei Millionen dort leben, eine Expansion, die heute neben der natürlichen Bevölkerungszunahme vor allem auf die interne Migration zurückzuführen ist.

Trotz der Konzentration der wirtschaftlichen Ressourcen sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Port-au-Prince stark ausgeprägt. Dabei ist die große Mehrheit der Einwohner von formellen Arbeitsverhältnissen ausgeschlossen und dadurch auf Tätigkeiten im informellen Sektor angewiesen. Die Folgen sind eine erhebliche Polarisierung am Arbeitsmarkt und im sozialräumlichen Gefüge der Stadt.[1] Das wirtschaftliche und soziale Elend wird besonders in den „bidonvilles" sichtbar. Die meisten Bewohner leben dort unter prekären, oft menschenunwürdigen Bedingungen. Dramatische Folgen für die Stadtentwicklung sind zu befürchten, wenn die Landflucht anhält. Die Problematik findet ihren Niederschlag in der raschen und unkontrollierten Ausdehnung der Stadt, vor allem nach Norden in Richtung der ertragreichsten Agrarflächen des Landes, zum „Cul-de-Sac"-Tal und im Süden an den Hängen des „Morne de l'Hôpital".

Die „bidonvilles" - Marginalviertel in Haiti

Wegen der Nähe zur Stadtmitte (Entfernung etwa 30 Minuten zu Fuß) werden besonders die Wohnviertel am Fuß des „Morne de l'Hôpital" von Zuwanderern und unteren Einkommensgruppen bevorzugt. Die räumliche Ausdehnung zählt hier zu den größten der Stadt. Die unkontrollierte Siedlungsausbreitung führt u.a. zu Konflikten mit der Stadtentwicklungsbehörde und der staatlichen Umweltbehörde OSAMH.[2]

Die an den steilen Hängen des „Morne de l'Hôpital" erstmals vor ca. 30 Jahren entstandenen Marginalviertel sind einem relativ schnellen Wandel der sozialen und baulichen Strukturmerkmale unterworfen. Nach einer anfänglichen Pionierphase, die durch bitterste Armut geprägt ist, beginnen einige Siedler ihre anfangs mit provisorischen Materialien gebauten Behausungen zu sichern, oftmals mit festen Baustoffen. Neben der baulichen Konsolidierung stellten sich aber auch soziale Konsolidierungsprozesse (lokale Organisation und gegenseitige Hilfe) und zunehmende Marktprozesse (informeller Bodenmarkt, Vermietung, Hausverkäufe) ein. Ein problematischer Aspekt dieses Prozesses ist die Verdichtung, bei der jede Freifläche als Standort für neue, eingeschossige Hütten geopfert wird. Außerdem werden diese dichtbevölkerten „bidonvilles" (ca. 1.500 EW/ha) nicht mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet, was die bestehenden sozialen Probleme noch verschärft.



Untersuchungen in der Cité Jasmin

Am Beispiel der Cité Jasmin (ca. 6.000 Einwohner, davon 40% Kinder unter 14 Jahren), am Fuß des „Morne de l'Hôpital" im Süden von Port-au-Prince gelegen, wurden die heutige Wohnmisere der großen Mehrheit der Bevölkerung und typische Stadtentwicklungsprobleme in Port-au-Prince exemplarisch untersucht. Im einzelnen wurden folgende Aspekte analysiert:

- die sozio-ökonomische Situation der Bevölkerung (Bevölkerungsstruktur, ökonomische Situation, Bildungs- und Gesundheitssituation),
- die Wohnverhältnisse (Umweltsituation, Infrastrukturversorgung, baulich-räumliche Situation, Eigentumsverhältnisse).

Darüber hinaus konnte während des ASA-Aufenthalts die soziale Organisation der Bevölkerung der Cité Jasmin beobachtet werden, insbesondere die Aktivitäten der Bewohnerorganisation „Association des Jeunes de la Cité Jasmin" (AJCJ), einer Organisation mit einer starken Verankerung im Viertel. Die Aktivitäten der im Viertel agierenden externen Akteure (staatliche Organisationen und NROs) wurden ebenfalls untersucht. Dadurch war auch ein Einblick in die bisherige Infrastruktur- und Stadterneuerungspolitik der Regierung möglich. Schließlich wurde ein eigener Ansatz zur Verbesserung der baulich-räumlichen und sozial-ökonomischen Situation der Bewohner des Viertels erarbeitet.

Methodisches Vorgehen

Grundlage der Untersuchung waren aufgrund mangelnder Literatur Interviews mit Vertretern von NROs und staatlichen Stellen, die vor Ort tätig waren. Interviews mit zwei Vorstandsvertretern der Bewohnerorganisation AJCJ schlossen sich an. Dadurch wurde neben den eigenen Beobachtungen und der Sammlung allgemeiner Informationen ein Überblick über die Siedlungsentwicklung sowie die sozio-ökonomischen Verhältnisse im Viertel gewonnen. Anschließend wurden zusammen mit dem Vorstand der AJCJ in einer ersten Analyse die Hauptprobleme der Cité Jasmin zusammengestellt. Danach folgte die Phase der nicht repräsentativen Befragung einzelner Familien, die nach folgenden Kriterien ausgewählt wurden:

- möglichst große Streuung in der Siedlung
- Zuzugsdatum (Pioniere und neu Hinzugezogene)
- Alters- und Familienstruktur
- Wohnverhältnisse der betroffenen Haushalte (Zahl der bewohnten Räume) und baulicher Zustand der Häuser (verwendete Baumaterialien)
- Eigentumsverhältnisse (Hauseigentümer oder Mieter) sowie darüber hinausgehende sozio-ökonomische Faktoren wie äußerlich sichtbarer Lebensstandard.

Die vier Entwicklungsphasen der Cité Jasmin

Bei der Besiedlung der Cité Jasmin lassen sich vier Entwicklungsphasen unterscheiden:

- In der Pionierphase erfolgte die Inbesitznahme und illegale grobe Parzellierung eines Teilgebiets der heutigen Cité Jasmin.
- In der zweiten Phase ab Ende der 70er Jahre erfolgten die ersten Unterverpachtungen und Untervermietungen als Anzeichen einer beginnenden Verdichtung sowie, ab Anfang der 80er Jahre, die bauliche Konsolidierung der ersten Häuser. Diese Phase war mit dem Bau der Haupterschließungsstraße (1985) und der praktisch vollständigen Verdichtung des bis dahin besiedelten Bereiches abgeschlossen.
- Die dritte Phase begann mit der „dèchoukaj"[3] eines angrenzenden Voodo-Tempels und der anschließenden Bebauung dieses zum Besitz eines Großgrundbesitzers gehörenden Gebietes. In dieser Phase, die eine weitere räumliche Ausdehnung der Cité Jasmin bis zu ihren heutigen Ausmaßen beinhaltete, war die Bautätigkeit am größten. Es wurden viele neue Häuser, fast alle aus Zementsteinen, gebaut. Daneben erfolgte in den anderen Bereichen die Konsolidierung von älteren Gebäuden. Am Ende dieser Phase stand die Zerstörung des Straßenanschlusses an das öffentliche Straßennetz durch den Hurrikan „Gordon" im November 1994.
- In der aktuellen Phase ist die Situation in der Cité Jasmin durch eine starke Nachfrage von Wohnraum aufgrund der günstigen Mieten gekennzeichnet. Gleichzeitig sind u.a. die Kinder der Pioniere gezwungen, die Cité

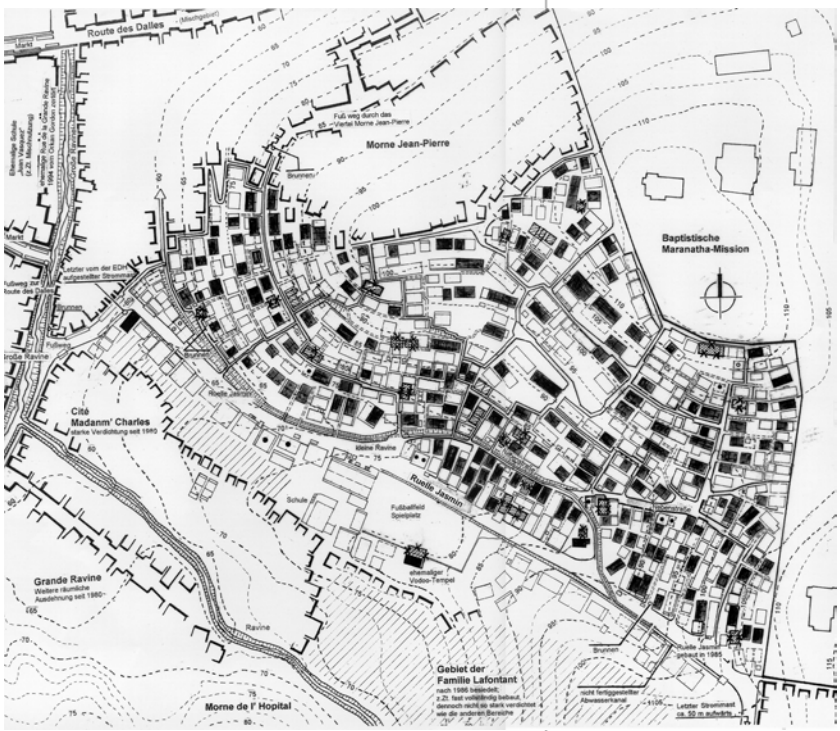
the help of local and external activists. More important than projects are the planning methods and (participation) instruments guiding a self-organised development.

1
Die Polarisierung in der haitianischen Gesellschaft hat sich seit 1980 und besonders während der politischen Krisen Anfang der 90er Jahre erheblich verschärft. Dies drückt sich in einer Erhöhung des Anteils der beiden untersten Einkommensgruppen von 10% auf 12% bzw. von 42% auf 57% aus, zu Lasten der Mittelschicht mit einer Verringerung von 45% auf 25%. Der Anteil der Bevölkerung im informellen Sektor wird derzeit auf 60% geschätzt. 1988 lebten 61% der Haushalte in informellen Siedlungen, die insgesamt 19% der Stadtfläche beanspruchen. Die Bevölkerungsdichte ist dort mit 800 bis 1.700 EW/ha extrem hoch. (Capital Consult/Técina, Etude séctorielle sur le logement dans la région métropolitaine de Port-au-Prince, Rapport final, Vol. I/II: UNDP, UNCHS/HABITAT, Projet No. HAI/90/005, Appui au Secteur des établissements humains et à l'aménagement territorial en Haiti, Port-au-Prince, Juni 1993)

2
Organisme de Surveillance et d'Aménagement du Morne de l'Hôpital

linke Seite / Garküche an der Hauptstraße des Viertels

Die Cité Jasmin, Teilgebiet der Phase 1 der Besiedelung



Jasmin zu verlassen, da sie aufgrund der großen Verdichtung bei der Gründung von Familien keinen geeigneten Wohnraum mehr finden.

Da eine weitere räumliche Ausdehnung nicht mehr möglich ist, ist heute insgesamt eine Stagnation zu verzeichnen, die vor allem auf den fehlenden Straßenanschluß zurückzuführen ist. Zwar findet auch weiterhin eine Konsolidierung der vorhandenen Bausubstanz statt, jedoch in einem viel geringeren Tempo und Ausmaß als in der Phase zuvor.

Holzhaus in der Cité Jasmin

Analyse der Hauptprobleme der Cité Jasmin

Als schwerwiegendstes Problem ragt die mangelhafte Infrastruktur heraus, die sich im Vergleich zur Situation vor zehn Jahren z.T. sogar noch verschlechtert hat, wie

- die unzureichende Verkehrserschließung des Viertels (die Straße besteht praktisch nicht mehr, das Viertel ist nur noch zu Fuß zu erreichen), verbunden mit negativen Folgeerscheinungen bzgl. der Einbindung in das gesamtstädtische Gefüge sowie für den ökonomischen und baulichen Bereich,
- die nicht ausreichende Ausstattung mit den erforderlichen Gesundheits-, Sozial- und Bildungseinrichtungen, wodurch sich die sozialen Probleme verschärfen,

Konsolidierung eines Holzhauses durch den Bau eines Gebäudes aus festen Baumaterialien um das alte Gebäude herum

- die nicht weiter ausgebaute Strom- und Wasserversorgung, die für eine immer weiter wachsende Bevölkerungszahl ausreichen muß,
- das Scheitern einer geregelten Müll- und Abwasserentsorgung, was negative Auswirkungen auf die Hygiene und die Außenraumqualität hat.

Insgesamt wurden bei der Analyse die schwierigen Lebensbedingungen in der Cité Jasmin deutlich, die dort z.T. aber nicht als solche wahrgenommen werden. So werden die drei illegalen, von der öffentlichen Wasserversorgung abgezweigten Wasserstellen, die es für die ca. 6.000 Bewohner gibt, als ausreichend empfunden, da sie eine zumindest regelmäßige, ortsnahe Wasserversorgung gewährleisten.

Im Vergleich vor allem zu den jüngeren „bidonvilles“, in denen die Lebensbedingungen und insbesondere der Zustand der Wohngebäude ungleich schlechter sind, sind die Bewohner der Cité Jasmin nach fast 30 Jahren über den Zustand provisorischer Behausungen hinaus und befinden sich größtenteils in einer Phase der Umstellung der Baumaterialien von Holz auf Beton bzw. haben diese bereits vollzogen. Das setzt jedoch relativ stabile sozio-ökonomische Verhältnisse voraus, die offensichtlich - wenn auch insbesondere im ökonomischen Bereich auf niedrigem Niveau - gegeben sind.

Dieser Konsolidierungsprozeß birgt jedoch auch Probleme in sich, da er in den letzten Jahren mit einer erheblichen Verdichtung der Cité verbunden war. Neben der baulich-räumlichen Verdichtung betrifft dies insbesondere die Belegung der Gebäude. Der überwiegende Teil der ausschließlich eingeschossigen Häuser verfügt lediglich über einen oder zwei Räume. 73% aller Haushalte (mit durchschnittlich sechs Mitgliedern) bewohnen nur einen Raum. Auf Siedlungsebene liegt die durchschnittliche Belegung pro Raum bei 4,3 Personen, d.h., jeder Bewohner hat ca. 3 qm Wohnfläche zur Verfügung. Für Ein-Raum-Haushalte liegt dieser Wert bei 2,2 qm. Insgesamt wurden 304 Mieterhaushalte und 273 Eigentümerhaushalte gezählt. Festzustellen ist, daß die Wohnsituation der Mieter bezüglich Wohnungsgröße und Zustand des Hauses erheblich schlechter als die der Hauseigentümer ist. So wohnen fast alle Mieterhaushalte, aber nur rund die Hälfte der Eigentümerhaushalte in einem Raum. Weit weniger als die Hälfte der Mieter, jedoch fast zwei Drittel der Eigentümer wohnen in Häusern aus Betonsteinen.

Die Folge der Verdichtung ist u.a., daß die Kinder von Pionieren gezwungen sind, das Viertel zu verlassen. Das bedeutet, daß sich der Druck auf die umliegenden Viertel bzw. die gesamte Stadt erhöht und auch die Gefahr einer weiteren Siedlungsausbreitung an den Hängen des „Morne de l’Hôpital“. Die ökologischen Folgen dieser raschen Ausdehnung sind

u.a. Abholzung und Bodenversiegelung. Die daraus resultierende Erosion verursacht bei heftigen Regenfällen häufig Überschwemmungen in der Stadtmitte.

Der besondere Trumpf der Cité Jasmin ist der hohe Organisierungsgrad ihrer Bevölkerung, den die Arbeit der Bewohnerorganisation AJCJ bewirkt hat. Dadurch besteht die Möglichkeit Interessen bestimmter zu vertreten sowie gemeinschaftliche Projekte zu verwirklichen, u.a. Gemeinschaftseinrichtungen sowie eine Verbesserung des öffentlichen Raums. Das ist umso wichtiger, als der Staat und die Kommunalverwaltung aufgrund politischer[4], institutioneller und finanzieller Probleme praktisch nicht präsent sind.

Gleichgültig welche Verbesserungsmaßnahmen auch durchgeführt werden, sie werden immer mit einer Aufwertung des Viertels verbunden sein und damit auch zu einem Anstieg der Pachten und Mieten führen. Da die Höhe der Pacht keine so große Belastung darstellt, dürften vor allem die Eigentümer an der Aufwertung interessiert sein. Dagegen sind die Auswirkungen auf Mieter ungleich schwerwiegender, da sie gerade aufgrund der im Vergleich zu den umliegenden Vierteln geringeren Mieten in das Quartier gezogen sind. Sollte eine Angleichung an die Mietpreise in der Umgebung erreicht werden, so wäre ein Verdrängungsprozeß der Ärmeren die Folge. Das dürfte letztendlich auch Auswirkungen auf die derzeitige Gesellschaftsstruktur und vor allem den Zusammenhalt und die Identifizierung mit der Cité Jasmin haben.

Ein „bottom-up"-Konzept für die Cité Jasmin

Am Ende der Studie stand die Entwicklung eines Konzeptes mit dem Ziel, durch die Herausarbeitung von flankierenden Maßnahmen die schon ablaufenden Entwicklungsprozesse und Ansätze der Selbstorganisation im Viertel zu lenken und zu verstärken und dadurch die Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu verbessern. Dabei wurde, in bewußter Abgrenzung zu den derzeitigen staatlichen Konzepten, eine stärkere Beteiligung der Betroffenen an der Planung und bei der Durchführung der Projekte angestrebt, um die Eigeninitiative der Bevölkerung zu fördern. Die aktive Mitarbeit soll dazu führen, das Interesse und die Fähigkeit wachsen zu lassen, Agenten der Veränderung und nicht Empfänger einer externen Hilfeleistung zu sein. Dahinter steht die Hoffnung, daß sich die Menschen mehr mit dem identifizieren, was sie gemeinsam erreichen wollen, und selbst eine größere Verantwortung übernehmen.

Das im Rahmen des ASA-Projektes entwickelte „bottom-up"-Konzept kann hier nicht im einzelnen behandelt werden. Am Beispiel der Elektrizitätsversorgung - 80% der Haushalte sind mit riskanten illegalen Anschlüssen versorgt - läßt sich aber der vielleicht wichtigste Gedanke dieses Ansatzes verdeutlichen. Angenommen es würde von staatlicher Seite oder von Hilfsorganisationen, also „von oben nach unten", eine gut funktionierende Stromversorgung im Viertel installiert: Viele Erfahrungen weisen darauf hin, daß spätestens nach fünf Jahren, vermutlich erheblich früher, die Anlage so weit „heruntergewirtschaftet" wäre, daß ihr Standard nicht wesentlich höher läge als der Standard der illegalen Anschlüsse heute. Dahinter steht folgender Grundsatz: Jedes von außen implementierte System mit hohem Standard wird von den Nutzern stets wieder soweit auf ein niedrigeres Niveau „heruntergeschraubt", bis es den Ansprüchen der Menschen vor Ort genügt. Alle Ansätze, die dies nicht berücksichtigen, gehen an der Realität vorbei.

Wie könnte ein solcher Ablauf aber verhindert werden? Hier beginnt die eigentliche Konzeptarbeit: mit den Bewohnern in kleinen Schritten - orientiert an dem, was sie selber wollen - Verbesserungen zu initiieren und dann zu sehen, was als nächster Schritt möglich ist. Wir begeben uns dabei in einen langfristigen Prozeß mit nicht unbedingt vorhersehbaren Lösungen, die aus mitteleuropäischer Sicht vielleicht äußerst unkonventionell anmuten mögen: so z.B. der Idee, eine Straßenbeleuchtung im Viertel zu installieren, die von allen Bewohnern direkt angezapft werden kann.

Die konkrete Umsetzung eines solchen Modells[5] wird sicherlich Probleme mit sich bringen, die erst in der Praxis gelöst werden können. Es ist der Versuch, mehr Transparenz in die Stadterneuerungspolitik zu bringen. Bei entsprechendem Erfolg wäre zu überlegen, wie diese lokalen Eigeninitativen langfristig in eine gesamtstädtische partizipative Organisationsstruktur integriert werden könnten. Damit hätten die Betroffenen ein Mitspracherecht in der Stadterneuerung. Im Gegenzug hätten die zuständigen Behörden die Möglichkeit, diejenigen Aufgaben besser wahrzunehmen, ohne dabei repressiv zu wirken, die sich z.Z. ihrem Einfluß entziehen. Aber eine solche Diskussion steht in Haiti erst am Anfang. Sie müßte weitergeführt werden und könnte vielleicht, angesichts des Scheiterns der bisherigen Konzepte, einen grundsätzlichen Wandel in der Herangehensweise an die städtischen Probleme in die Wege leiten.

3
Dieses kreolische Wort bedeutet Entwurzelung. Darunter ist die Plünderung von Häusern und Besitzständen politischer Gegner zu verstehen, hier ehemaliger Regimeanhänger des 1986 entmachteten Diktators Duvalier. Dieses spontan oder organisiert auftretende Phänomen ist seit der Kolonialzeit bekannt und war in den letzten 10 Jahren nach jedem politischen Umsturz zu beobachten.

4
Haiti hat seit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts im Juli 1997 seit über einem Jahr keine Regierung mehr.

5
Die Erfahrungen, die wir als ASA-Stipendiaten in der Cité Jasmin gemacht haben, führten zu der Gründung des Vereins Haiti-Degage e.V. Dieser vermittelt seit Oktober 1996 u.a. Schulpatenschaften für 50 DM im Jahr, damit ein von der AJCJ ausgewähltes Kind ein Jahr lang die Schule in der Cité Jasmin besuchen kann. Die Eltern müssen für Aufnahmegebühren, Schuluniform und -material aufkommen. Die Kinder leisten im Gegenzug zwei Stunden wöchentlich soziale Arbeit im Viertel. Auf diese Vereinbarung hat die AJCJ Wert gelegt, um einer Entwicklung zur Abhängigkeit und Passivität entgegenzuwirken. Weitere Informationen bei Haiti Dégagé e.V., c/o Schrader, Sillemstr. 56, 20257 Hamburg, Fon/Fax: 040/4918955.

Eine der drei Wasserstellen für ca. 6.000 Einwohner

Jules-Edouard Jeannot, Dipl.-Ing. Städtebau/Stadtplanung und Dipl.Ing. Architekt (FH), und Ronald Redeker, Dipl.-Ing. Stadt- und Regionalplanung und Dipl.Verw. (FH), waren von Juli bis Oktober 1996 als ASA-Stipendiaten in Haiti. Titel des Projekts: „Entwicklung und Konsolidierung der Cité Jasmin in Port-au-Prince/Haiti". Projektpartner war die Association des Jeunes de la Cité Jasmin, eine lokale Bewohnerorganisation (Adresse: AJCJ, c/o Guibert Desmolières, Route des Dalles 182, Port-au-Prince, Haiti WI). Weitere Infomationen bei den Autoren oder bei Haiti Dégagé e.V., c/o Schrader, Sillemstr. 56, 20257 Hamburg, Fon/Fax: 040/4918955.

Selbstorganisationsprozesse als Träger einer „Entwicklung von unten“

Das Beispiel der marginalisierten Stadtviertel von San Salvador

ULRICH WAGNER

Processes of Self-organisation in Marginalized Quarters of San Salvador

The Salvadorian Constitution (1983) and the Municipal Law form 1986 provide the legal background for a self-organisation in the marginalized quarters allowing the population to form local associations. The municipalities are supposed to promote and support these associations, but in reality they often try to prevent their efforts for legalisation. In general assemblies the inhabitants elect their own “government”, the *junta directiva*. It represents the quarter versus the local government and the NGOs, organises projects and activities and co-operates within the network of the *Coordinador de comunidades* (CCC). Thus the self-organisation of the population of the marginalized quarters has become the driving force of a “bottom-up” development. In a situation like in El Salvador where the central government is not willing to promote the great majority of the population, there has to evolve such a kind of “opposite social power”. The motivation and self-consciousness of the people deserve our respect, without them development is impossible.

Im Rahmen unseres ASA-Aufenthaltes in El Salvador im Sommer 1996 untersuchten wir die Organisationsstrukturen der Bevölkerung von marginalisierten Stadtvierteln der Hauptstadt San Salvador. Wir gelangten zu der Erkenntnis, daß diese Strukturen von elementarer Bedeutung im Entwicklungsprozeß sind. Jedes Konzept zur Überwindung der Marginalität der Bevölkerung muß sie berücksichtigen und einbinden. Nur über die Partizipation der Bevölkerung erscheinen entwicklungspolitische Erfolge möglich. Dies gilt gerade auch für planerische oder Bauvorhaben im Bereich der Stadtentwicklung, denn sie berühren das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. Wenn diese an dessen Gestaltung nicht mitwirken, sind Mißerfolge vorprogrammiert.

Wir werden im folgenden die Selbstorganisationsprozesse vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in San Salvador[1] beschreiben und auf der Grundlage unserer Ergebnisse Möglichkeiten und Grenzen partizipativer Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit diskutieren. Zunächst werden gesetzliche Vorgaben und Spielräume der Selbstorganisation in El Salvador dargelegt, anschließend konkrete Beobachtungen und Erkenntnisse aus unserer Projektarbeit vorgestellt. Zum Schluß zeigen wir einige weiterführende Gedanken zur Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert auf.

Gesetzliche Formen der Selbstorganisation

Die Selbstorganisation der Bevölkerung und die Beteiligung organisierter Gruppen an der Kommunalentwicklung wird durch die salvadorianische Rechtsordnung begünstigt. So geht die Verfassung von 1983 von einer weitreichenden politischen Beteiligung der organisierten Bevölkerung auf der Kommunalebene aus. Im *código municipal* (Gemeindegesetz, im folgenden CM) aus dem Jahre 1986 wurden einzelne Beteiligungsformen näher ausgestaltet. Es war unter der Bevölkerung ein offenes Geheimnis, daß die Regierung sich weniger von selbstlosen Motiven leiten ließ, sondern in der gesetzlichen Förderung von Organisationsformen auch ein Mittel der strategischen Kriegsführung sah. Auf diese Weise waren mehr und bessere Informationen über die Bevölkerung vor Ort zu erhalten. Diesen negativen „Beigeschmack“ konnten die Partizipationsformen bis heute nicht ablegen.

Das CM enthält in Art. 2 eine Garantie bürgerschaftlicher Beteiligung, die von der Gemeindeführung aktiv zu fördern ist. Die Förderungspflicht bedeutet auch, daß die Gemeindeführung unterschiedliche Organisations- und Beteiligungsformen akzeptieren muß. Das wichtigste Instrument für die Marginalsiedlungen sind die *asociaciones comunales* (Art. 118 CM). Es handelt sich um organisierte, dauerhafte Zusammenschlüsse von Bewohnern[2] eines Stadtteils, einer *colonia* oder sonstigen Gruppen mit mehr als 25 Personen. Sie verfügen gemäß Art. 119 CM über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Das bedeutet, daß sie im Rechtsverkehr unter dem Namen der Vereinigung auftreten und Rechtsgeschäfte abschließen oder Fördergelder kanalisieren können. Auffallend ist, daß die Rechtspersönlichkeit unabhängig von privatrechtlichen Belangen, im Falle von Marginalsiedlungen etwa Eigentums- und Besitzfragen, verliehen wird. Dies ist für die Siedlungen von großer Bedeutung, da ihre Bewohner überwiegend nicht Eigentümer des Grund und Bodens sind. *Asociaciones comunales* verfügen nach dem Gesetz über umfangreiche Beteiligungsrechte. Sie beteiligen sich an der Diskussion kommunaler Probleme oder Situationen und unterstützen die Gemeindeführung (*consejo*) bei der Suche nach Lösungen. Die Gemeindeführung hat sich gemäß Art. 124 CM regelmässig und unaufgefordert mit den *asociaciones comunales* zu besprechen. Ein formelles Stimmrecht ist dagegen nicht vorgesehen.

Eine *asociación comunal* muß ein Statut haben, wobei gemäß Art. 120 CM weitreichende Gestaltungsfreiheiten bestehen. Beispielsweise können sich die Vereinigungen eigene Vorstellungen über ihren Namen, ihre Ziele, die geographische Eingrenzung oder die Verwaltungs- und Führungsstruktur bilden. Auf diese Weise dienen die *asociaciones comunales* nicht nur zur Entfaltung politischer Mitspracherechte, sondern auch als Träger partizipativer Projekte der Stadtentwicklung. Das Statut wird zusammen mit einem formellen Antrag auf Verleihung der Rechtspersönlichkeit beim Bürgermeister eingereicht. Nach positiver Prüfung beschließt der Gemeinderat die Verleihung, die am Tag der Veröffentlichung der Statuten im *Diario Oficial* (amtliches Gesetzblatt von El Salvador) in Kraft tritt.

Rechtsordnung und Rechtswirklichkeit fallen allerdings stark auseinander. Von einer aktiven Förderung organisatorischer Zusammenschlüsse in den Marginalsiedlungen seitens der *alcaldía* (Stadtverwaltung) kann keine Rede sein. Auch die kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten spielen für die organisierten Siedlungen wegen fehlender Akzeptanz und Förderung kaum eine Rolle. Für sie geht es hauptsächlich darum, ihre Siedlung zu „legalisieren“, wie es im Sprachgebrauch heißt. Zwar ist allen bewußt, daß mit der Verleihung der Rechtspersönlichkeit keine Übertragung des Eigentums und rechtmäßigen Besitzes von Grund und Boden verbunden ist, die Siedlungen werden jedoch in die Lage versetzt, mit einer Stimme zu sprechen, an in- und ausländische Projektmittel zu gelangen und ihrer Siedlung einen quasi-legitimatorischen Anstrich zu verleihen, mit dem sie der Gefahr kurzfristiger Räumungsaktionen oder dergleichen begegnen wollen.

Der verfassungsrechtliche Grundsatz der (informellen oder formellen) Vereinigungsfreiheit ist für die Marginalsiedlungen insoweit von Bedeutung, als sie sich einem Interessenverband ihrer Wahl anschließen können. In San Salvador existiert eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NROs), die sich im Bereich der Stadt- und Kommunalentwicklung engagieren. Einige dieser Organisationen sind nach dem verheerenden Erdbeben von 1986 entstanden, die meisten jedoch im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg und der damit verbundenen Migration, die zu einer massiven Vermehrung der Marginalsiedlungen in der Hauptstadtzone führte. Die Selbstorganisation in diesem Bereich wird vom Gesetz nicht geregelt und damit von seiten des Staates auch nicht unterstützt. Im Gegenteil sieht sich die Stadtverwaltung eher in einer Gegnerschaft oder im sozialen Bereich zumindest in einer Konkurrenzsituation zu den Basisorganisationen. Insbesondere betrachtet sie die Praxis mit Mißtrauen, daß Gelder unter Umgehung der städtischen Instanzen

Partizipatorische Slumsanierung in San Esteban, San Salvador / Foto: Ulrich Wagner

in die Siedlungen geleitet werden. Dies könnte einer der Gründe für die Verabschiedung eines Gesetzes zur finanziellen Kontrolle der NROs Anfang 1997 gewesen sein, mit dem vorrangig die versteckte Parteienfinanzierung der FMLN[3] und verschiedentlich bekannt gewordene Geldwäscheaktivitäten der NROs bekämpft werden sollen.

Selbstorganisation in marginalisierten Stadtvierteln von San Salvador

Im Großraum San Salvador, der *Area Metropolitana de San Salvador* (AMSS), lebt über ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes (ca. 1,5 Millionen Menschen). Nach verschiedenen Schätzungen gibt es ca. 300 bis 350 Marginalsiedlungen in der AMSS, die hinsichtlich ihrer Größe, ihres Entstehungsjahres, ihrer demographischen Zusammensetzung, ihrer Bebauung etc. sehr heterogen sind. Sie sind über die ganze Stadt verteilt zu finden, liegen häufig an Flußabhängen und erscheinen einzeln betrachtet nicht so groß und gewaltig wie in anderen lateinamerikanischen Metropolen.

Natürlich war es uns im Rahmen unseres Aufenthaltes nicht möglich, eine umfassende Analyse aller Marginalsiedlungen durchzuführen. Unsere Ergebnisse beruhen insofern auf eigenen Beobachtungen in den dreizehn von uns besuchten Siedlungen, auf Gesprächen mit deren Bewohnern, mit Vertretern von Basisorganisationen wie dem *Consejo Coordinador de Comunidades* (CCC)[4] und anderen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen sowie auf vorhandenem Datenmaterial.

In unserer Untersuchung gingen wir von der Hypothese aus, daß Selbstorganisation der Bevölkerung ein geeignetes und wirksames Mittel zur Befreiung aus der Armut ist, welches durch den zunehmenden Verlust der Steuerungskapazitäten der Kommunalverwaltungen einen immer höheren Stellenwert bei der Überwindung der Marginalität erlangt hat. Zunächst ist festzuhalten, daß wir in allen Siedlungen mehr oder weniger stark ausgeprägte Organisationsstrukturen der Bevölkerung vorfanden, sich der oberflächliche Eindruck beim Blick auf eine solche Siedlung, die Menschen

1
El Salvador ist seit 1823 unabhängig und das kleinste und am dichtesten besiedelte Land Mittelamerikas (knapp 6 Millionen Einwohner auf einer Fläche, die ungefähr der Größe des Bundeslandes Hessen entspricht). Von 1980 bis 1992 wurde das Land von einem Bürgerkrieg zwischen der Regierungsarmee und der linken Guerrilla-Bewegung, die sich zur *Frente Farabundo Martí para la Liberalización Nacional* (FMLN) zusammengeschlossen hatte, zerrissen. Die Friedensvereinbarungen kamen auf Vermittlung der UNO zustande und sahen u.a. eine Agrarreform und eine Wiedereingliederung der Streitkräfte und der FMLN in das zivile und politische Leben vor. Bei den Kommunalwahlen im März 1997 gelang es der FMLN erstmals, den Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador und anderer wichtiger Städte zu stellen. Bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen konnte sie die absolute Mehrheit der rechtsgerichteten Regierungspartei ARENA (Alianza Republicana Nacionalista) brechen. Im März 1999 stehen die nächsten Präsidentschaftswahlen an. Die Verfassung stammt aus dem Jahr 1983 und sieht eine präsidiale Republik mit starker Zentralgewalt vor.

2
Das im gesamten Verlauf des Artikels benutzte maskuline Geschlecht bei Personen und Personengruppen ist rein grammatikalischer Art und schließt auch die feminine Form mit ein.

3
Frente Farabundo Martí para la Liberalización Nacional, ehemalige Guerrillaorganisation, die sich nach dem Ende des Bürgerkrieges 1992 als politische Partei konstituiert hat.

4
Siehe auch den Beitrag von Guadalupe Ortíz in diesem Heft

würden dort eher unorganisiert nebeneinander herleben, also nicht bestätigte.

Die oben beschriebene Möglichkeit der „Legalisierung“ als *asociación comunal* ist zwar in vielen Marginalsiedlungen ein wichtiges Ziel, seine Realisierung scheitert aber meist schon im Ansatz am Widerstand der Stadtverwaltung. Die Bildung der Organisationsstrukturen in den Siedlungen läuft insofern zwar vor dem Hintergrund der gesetzlichen Vorgaben ab, nutzt aber deren weitgehenden Gestaltungsspielraum. Dennoch zeigen sich interessanterweise relativ große Übereinstimmungen untereinander, was einerseits daran liegt, daß bestimmte vorhandene Strukturen in älteren Siedlungen von anderen übernommen werden, und andererseits daran, daß kleine basisorientierte NROs erfolgreiche Modelle transferieren und über gesetzliche Möglichkeiten informieren.

Das Selbstorganisationssystem, das wir in seinen Grundzügen in allen Siedlungen vorfanden, beruht auf einer funktionalen Aufgabenverteilung und kollektiven Entscheidungsfindungsprozessen, die demokratischen Anforderungen im großen und ganzen gerecht werden. Die *asamblea general* ist die Vollversammlung der Bewohner einer Siedlung, die sich zumeist alle ein bis zwei Wochen zusammenfindet. Das Stimmrecht wird entweder pro Kopf oder pro Familie ausgeübt. Es werden Angelegenheiten von allgemeinem Interesse besprochen und beschlossen.[5] Die *asamblea general* wählt ihr Präsidium, die *junta directiva*, für ein bis zwei Jahre. Ihr gehören fünf bis zehn Mitglieder an, die verschiedene Funktionen ausüben, zu denen die des Präsidenten, des Vizepräsidenten, des Schatzmeisters, des *síndico* (rechtlicher Vertreter) und des Protokollführers zählen. Sie verwaltet die Beiträge der Familien, die für Gemeinschaftsaufgaben bestimmt sind. Die Mitglieder der *junta directiva* treffen sich mindestens einmal wöchentlich und repräsentieren die Siedlung sowohl nach innen als auch nach außen.

So entsenden sie beispielsweise aus ihrer Mitte Abgesandte zu den wöchentlichen Versammlungen des CCC, wo Kontakte zwischen den Siedlungen hergestellt und ein gegenseitiger Austausch gefördert wird.

Eingang zur Siedlung *Corazon de Maria 2* / Foto: Ulrich Wagner

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung gebietet sich die Zusammenarbeit mit diesen demokratisch legitimierten Vertretungen der Siedlungen für jeden Eingriff von außen, der die Belange der Bewohner berührt. Ein Slumsanierungsprojekt kann darauf ebensowenig verzichten wie ein Dezentralisierungsvorhaben, ein Wohnungsbau- oder Stadtteilplanungsprojekt so wenig wie ein Kreditprogramm im informellen Sektor, wenn sie langfristig erfolgreich sein wollen.

Eine in vielerlei Hinsicht vorbildliche Organisation fanden wir in der Siedlung *Corazón de María 2* im Stadtteil *Colonia Escalón* vor. Es herrschte ein großes Gemeinschaftsgefühl, die engagierte *junta directiva* animierte die Bewohner zu gemeinsamen Aktionen, die immer wieder zu sichtbaren, wenn auch kleinen Fortschritten im Zusammenleben führten.[6] Auch gab es eine *junta directiva juvenil*, ein Präsidium der Kinder und Jugendlichen, wodurch diese früh an demokratische Strukturen herangeführt wurden. Abgesandte der *junta directiva juvenil* konnten an den Sitzungen „der Großen“ teilnehmen und wurden gehört. Leider erreichte uns dieses Jahr die Nachricht, daß die von anderen Siedlungen als Musterbeispiel angesehenen Strukturen in *Corazón de María 2* durch verschiedene personelle Veränderungen in der *junta directiva* zusammengebrochen sind. Die neue Führung hat angesichts des mangelnden Willens der Regierung zur Dezentralisierung und der damit verbundenen Widerstände auf gemeindlicher Ebene resigniert und sich frustriert von der Zusammenarbeit mit dem CCC abgewandt. Es kamen zwar immer wieder in- und ausländische Beobachter in die „Vorzeigesiedlung“, verließen sie anschließend aber auch wieder, ohne daß sich an der Situation der Bevölkerung etwas geändert hätte. Anscheinend bestimmen jetzt Drogengeschäfte das Bild in *Corazón de María 2*; die bringen wenigstens Geld in die Siedlung.

Dieses Beispiel zeigt, wie labil Selbstorganisationsprozesse sein können. Jedes Konzept oder Projekt, das die Verbesserung der Lebensbedingungen der marginalisierten Bevölkerung in den Städten der Dritten Welt zum Ziel hat, sollte daher die vorhandenen Strukturen der Selbstorganisation einzelner Marginalsiedlungen akzeptieren, stärken und in Planung und Umsetzung einbinden. Auf ihre Vernetzung über Basisorganisationen wie dem CCC kann und sollte dabei ebenfalls gebaut werden. Auch größere NROs, staatliche Institutionen und die internationale Entwicklungszusammenarbeit müssen mit ihren Projekten auf dieser Basis aufbauen, um erfolgreich zu sein. Auf Schwierigkeiten, die entstehen, wenn dies nicht in ausreichendem Maße geschieht, sind wir im Zusammenhang mit einem groß angelegten Stadtentwicklungsprojekt der Stadtverwaltung von San Salvador und der Deut-

5
Am 29.09.1996 wohnten wir der *asamblea general* der Siedlung Corazón de María 2 bei, auf der u.a. über die Fertigstellung des Gemeindehauses (der *casa comunal*, bis dato eine halboffene Hütte mit kleinem Vorplatz) und eine gemeinsame Säuberungsaktion in der Siedlung diskutiert wurde.

6
Nur ein Beispiel ist die Betonierung der Wege. Dadurch müssen die Menschen in der Regenzeit nicht durch Schlamm waten, um zu ihren Hütten zu gelangen.

7
Programa de Renovación Urbana Integral (PRUI)

8
Ungenauigkeiten bei der Auswahl der Zielgruppe hatten zur Folge, daß viele der Bewohner der neugebauten Wohnungen ihre monatlichen Raten nicht (mehr) zahlen konnten und vor dem Rausschmiß standen.

9
Es wirkt wie ein schlechter Scherz, wenn uns erzählt wird, daß während des Bürgerkrieges in der *comunidad La Montañona* in der Region Chalatenango 33 Familien lebten, um die sich zeitweilig 30 NROs kümmerten. Offenbar reisten die NRO-Vertreter jeweils mit eigenen Fahrzeugen an und arbeiteten auf der Grundlage eigener Konzepte. Hier kann von einer Bildung wirksamer Gegenmächte nicht die Rede sein.

schen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ) gestoßen[7], beim dem sich Teile der „Begünstigten“ später über den Tisch gezogen fühlten.[8]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir die eingangs aufgestellte Hypothese, daß Selbstorganisation ein wichtiger Schritt zur Befreiung aus der Armut sei, durch unsere Beobachtungen bestätigt sahen. Nur wer sich organisiert und solidarisiert, hat überhaupt eine Chance, wahrgenommen zu werden.

Möglichkeiten und Grenzen einer „Entwicklung von unten“

Die Selbstorganisation der Bevölkerung in den Marginalsiedlungen von San Salvador ist Ausdruck des Bestrebens, angesichts der Ohnmacht und der mangelnden Steuerungsfähigkeit des Zentralstaates die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Zwar hat die Distanzierung des Staates von sozialen Belangen in El Salvador Tradition, doch ist der Staat heute angesichts einer stark ausgeprägten neoliberalen Globalisierungspolitik weniger denn je willens und in der Lage, seiner verfassungsrechtlichen Sozialfürsorgepflicht nachzukommen. Der „Staat als Entwicklungsmotor“, in den 60er Jahren noch die leitbildhafte Vorstellung der lateinamerikanischen Regierungen von der Steuerung der Gesellschaft und ihrer Ziele, ist zugunsten einer Politik des staatlichen Rückzugs aus allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich der Wirtschaft, gewichen.

Entwicklungsimpulse „von oben“ bleiben zunehmend aus. Gerade in diesem Umstand liegen jedoch beträchtliche Chancen für die armen Bevölkerungsschichten, ihr Konzept einer „Entwicklung von unten“ zu verfolgen. Daß sie diese Chance ergreifen, konnten wir in den Siedlungen eindrucksvoll erleben, wenn auch die materiellen und finanziellen Möglichkeiten sehr bescheiden und die politischen Einflußmöglichkeiten (noch) gering sind. Oft hörten wir die Aussage von Siedlungsbewohnern, es sei ihnen im Krieg materiell besser gegangen und sie hätten weniger Angst gehabt als heute. Allerdings kann von durchgreifender Resignation oder einem bloßen Lamentieren über die Zustände nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Menschen sind motiviert, sich selbst zum Subjekt ihrer eigenen Entwicklung zu machen. Voraussetzung ist allerdings ein ausreichender Organisationsgrad sowie stabile und funktionierende Strukturen, um eine wirksame „Gegenmacht“ zum Zentralstaat bilden zu können. Auf diese Weise könnten sich die Selbstorganisationsbestrebungen in den Marginalsiedlungen zu einem wirkungsvollen Entwicklungsinstrument herausbilden.

Soweit im entwicklungspolitischen Kontext von der „Bildung von Gegenmächten“ die Rede ist, wird häufig der Begriff der „Zivilgesellschaft“ bemüht, die sich - vertreten durch NROs - zu einem gleichberechtigten Mitspieler im staatlichen Machtgefüge entwickeln soll (Stichwort: *Global Governance*). Wir können uns angesichts unserer Erfahrungen aus den Siedlungen nur schwer vorstellen, was unter „Zivilgesellschaft“ zu verstehen ist. Selbst die Bevölkerungsstruktur innerhalb einer Siedlung ist so heterogen, daß eine NRO niemals eine demokratische Legitimationsbasis hätte. Im Kontext El Salvadors ist „Zivilgesellschaft“ ein idealisierendes Konstrukt, das letztlich nicht weiterhilft.

Auch ohne den Begriff der „Zivilgesellschaft“ zu bemühen, sehen wir in der Förderung von Selbstorganisationsstrukturen der armen Bevölkerungsschichten eine der großen Zukunftsaufgaben der Entwicklungspolitik. Entscheidend ist, daß sich ihr Schwerpunkt von einer unkoordinierten Einzelprojektarbeit wegbewegt, um „das Ganze“ in den Blick zu bekommen.[9]

Bezogen auf Projekte der Stadtentwicklung bedeuten die vorstehenden Ausführungen folgendes: Einzelinteressen der Planer oder einzelner Bewohner müssen zwar berücksichtigt, dürfen jedoch nicht verabsolutiert werden. Stadtentwicklungsprojekte „am Reißbrett“ haben sich in den meisten Fällen als nicht zukunftsfähig („nachhaltig“) erwiesen. Am Ende ist es die Zielgruppe eines Stadtentwicklungsprojekts, die in den Siedlungen lebt. Deshalb sind ihre Interessen vorrangig zu berücksichtigen, auch wenn sie unter idealplanerischen Gesichtspunkten nicht die beste Lösungsmöglichkeit darstellen. Die armen Bevölkerungsschichten sind heute mehr denn je Subjekte der Entwicklung und nicht Objekte einer zwar gut gemeinten, aber im Ergebnis konstruktivistischen Entwicklungsplanung. Aktive Teilhabe in einem demokratischen System heißt aber, daß sich diese Interessen organisieren und artikulieren müssen. Auf diese Weise wandelt sich die Rolle eines Projektleiters, der seinen Arbeitsschwerpunkt mehr auf die Koordination organisierter Interessen richten muß. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung zwischen Interessen von Bewohnern, sondern vor allem auch um eine bessere Koordination der Konzepte von NROs, die sich im Projektumfeld engagieren. Dies ist ein Prozeß, der viel Zeit in Anspruch nimmt, dessen Erfolg man nicht immer messen (und deshalb schwerer gegenüber Geldgebern rechtfertigen) kann und der aus entwicklungsplanerischer Sicht gelegentlich nur zu zweitbesten Lösungen führt. Dennoch verdient die Motivation und das Selbstbewußtsein der Menschen in den Marginalsiedlungen den größten Respekt. Ohne sie ist „Entwicklung“ in einem richtig verstandenen Sinne heute nicht mehr denkbar.

Wohnungsbau im Rahmen des PRUI-Projektes, Condominio Brasil / Foto: Ulrich Wagner

Literatur

Ricardo Cordova Macias und Hilda Caldera: Centroamérica. Gobierno Local y participación ciudadana. Parte No. 4: El Salvador, San Salvador: Imprenta Criterio, 1996

Eckhard Deutsche, Uwe Holtz und Roland Röscheisen (Hrsg.): Zukunftsfähige Entwicklungspolitik. Standpunkte und Strategien, Bad Honnef: Horlemann, 1998

GTZ: Renovación Urbana Integral. Asistencia a un Programa Municipal de Mejoramiento Barrial (PRUI - AMSS), San Salvador: (Eigenverlag), Mai 1994

FUNDASAL: 1994/1995 Carta Urbana, 1. Auflage, San Salvador: Unidad de Planificación y Estudios, 1996

FUNDE (Hrsg.): Desarrollo Regional/Local en El Salvador. Reto Estratégico del Siglo XXI, 1. Auflage, San Salvador: Algier's Impresores, August 1997

Mario Lungo Uclés und Francisco Oporto: Area Metropolitana de San Salvador. Estadísticas Básicas, San Salvador: Flacso/ Proyecto El Salvador, Februar 1994

Mario Lungo Uclés: Una Alternativa para San Salvador, San Salvador: Flacso/Proyecto El Salvador, April 1994

Victor Antonio Orellana: El Salvador. Políticas de descentralización y capacidades de gestión administrativa y financiera de las municipalidades, San Salvador: Imprenta Criterio, Oktober 1997

Klaus Sakowski, Rechtsanwalt aus Steinheim, und Ulrich Wagner, Student der Volkswirtschaftslehre aus Berlin, waren von Juli bis Oktober 1996 in El Salvador. Der Titel des Projektes lautete „Untersuchung der Organisationsstrukturen in marginalisierten Stadtvierteln von San Salvador, El Salvador“. Partnerorganisation war der Consejo Coordinador de Comunidades (Adresse: CCC, 5a Calle Pte 316, San Salvador, El Salvador, C.A., Tel./ Fax: 503-221 53 98).

Im langen Schatten des Krieges

Maputo auf dem Weg zu einer „normalen“ Stadt des Südens

FRANK ECKARDT

Maputo on its way to a ”normal” city of the South

After the Portuguese colonisation and the following socialist experiments Maputo, the capital of Mozambique, is facing another important transformation. With the introduction of a market economy the urban agglomeration is increasingly falling apart into a modern ”concrete city” on the one and an underprivileged agglomeration of primitive ”straw huts” on the other hand. Maputo is attracting more and more people from the rural areas although the living conditions in the marginalized quarters deteriorate constantly. The basic infrastructure is missing and land is getting increasingly scarce. With the introduction of land ownership by the national government of the former socialist republic further problems have been created with the result that new inhabitants some times have more rights than established homeowners.

Anflug auf Maputo: eine afrikanische Stadt am Indischen Ozean samt Hochhaus-Silhouette. Wären die Wracks der Schiffe und die *palhotas* beim Landeanflug nicht ins Sichtfeld geraten, hätte sich der Betrachter an den Great Lake versetzt fühlen können. Maputos *Baixa* knüpft in der Tat an die Stadtarchitektur der Moderne an. Aus der Nähe betrachtet zeigt die Skyline aber das Mißlingen dieses Vorhabens. War das Hochhaus in den Industrieländern die mechanisierte Lösung der Zuteilung des verknappten Gutes „Wohnfläche“, so entpuppt sich dieses vertikale Einpferchen der Menschen in Mosambiks Hauptstadt als karikiertes Glaubenssymbol einer nachholenden Entwicklung. Die ökonomische Vergewaltigung durch eine forcierte Industrialisierung seitens des faschistischen portugiesischen *estado novo* und das sozialistische Ostblock-Plagiatentum haben heute nur verlassene Firmenflächen und vor sich dahin schimmelnde Wohnblöcke hinterlassen - und damit eine Stadt, die versucht hat, fremde Träume zu realisieren, dabei aber immer mehr zu einem Alptraum wird, den andere afrikanische Großstädte von Lagos bis Johannesburg heute bereits erleben.

Zementierte Verhältnisse

Die Einführung der Marktwirtschaft hat Maputo in einen beschleunigten Transformationsprozeß hineingezogen. Während des Bürgerkriegs suchten hier viele Menschen Zuflucht vor der Gewalt. Große Gruppen von Flüchtlingen wurden danach mit Hilfe internationaler Organisationen in ihre ursprünglichen Herkunftsregionen repatriiert. Trotz der schwierigen Kriegsumstände haben sich das Bild der Stadt und die Art der Stadtentwicklung nicht grundlegend verändert. Nach den klassischen Paradigmen der Moderne wächst eine Stadt in konzentrischen Kreisen von innen nach außen; dabei „sickern“ die sozialen Errungenschaften in gleicher Weise von den reichsten zu den ärmsten Wohngebieten durch. Dieses Stadtverständnis, das Park und die Chicagoer Schule in den dreißiger Jahren anhand der industriellen Urbanisierung der USA theoretisch ausgearbeitet haben, wurde auch durch den Bürgerkrieg nicht in Frage gestellt, schließlich waren die Bewohner an der Peripherie von Maputo die am meisten bedrohten.

Schon die Projekte der fünfziger Jahren waren diesen Vorstellungen gefolgt und hatten die Anlage der Industriezonen von Matola und Machava mit sich gebracht. Nach den damaligen Vorstellungen sollte dort die Produktion oder Verarbeitung von Nahrungsmitteln, Kleidung, metallurgischen Erzeugnissen und Zement erfolgen. Die Produkte kamen in erster Linie einer kleinen Schicht von Käufern zu gute. Dies waren zumeist die portugiesischen oder asiatischen Stadtbewohner. Die ansässigen Mosambikaner profitierten durch die geschaffenen Arbeitsplätze in gewissem Umfang aber auch davon. Das führte zu einer ersten Welle der Land-Stadt-Flucht, wie sie nun wiederum im vollen Umfang einsetzt.

Für die Entwicklung der Stadt hatte dies bis 1975 zur Konsequenz, daß sich der Bereich *L. Marques* modernisierte, d.h., der alten Dualität von Unter- und Oberstadt (*Baixa* und *Alta*) folgte eine Transformation der städtischen Geographie durch eine Reihe von neuen orthogonalen Straßenverläufen. Damit entstand auch ein Wasserbedürfnis, dem die Stadt heute nicht mehr nachkommen kann. Mit der Wasserversorgung für die moderne Oberstadt, die weder Zugang zu Brunnen, wie die *canico*-Vorstädte, noch Wassertanks auf dem Dach, wie die *Summershield*-Villen, hat, ist die Stadt absolut überfordert.

Eine neue Zweiteilung in eine *cidade cemento* und eine „Strohhütten-Stadt“ verfestigt die Illusion einer Annäherung an europäische Urbanität. Mit der Ausbreitung der „Zementstadt“ entlang der heutigen Avenidas Karl Marx, Lenine, Angola, Xipamanine, Trabalho und OAU geht ein Verdrängungs-

prozeß einher, der zur Vertreibung der Ärmsten an die Grenzen der Stadt führt. Für diese ergeben sich weitere Nachteile aus ungünstigen natürlichen Umständen: An erster Stelle ist hier die Bodenerosion zu nennen. In Ost-West-Richtung, der Lage der Stadt entsprechend, siedeln sich die *Canico*-Bewohner in einem Umkreis von acht Kilometern so dicht wie möglich an die „Zementstadt“ an. Dies hat zur Konsequenz, daß kein geeignetes Abwassersystem für die heftigen Monsunregen angelegt werden konnte. Die plötzlich einsetzenden Regen können daher in nur wenigen Stunden ganze Häuser abtragen. Zusätzlich sind die Böden stark ausgelaugt, da die Bewohner im Laufe der De-Industralisierung nach Einführung der Marktwirtschaft immer mehr auf eine Subsistenzwirtschaft angewiesen sind und die seit den sechziger Jahren vorhandenen *machambas* (Gärten) intensiv nutzen. Durch den gleichfalls zunehmenden Autoverkehr, den eine Stadt der Moderne mit sich bringt, entstehen den Vorstadtbewohnern weitere Nachteile. Da die Straßen ihrer Viertel nicht asphaltiert sind, wirbeln bremsende und startende Reifen riesige Staubwolken auf, die nicht nur die Luftverschmutzung zu einem ernsten Problem werden lassen, sondern auch den Erosionsprozeß anheizen.

Endstation Vorstadt

„Nein, uns geht es nicht gut“, gesteht die stolze Fernanda Chiliane. Sie sei alt und habe nach ihrem Heimatdorf Sehnsucht. Im *Vale do Influene* lebt sie nun mit ihrer jüngeren Schwester in einer bescheidenen Hütte. Viele andere Flüchtlinge haben der Stadt den Rücken gekehrt, doch die beiden Kriegswitwen entschlossen sich zu bleiben. Ihre Hoffnung, das bißchen ersparte Geld werde ihnen im Alter helfen, in Maputo medizinische Hilfe in Anspruch nehmen zu können, hat sich durch die Inflation zerschlagen. Nun leben sie zwischen der Ausfallstraße nach Matola und einer Kloake, die ehemals aus Inhambane stammende Fischer zum Abstellen ihrer spärlichen Boote benutzen. Mücken tanzen auf dem stehenden Wasser, der Lärm der Autos ist ohrenbetäubend und der Weg zu den Krankenhäusern, die der Grund für den Verbleib der Schwestern gewesen sind, erscheint Fernanda unendlich weit. „Aber es ist trotzdem besser hier. Zumindest haben wir die Stadt in der Nähe.“

In der Stadt zu sein bleibt also ein Wert an sich, selbst wenn sich die Versprechungen nicht erfüllen. Doch das muß nicht für alle so sein. Durch Maputos „Wasserkopf“-Funktion ist auch realiter eine enorme Anziehungskraft der Hauptstadt festzustellen. „Brückenköpfe“ für die Zuwanderung nach Maputo bilden die Hütten der Verwandten in der *Canico*-Stadt. Doch hier erfolgt die Ernüchterung. Universität, höhere Schulen, Hotels, Banken, Krankenhäuser, öffentliche Ämter und ausländische NGOs verdeutlichen durch ihre sichtbare Anwesenheit zugleich die Unmöglichkeit, mit diesen die eigenen Bedürfnisse nach formalisierter Arbeit, Bildung, Wohnung, Hygiene und Gesundheit verwirklichen zu können. Jedes Jahr kommen mehr Menschen nach Maputo. Die Zahl der tatsächlichen Einwohner dieser Metropole läßt sich, trotz aller statistischen Bemühungen, nur schätzen. Die Bevölkerung Maputos hat sich innerhalb von fünfzig Jahren verfünffacht und in den neunziger Jahren die Millionengrenze überschritten - und dies, obwohl die nationale Wachstumsrate im gleichen Zeitraum eher abgenommen hat.

links / Die Skyline von Maputo / Foto: Eckardt

Louis Cabral. Der Friedhof als Spiel- und Wohnraum

Lebensnotwendige Erreichbarkeit

Maputo implodiert. War die räumliche Ordnung während der Kolonialzeit zum Teil mit Gewalt durchgesetzt worden, so entwickelt sich nun ein Bedürfnis nach Neuordnung der Stadt, ohne daß sich dieses bisher politisch artikuliert hat. Die vom Teufelskreislauf der urbanen Armut Betroffenen nutzen ihre einzige Chance, um soziales Kapital zu akkumulieren: die Tätigkeit in der informellen Ökonomie. Doch auch hier bleibt die „Hoffnung Stadt“ nur der Anknüpfungspunkt für eine Überlebensstrategie des Einzelnen. Wochentags fährt man mit dem Bus in die *Baixa* und breitet die selbst produzierten Tomaten, Salate oder anderes Gemüse aus den *machambas* aus; sonntags ruht man sich davon vor der heimischen Hütte aus. Andere nutzen die dezentralisierten Märkte, die sich in allen Stadtteilen etabliert haben. Für beide ist die Erreichbarkeit durch die potentiellen Kunden lebensnotwendig. Daher siedeln sich die Verkäufer, die mehr als Nahrungsmittel, wie z.B. Möbel, anbieten, auch dort an, wo sie per Auto oder Bus zu erreichen sind.

Die Transportwege sind die Adern einer pulsierenden Stadt, deren Zugänglichkeit die Teilhabe an der städtischen Versorgung regelt. Je weiter man vom Zentrum entfernt wohnt und je länger die Anfahrtswege werden, desto schwieriger ist es für die Kinder, eine Schulbildung zu erhalten, und für die Erwachsenen, einer Arbeit, z. B. in den reicheren Haushalten von *Sommershield*, nachzugehen. Dieser Problematik ist sich die Stadtverwaltung durchaus bewußt. Ihr Plan, „in die Vorstädte zu springen", kann deshalb auch nur gelingen, wenn damit eine Verlagerung der infrastrukturellen Maßnahmen an die Peripherie und ein Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auf den nach außen führenden Achsen erfolgt.

Der Vorort Zimpeto - Endstation für die Umgesiedelten. Viel Platz, aber wenig Infrastruktur / Foto: Eckardt

Will man die durch die Überbevölkerung einzelner Stadtteile entstandenen Probleme - wofür die nun seit Jahren andauernde Besetzung des Friedhofes in *Luis Cabral* durch mehr als tausend Menschen das eindringlichste Alarmsignal ist - durch Umsiedlungsmaßnahmen lösen, so ist politisch noch mehr gefordert. Es reicht nicht, einen möglichen Investor zu finden, der das Gelände in geeigneter Form übernehmen will und die Umsiedlungsmaßnahme finanziert. Sicherlich mag in der wirtschaftlichen Misere der Stadt dieses vielen bereits als gelungen erscheinen. Doch unsere Untersuchungen, etwa am Beispiel der durch die dänische Firma ADPP durchgeführten Umsiedlungsmaßnahme von *Polana Canico A* nach *Zimpeto*, zeigen, daß sich die Politik zu früh von ihrer Verantwortung für die Umgesiedelten verabschiedet hat. Richtigerweise haben die Verantwortlichen angeregt, die Fahrpläne des ÖPNV so zu gestalten, daß die Busse nun wieder nach Zimpeto fahren, damit die Benutzung der mindestens doppelt so teueren privaten Sammeltaxis nicht erforderlich ist. In der Praxis hat sich dieses allerdings als nicht ausreichend erwiesen. Viele Kinder der Umgesiedelten können nicht mehr in ihre ehemalige Grundschule gehen; die Entrichtung zusätzlicher Schulgelder, die beim Wechsel in eine der nähergelegenen Schulen fällig wären, kann in der Regel nicht geleistet werden; eine eigene Schule steht in Zimpeto als Bauruine unvollendet herum. Ähnlich sieht die veränderte Erreichbarkeit des zentralen Krankenhauses in Maputo aus. Der Wunsch nach einer eigenen Gesundheitsstation direkt in Zimpeto steht deshalb ganz oben auf der Wunschliste aller Bewohner.

Politik gefragt

Aber nicht nur die Sicherstellung von Infrastruktur darf als eine stadtpolitische Aufgabe angesehen werden. Auch der Umsiedlungsvorgang selbst sollte politisch kontrolliert werden. So wurde in den uns bekannten Fällen den einzelnen Unternehmen die Bemessung und Auszahlung der Entschädigungsbeträge überlassen. Hierbei erweist sich die oftmals ungeklärte Eigentumsfrage, bedingt durch die illegale oder nur mündlich seitens des örtlichen *grupo dinamizador* autorisierte Niederlassung von Neuankömmlingen, als großes Problem. Der Preisbildung für den Umzug sind die Betroffenen im Grunde wehrlos ausgesetzt. Willkür und *cabretismo* (Korruption) stehen dabei auf der Tagesordnung, da es keine politische Partizipation, keine Kontroll- und Beschwerdeinstanzen gibt. „Ich verstehe die Frage nicht", antworten dementsprechend viele der Umgesiedelten überrascht auf die Frage, ob ihre Zustimmung zum Umsiedlungsvorhaben von den Verantwortlichen eingeholt worden sei. So ist es auch nicht verwunderlich, daß Betroffenen in gleicher Ausgangslage unterschiedlich viel ausgezahlt wurde und ihnen die verschiedensten Abzüge für den Neuerwerb des ursprünglich als kostenlos versprochenen Grundstück aufgebürdet wurden. Zimpeto wird so für manchen zu einem Alptraum: Von den Alteingesessenen wenig freundlich begrüßt - für manche sind sie nur Diebe -, erhalten die Neusiedler die am weitesten von der an der Avenida de Mocambique befindlichen Bushaltestelle abgelegenen Wohngelegenheiten. Auch die Versorgung mit Elektrizität und Kanalisation bleibt auf die nahe der Avenida gelegenen Behausungen begrenzt.

In Zimpeto müssen die Zugezogenen also schlechtere Lebensumstände hinnehmen und darüber hinaus noch innerhalb von drei Monaten eine gewissen Minimalstandards entsprechende Hütte errichten, was die Betroffenen meist überfordert. Statt also Zeit zu haben, langsam Geld anzusparen und eine stabilere Behausung aufzubauen, müssen sie das dringend benötigte Geld für ein Provisorium ausgeben, um von hier nicht wieder vollkommen mittellos - und dann auch noch obdachlos - vertrieben zu werden.

Frank Eckardt, Student der Politikwissenschaften an der Gesamthochschule Kassel, und Frank Dubert, Student der Verwaltungswissenschaften in Konstanz, waren von Juli bis November 1996 in Maputo. Der Titel des Projekts lautete: „Umsiedlungsmaßnahmen in Maputo". Projektträger war die Universität E. Mondlane in Maputo.

Local Self-Reliance im Kontext der Dezentralisierung in Ghana

Selbsthilfemodelle in der Wasserversorgung ländlicher Kommunen

BENEDIKT KORF

„Dezentralisierung“ als Schlagwort wurde in der Politik Ghanas eigentlich von jeder Regierung seit der Unabhängigkeit des Landes als politische Zielsetzung postuliert. Unter diesem Begriff wurden ganz unterschiedliche Konzepte einer Strukturierung der Verwaltungsinstitutionen des Landes subsumiert. Es stellt sich die Frage, inwieweit mit diesen Programmen wirklich Entscheidungskompetenzen und damit Macht von der Zentralregierung auf untere Verwaltungsinstanzen übertragen wurden. Insbesondere die Partizipation der Bevölkerung auf lokaler Ebene und ihr *empowerment* zu eigenständiger Problemlösungskompetenz blieben in vielen Fällen unzureichend, wie nachfolgendes Fallbeispiel aus Westghana belegen soll.

Die bisherige Dezentralisierungspolitik

Unter der Regierung von J.J. Rawlings wurde ein umfangreiches Dezentralisierungsprogramm in die Wege geleitet, das eine Gebietsreform, die Stärkung lokaler politischer Institutionen und die Dekonzentration der Verwaltung umfassen sollte. 1988 wurden im *Local Government Act* den neu zugeschnittenen Distrikten weitergehende Aufgaben übertragen. Ayee (1994) merkt in diesem Zusammenhang allerdings zu Recht kritisch an, daß in einer Situation, in der eine Zentralregierung ein Dezentralisierungsprogramm durchführt, „der Grad und die Form der Dezentralisierung auf das beschränkt wird, was denen, die an der Macht sind, als akzeptabel erscheint und ihre Existenz nicht bedroht“.[1]

Grundsätzlich ist auch heute noch eine tiefe Kluft zwischen Verwaltern und Verwalteten - zwischen Bürokratie und Bevölkerung - zu erkennen. Vielfach wird den *locals* mit einem „we have to educate people“ immer noch jegliche Kompetenz abgesprochen. Streng betrachtet handelt es sich hier aber nicht um Ignoranz der betroffenen Bevölkerung, deren Wissen und Fähigkeiten meistens unterschätzt werden, sondern der Staatselite selbst.

Als weiteres Hemmnis steht der *urban bias* vieler Verwaltungsangestellter und Politiker einer wirklichen Dezentralisierung entgegen. Entwicklungsprogramme konzentrieren sich häufig auf die städtischen Zentren und vernachlässigen deren Umland sowie den ländlichen Raum. Im Bereich der Wasserversorgung werden in Ghana mit Unterstützung bi- und multilateraler Geber umfangreiche Infrastrukturprogramme zur Sanierung der Wasserversorgung der Distrikthauptstädte durchgeführt. Im Distrikt Sunyani in der Region Brong Ahafo in Westghana werden im Rahmen des *Water Sector Rehabilitation Project* das Wasserversorgungsnetz und die Wasseraufbereitungsanlage am Fluß Tano saniert.[2] Dieses Programm erstreckt sich jedoch nur auf die unmittelbar angrenzenden und an das Wasserversorgungsnetz angeschlossenen Kommunen. Viele ländliche Kommunen in diesem Distrikt werden von keinem Entwicklungsprogramm abgedeckt und bleiben auf die Unterstützung kirchlicher NGOs oder den guten Willen der Distriktverwaltung angewiesen. Letztere wiederum verteilt die wenigen ihr zur Verfügung stehenden finanziellen und technischen Mittel oft nach politischem Gutdünken.

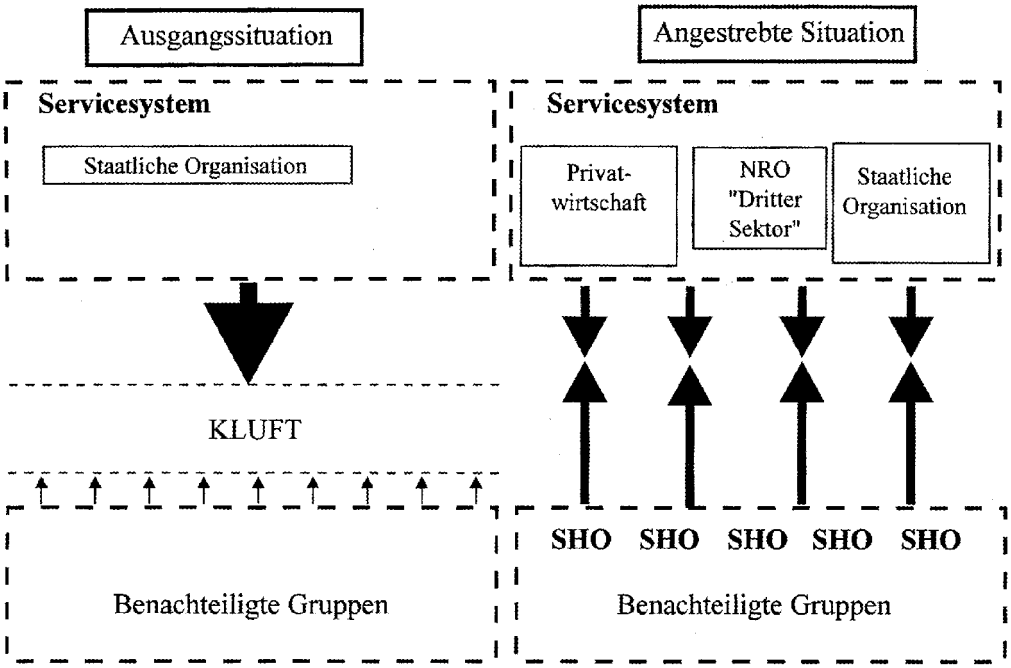
Neue Modelle der Selbsthilfe in der ländlichen Regionalentwicklung

In neueren Selbsthilfeansätzen wird der Förderschwerpunkt auf die Mikroebene der Dörfer gelegt. Rauch (1997) hat ein Modell der ländlichen Regionalentwicklung konzipiert, das sowohl Selbsthilfeorganisationen auf Dorfebene als auch privates Unternehmertum, lokale und regionale NGOs und die öffentliche Verwaltung in Programme integriert, da jedem dieser Akteure eine spezifische Aufgabe zukommt. Dieser „institutionelle Pluralismus“ hebt das staatliche Monopol auf, das bislang Entwicklungsanstrengungen eher blockiert als

Decentralisation and Local Self-reliance in Rural Communities in Ghana

Decentralisation has been a key word in Ghanaian politics since Ghana became independent in 1957. Under the presidency of Jerry Rawlings administrative responsibilities were transferred from central government to the district assemblies by the Local Government Act of 1988. The author discusses the consequences of the decentralisation programme for two villages at the outskirts of the town of Sunyani considering their particular problems with the management of water supply facilities. In both of the villages the community was unable to maintain the boreholes and to raise funds for repair works. As a consequence, the wells broke down forcing the population to return to traditional water sources like small streams and ponds. The raising and management of financial means proved to be particularly delicate because of misuse of funds in former times. Household interviews revealed that women prefer to use the traditional water sources as soon as they have to pay for water at the well. Only in the dry season, when these sources fall dry, they return to the village wells. The author therefore suggests introducing a general water fee for every household instead of charging every bucket of water at the borehole, because this is easier to handle and to

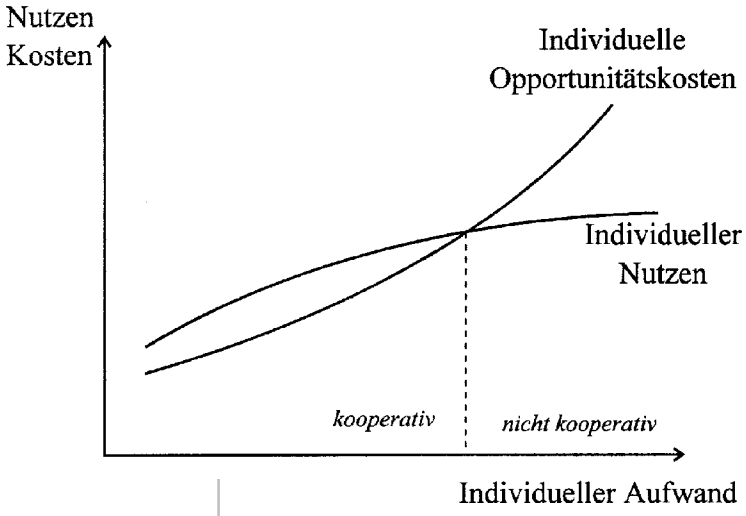
control. Any new model of community participation, however, can hardly be implemented successfully by outside experts. Their role should be that of advisers rather than project managers, whereas the villagers themselves should decide about the most appropriate management system for their particular village.



Selbsthilfemodell der ländlichen Entwicklung nach Rauch (1997)

gefördert hat. Der Staat konzentriert sich auf seine Kernaufgaben und wird dadurch gleichzeitig entlastet und gestärkt.[3]

Als Philosophie hinter diesem Selbsthilfemodell steht das Konzept der *self-reliance*: Übertragen auf die Ebene des Dorfes meint dies eine möglichst weitreichende Unabhängigkeit dörflicher Strukturen von der Unterstützung durch externe Organisationen. Partizipative Infrastrukturprojekte sind durch die drei Schlagworte *sense of ownership*, *responsible use* und *sustainability* geprägt. Damit verbunden ist eine Beteiligung der Zielgruppen gemäß ihrer finanziellen Kapazitäten an



Rationales Entscheidungsmodell. Der Einzelne beteiligt sich nur, wenn er den Nutzertrag höher bewertet als die Opportunitätskosten.

den Kosten eines Projektes. Das Idealbild sieht in der lokalen Bevölkerung den Projektinitiator, der Dienstleistungen und Unterstützung aus einem Entwicklungsprogramm nachfragt. Die Zielgruppen verfolgen also ihr eigenes Projekt und werden dabei von den Entwicklungsprogrammen lediglich unterstützt. Durch diesen Ansatz erhofft man sich ein langfristiges organisatorisches Engagement der Betroffenen, um die Nachhaltigkeit im Betrieb technischer Anlagen zu erhöhen.

Gründe für mangelnde Partizipation

Erfahrungen in der Entwicklungspraxis haben gezeigt, daß in vielen Projekten die Nutzergruppen eines Projektes nur schwer zu einer Eigenbeteiligung zu animieren sind. Die Gründe sind vielschichtig und werden durch ökonomische und sozio-kulturelle Faktoren beeinflußt. „Traditionelles" Verhalten unterliegt im Kontext einer Subsistenzökonomie und Überlebenssicherungsstrategie ihrer eigenen Rationalität, die den gegebenen Umweltbedingungen oftmals eher entsprechen kann als die Problemlösungsansätze ausländischer Experten. Innovationen scheitern somit häufig nicht einfach an passivem „traditionellen" Verhalten, sondern werden vielmehr nach eingehender rationaler Bewertung von den Zielgruppen aus für sie guten Gründen bewußt abgelehnt. Braun (1986) bezeichnet dieses Verhalten als „Subsistenzethik": Wichtig sei für die Gruppen die Sicherung ihrer Existenz, weshalb Neuerungen grundsätzlich skeptisch hinsichtlich ihrer potentiellen Risiken bewertet würden. „Verbreiteter Fatalismus, der Rückzug in die Subsistenzproduktion und offenkundige Passivität [...] können so Bestandteile einer kalkulierten Defensivstrategie sein"[4], die im Rahmen der Sicherung der Subsistenzproduktion und der sozialen Solidargemeinschaft durchaus ihre Motive hat.

Nicht-Beteiligung an Gemeinschaftsaktivi-

1
Joseph R.A. Ayee: An Anatomy of Public Policy Implementation. Case of Decentralisation Policies in Ghana, Aldershot 1994, S. 212

2
Government of Ghana, Ministry of Local Government and Rural Development: Preparation of Development Plans and Infrastructure Programmes in Selected Towns. Final Report Vol. 2: Sunyani, Accra. Außerdem: Ghana Water and Sewage Corporation (GWSC): Water Sector Rehabilitation Project Area A. Planning Report, Sunyani 1992

3
Vgl. T. Rauch: „Ländliche Regionalentwicklung", in: M. Schulz (Hrsg.), Entwicklung - Die Perspektive der Entwicklungssoziologie, Westdeutscher Verlag: Opladen 1997, S. 357-383

4
G. Braun: „Vom Mythos des Traditionalismus", in: E+Z 8/9, 1986, S. 15

täten kann aber auch rein ökonomisch begründet sein. Hier kann das rationale Entscheidungsmodell des *homo oeconomicus* hilfreich zur Analyse sein, auch wenn eine Übertragung auf den afrikanischen Kontext im allgemeinen problematisch erscheint.[5] Jedes einzelne Mitglied eines Dorfes wird sich nur dann an einer Gemeinschaftsaktion eines partizipativen Projektes beteiligen, wenn es den Nutzertrag aus dem Projekt höher bewertet als die Opportunitätskosten, die ihm aus dem Zeit- und eventuell finanziellen Aufwand entstehen. Individuen werden, folgt man der Logik dieses Modells, nur dann kooperatives Verhalten im Projekt zeigen, wenn ihnen nichtkooperatives Verhalten uneffizient erscheint.[6]

Zu diesen ökonomischen Erwägungen kommen sozio-kulturelle Faktoren auf Dorfebene hinzu. Die vielfach postulierte Homogenität traditioneller dörflicher Gesellschaften verzerrt die tatsächlich vorhandenen Machtstrukturen, die eine Partizipation gerade benachteiligter Gruppen behindern können.[7] Eine stark ausdifferenzierte ökonomische und soziale Hierarchie kann marginalisierte Gruppen davon abhalten, kooperativ an Selbsthilfeeinsätzen teilzuhaben, da sie lediglich auf die ausführende Rolle reduziert und nicht in die Entscheidungsfindung integriert werden. Dorfeliten dominieren in vielen Fällen den Partizipations- und Selbsthilfeprozeß und stellen außerdem sicher, daß der Nutzen aus den Projekten vor allem ihnen zugute kommt.

Fallstudie Kwatire und Adantia im Distrikt Sunyani

Das folgende Fallbeispiel aus Westghana soll die Probleme veranschaulichen, mit denen ländliche Gemeinden im Bereich der Wasserversorgung konfrontiert sind. Im Rahmen des ASA-Programms wurde 1997 mit Unterstützung des DED, dem *Development Office* der katholischen Diözese und der Distriktverwaltung von Sunyani eine Studie zur Situation der Wasserversorgung in Kwatire und Adantia erstellt.[8]

Kwatire und Adantia liegen mit einer Entfernung von ungefähr 15 km noch im direkten Einzugsbereich der Regionalhauptstadt Sunyani. Genaue Daten zur Bevölkerungszahl liegen nicht vor; die *Town Committees* der beiden Gemeinden schätzen die Einwohnerzahl auf jeweils ungefähr 2.500 bis 3.000 Menschen. Landwirtschaft wird hier vornehmlich auf Subsistenzbasis betrieben. Hauptanbauprodukte der Kleinstbauern sind Mais, Maniok, Yams und Kochbananen. Neben der Tätigkeit in der Landwirtschaft haben einige Dorfbewohner auch eine feste Anstellung im öffentlichen Dienst, z.B. als Lehrer oder in der Verwaltung in Sunyani. Andere sind als Händler oder Handwerker tätig. Die Größenordnung des Haushaltseinkommens bewegt sich bei den meisten im Bereich von 80 bis 100 DM pro Monat. Die öffentliche Infrastruktur ist in beiden Dörfern mangelhaft: Die Verbindungsstraße nach Odumasi und Sunyani ist nicht befestigt und wird bei starken Regenfällen unpassierbar. Beide Dörfer sind bisher nicht an die Stromversorgung angeschlossen.

Wasserquelle	Regen	Trocken
Bohrbrunnen	25,0 %	39,3 %
Bach	35,7 %	17,9 %
Schachtbrunnen	7,2 %	0
Brunnen und Bach	32,1 %	42,8 %

Nutzungsraten der unterschiedlichen Wasserquellen in Adantia in der Regen- und der Trockenzeit

Wasserversorgung in Adantia und Kwatire

Die Bevölkerung in Adantia und Kwatire konnte in den letzten 25 Jahren nur für jeweils kurze Zeiten auf funktionierende technische Einrichtungen der Wasserversorgung zurückgreifen. In der meisten Zeit waren sie auf traditionelle Wasserquellen angewiesen, also Bäche und Tümpel, aus denen Wasser geschöpft wurde. Diese Wasserquellen sind unzuverlässig und stellen nur Wasser mit schlechter Qualität zur Verfügung. Eine Verbesserung der Situation stellte sich Anfang der siebziger Jahre ein, als beide Dörfer an das Wasserversorgungsnetz der Stadt Sunyani angeschlossen und in beiden mehrere öffentliche Zapfstellen eingerichtet wurden. Nach nur zwei Jahren Betriebsdauer brach das System aufgrund einer beschädigten Versorgungsleitung zusammen. In den folgenden 15 Jahren blieben beide Dörfer wiederum auf die traditionellen Wasserquellen angewiesen. Erst Anfang der neunziger Jahre wurden durch eine amerikanische NGO sukzessive mehrere Bohrbrunnen mit Handpumpen in beiden Dörfern errichtet. Diese Brunnen sollten von den Dorfbewohnern eigenverantwortlich betrieben werden. Die Dorfgemeinschaften konnten jedoch den langfristigen Betrieb der Anlagen, die immer wieder technische Probleme aufwiesen, nicht sicherstellen. Da die Brunnen ohne Beteiligung der Bevölkerung errichtet wurden und die NGO keine ausreichenden Ausbildungsmöglichkeiten für die Schulung lokaler Techniker und Buchhalter angeboten hatte, ist dies nur allzu verständlich.

Wasserbedarf und Wasserquellen

Die Haushaltsbefragungen ergaben für Adantia und Kwatire unterschiedliche Ergebnisse. In Kwatire kann der Dorfbrunnen unentgeltlich genutzt werden, während in Adantia pro Eimer Wasser eine Gebühr entrichtet werden muß. Legt man die Angaben der einzelnen Haushalte zugrunde, können die Wassergebühren schnell ein Viertel des verfügbaren Einkommens erreichen.

5
Zur Problematik der Übertragung des ökonomischen Verhaltensmodells auf afrikanische Gesellschaften vgl. F. Bliss: „Kultur und Entwicklung - Ein zu wenig beachteter Aspekt in Entwicklungstheorie und -praxis“, in: E+Z, Nr. 5/6, 1997, S. 138-141. In diesem Fall erscheint das Modell m.E. jedoch durchaus übertragbar, da auch in afrikanischen Gesellschaften Kosten-Nutzen-Abwägungen im täglichen Leben eine wichtige Rolle spielen.

6
Vgl. R. Eyben und S. Ladbury: „Popular participation in aid-assisted projects: why more in theory than in practice ?“, in: N. Nelson und S. Wright (Hrsg.), Power and Participatory Development - Theory and Practice, Intermediate Technology Publications: London 1995, S. 192-200

7
Vgl. J. N. Pretty und I. Scoones: „Institutionalizing adaptive planning and local-level concerns: Looking to the future“, in: N. Nelson und S. Wright (Hrsg.), Power and Participatory Development - Theory and Practice, Intermediate Technology Publications: London 1995, S. 157-169

8
In diesem Zusammenhang sei meiner Projektpartnerin Simone Wilding, die den Abschnitt über Abwasser- und Abfallbeseitigung bearbeitet hat, herzlich gedankt. Vgl. den ASA-Bericht: ASA-Project Water and Sanitation in Rural Communities of Sunyani District: Final Report, prepared by Simone Wilding and Benedikt Korf, Part A & B, Sunyani Sept. 1997, sowie B. Korf: Partizipative Ansätze in wasserwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten im ländlichen Raum - Angewandt auf zwei Projekte in Tansania und Ghana, unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft der RWTH Aachen, Aachen 1998, insbes. S. 56-82

Um Geld zu sparen, nutzen viele Frauen in Adantia deshalb die Dorfbrunnen nur in der Trockenzeit, wenn die traditionelle Wasserquelle - in diesem Fall ein Bach in der Nähe des Dorfes - austrocknet. In der Regenzeit hingegen ist die Kundenzahl an den Brunnen sehr niedrig, da die meisten Frauen dann auf das Bachwasser zurückgreifen.[9] In Extremzeiten, wenn die Bohrbrunnen außer Betrieb sind und die traditionellen Wasserquellen trocken fallen, sind die Frauen oft gezwungen, weite Entfernungen zu Fuß zurückzulegen oder hohe Preise zu bezahlen, um Wasser zu erhalten. In solchen Situationen sinkt der Verbrauch pro Kopf auf weniger als zehn Liter pro Tag, einen Wert, der auch unter hygienischen Gesichtspunkten kritisch ist. In Kwatire hingegen wird der Dorfbrunnen das ganze Jahr hindurch genutzt, da dort keine Gebühren verlangt werden.

Mangelhaftes dörfliches Brunnenmanagement

Die hohen Ausfallzeiten der installierten Handpumpen in beiden Gemeinden sind einerseits auf eine mangelhafte Technologie zurückzuführen, andererseits auf die Unfähigkeit der Dorfgemeinschaft, Finanzumlagen für Reparaturarbeiten zu erheben. Meist warten die Dorfbewohner auf die Unterstützung der Distriktverwaltung, deren finanzielle und technische Kapazitäten jedoch sehr beschränkt sind. Hinzu kommt, daß die Distriktverwaltung offensichtlich finanzielle Zuwendungen nach politischen und verwandtschaftlichen Kriterien vergibt. So ist deren weitaus größere Bereitschaft zur Hilfe für Kwatire im Vergleich zum lediglich 500 m davon entfernt liegenden Adantia wohl vor dem Hintergrund zu sehen, daß der *District Chief Executive*, der höchste Beamte im Distrikt, aus ersterem Dorf stammt.

Hinzu kommt die Gefahr der Abhängigkeit von obskuren Organisationen: In Adantia wurde zum Zeitpunkt unseres Aufenthalts der Dorfbrunnen von einer kirchlichen Sekte betrieben, die dem Dorf einen Kredit für Reparaturarbeiten zur Verfügung gestellt hatte und diesen nun über Wassergebühren am Brunnen refinanzieren wollte. Auf einer einberufenen Versammlung der Dorfältesten konnte der verantwortliche Priester keine nachvollziehbaren Zahlen vorlegen; außerdem standen die Zahlen im Widerspruch zu den Ergebnissen unserer Haushaltsbefragung. Es scheint wahrscheinlich, daß die Organisation mehr Gebühren verlangt hat, als ihr tatsächlich Kosten entstanden sind.

Die angeführten Punkte verdeutlichen die Notwendigkeit eines von externer Hilfe möglichst unabhängigen dörflichen Managementsystems für die Brunnenanlagen. Dazu erscheint es sinnvoll, ein eigenständiges „Wasserkomitee“ mit klaren Kompetenzen zu gründen oder ein bereits bestehendes Komitee mit diesen Aufgaben zu beauftragen. Das Komitee läßt Dorftechniker schulen, damit diese einfache Reparatur- und Wartungsarbeiten selbst durchführen können. Außerdem sollte das Wasserkomitee die Verantwortung für die sanitären Anlagen und die Abfallbeseitigung übernehmen. Gleichzeitig muß über Gebühren ein Finanzierungsfonds für Reparaturarbeiten und zur Bezahlung von Aufwandsentschädigungen für die Dorftechniker erhoben werden. In der Vergangenheit wurden damit in beiden Dörfern allerdings negative Erfahrungen gemacht, da es zur Veruntreuung von Geldern kam, was wiederum die grundsätzlich vorhandene Zahlungsbereitschaft der Dorfbewohner

Dorfbewohner/innen von Adantia beim Kartieren ihres Dorfes / Foto: Benedikt Korf

verringert hat. Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung der Finanzmittel wiederzugewinnen, ist es deshalb notwendig, ein einfaches und transparentes Buchhaltungssystem einzuführen.

Dies erscheint leichter, wenn in Zukunft Gebühren nicht mehr pro Eimer an den Dorfbrunnen, sondern pauschal als monatliche Abgabe für jeden Haushalt erhoben werden. Die Einnahmen aus dieser Abgabe sind transparenter und können leichter kontrolliert werden. Gleichzeitig fallen die Personalkosten weg, die bisher durch das Kassieren der Wassergebühren an den Brunnen entstanden. Die Bewohner bezahlen mit dieser Abgabe für die Option, den Brunnen zu nutzen. Damit entfällt der Zwang, aufgrund zu hoher Preise Wasser einsparen oder zu den traditionellen Wasserquellen zurückkehren zu müssen. Überschlägliche Berechnungen zeigen, daß bereits eine geringe monatliche Abgabe von ein bis zwei DM pro Haushalt ausreicht, um die anfallenden Reparaturkosten zu decken. Soziale Unausgewogenheiten, die mit einer Pauschalabgabe verbunden sein können, werden in vielen Dörfern einvernehmlich ausgeglichen: So ist es zum Beispiel üblich, daß herausragende Persönlichkeiten des Dorflebens höhere Beiträge bezahlen. Andererseits wird häufig auf Sanktionen verzichtet, wenn arme Haushalte ihre Gebühren nicht entrichten.[10] Im übrigen wurden pauschale Abgaben in beiden Dörfern

9
Untersuchungen in Nordghana kamen zu ähnlichen Ergebnissen: Auch in den dort untersuchten Dörfern wurden die Brunnen von vielen Bewohnern nur in der Trokkenzeit genutzt, wenn die traditionellen Wasserquellen nicht mehr ausreichend Wasser führen. Vgl. S. B. Kendie: „Survey of water use behaviour in rural North Ghana“, in: *Natural Resources Forum* Vol. 16, No. 2, May 1992, S. 126-131

10
Vgl. in diesem Zusammenhang auch D. Curtis: „Power to the people. Rethinking community development“, in: N. Nelson und S. Wright (Hrsg.), Power and Participatory Development - Theory and Practice, Intermediate Technology Publications: London 1995,S. 115-124

11
Vgl. J. Briscoe und D. de Ferranti: Water for Rural Communities. Helping People Help Themselves, The World Bank, Washington D.C. 1988

bereits in der Vergangenheit erhoben, um Reparaturkosten ad hoc zu finanzieren. Es geht hier also eher um eine Institutionalisierung solcher Gebühren, um langfristig die Finanzierung der Unterhaltungskosten zu sichern.

Traditionelle Autoritäten und dörfliche Institutionen

In Ghanas ländlichen Regionen der Akan spielen traditionelle Autoritäten wie der Dorfhäuptling (*chief*) und der Ältestenrat (*elders*) noch eine wichtige Rolle. Der *chief* - aus einer königlichen Familie stammend - wird von den Familienoberhäuptern bestimmter adeliger Familien im Dorf gewählt und kann von diesen jederzeit wieder abgesetzt werden, wenn er seinen Pflichten nicht nachkommt. Der *chief* hat dadurch eine starke Stellung, daß er in seiner Funktion als Treuhänder des stammeseigenen Bodens Nutzungsrechte vergibt und die Rolle eines Schlichters und Richters wahrnimmt.

Neben diesen traditionellen Autoritäten gibt es in Ghana im Rahmen der Dezentralisierungspolitik etablierte dörfliche Institutionen. Das *Town Development Committee* wird von der Bevölkerung gewählt und übernimmt die Aufgaben eines Dorfparlaments. Weiterhin wählt das Dorf einen Abgeordneten für die *District Assembly* - den *Assembly-man*. Darüber hinaus arbeiten im Dorf verschiedene Komitees und Gruppen, die einen nicht unerheblichen Einfluß erringen können, wie z.B. kirchliche Organisationen.

Die offiziellen politischen Institutionen können nur in enger Zusammenarbeit mit dem chief Einfluß erlangen. Es ist deshalb essentiell, die traditionellen Dorfeliten miteinzubinden. Andererseits ist aber auch unverkennbar, daß ihre Autorität insbesondere in der jüngeren Generation zurückgeht. So klagte der *chief* von Adantia, daß eine Mobilisierung gerade der jungen Männer für Gemeinschaftsaktionen der Gemeinde zunehmend schwieriger werde.

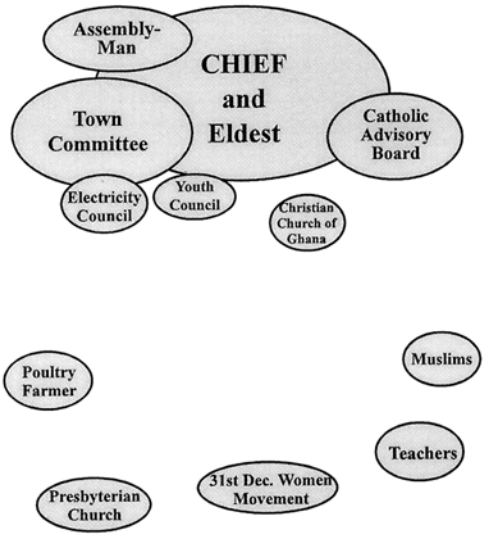
Die Rolle der Frauen in der Wasserwirtschaft

Frauen sind aufgrund der ihnen in der traditionellen Arbeitsteilung zukommenden Verantwortung für die Ressourcen Wasser und Energie die wichtigsten Ansprechpartner bei Wasserprojekten im ländlichen Raum. In vielen Fällen konnte die Nachhaltgkeit von Projekten verbessert werden, wenn Frauen in die Projektarbeit einbezogen wurden.[11] Allerdings haben sich auch Probleme bei der Partizipation der Frauen ergeben, weil diese den traditionellen Rollenvorstellungen in den Dörfern widersprach. Frauen wurden zwar in Komitees gewählt, aber eine Beteiligung an der Entscheidungsfindung wurde ihnen oft nicht zugebilligt. Ihre Partizipation blieb dann auf die Verantwortung für Sauberkeit und Betrieb der Anlagen sowie auf die Beteiligung an freiwilligen Arbeitseinsätzen beschränkt, ohne daß damit auch ihre Lebenssituation verbessert worden wäre.

Schlußfolgerungen

Dörfliche Managementsysteme für Brunnen oder andere technische Anlagen sind oft mit Herausforderungen konfrontiert, die Dorfgemeinschaften - zumindest auf den ersten Blick - überfordert erscheinen lassen. Dennoch kann auf einen Selbsthilfeansatz, der die Wasserversorgung möglichst unabhängig von externer finanzieller Unterstützung sicherstellt, im ländlichen Raum nicht verzichtet werden.

Der von der ghanaischen Regierung im Rahmen ihres Dezentralisierungsprogramms immer wieder eingeforderte *spirit of self-help* an den *grass roots* würde vielerorts vielleicht leichter einzulösen sein, wenn die staatliche Bürokratie sich flexibler und weniger arrogant gegenüber den von ihr oft als ungebildet und ignorant bezeichneten Kleinbauern und -bäuerinnen zeigen würde. Es wird Zeit, daß ausländische Experten und die einheimische Staatselite das Wissen und die Fähigkeiten der ländlichen Bevölkerung, nach rationalen Maßstäben handeln und Probleme lösen zu können, anerkennen. Wie sonst hätten diese bei den vorhandenen ungünstigen ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen im ländlichen Raum in Vergangenheit und Gegenwart ihre Subsistenz sichern können?



Venn-Diagramm von Adantia, gezeichnet von zwei Dorflehrern der dortigen Methodist Primary School. Ein Venn-Diagramm stellt Verknüpfungen verschiedener miteinander in Verbindung stehender Institutionen dar. Die Größe eines Kreises gibt die Wichtigkeit der Institution an, die Entfernung der Kreise voneinander, wie nahe die einzelnen Institutionen zueinander stehen.

Benedikt Korf, Student des Bauingenieurwesens (Wasserbau und Wasserwirtschaft) und der Geographie, war gemeinsam mit Simone Wilding, Studentin der Regionalplanung, von Juli bis September 1997 in Ghana. Der Titel des Projektes lautete: „Water and Sanitation in Rural Communities of Sunyani District". Projektpartner war die District Assembly von Sunyan, ein weiterer Ansprechpartner auch das Development Office der Catholic Diocese of Sunyani.

PREZEIS - Konzeption und Umsetzung des partizipativen Sanierungsprogramms für die städtischen Armenviertel in Recife

RICHARD REHM

PREZEIS – an Upgrading Programme for the Poor Quarters in Recife

Since the return of democracy in Brazil in 1988 a new attitude towards the favelas emerged. The aim of the local authorities now is the redevelopment of the slums instead of their demolition. In 1987 the PREZEIS, one of the first and most progressive upgrading programmes, was brought into being in Recife. About 50% of the inhabitants of the metropolis of the poor northeastern part of Brazil live in slums and favelas. The PREZEIS programme is based on the recognition that the favelas are the appropriate solution for that part of the population, which is excluded from the formal housing market. The social and urban structures in the favelas are recognised as values, which should be preserved. The central tasks of the PREZEIS programme are urbanisation and legalisation. Urbanisation means the supply with social and technical infrastructure. By legalisation of their property the inhabitants should be protected from expulsion. The participation of the inhabitants is of great importance. In the COMUL commission elected representatives of the inhabitants participate in all decisions concerning the future development of the respective favela.

Wo früher am liebsten abgerissen worden wäre, soll heute saniert werden. Wie sich an zahlreichen Programmen und Initiativen in brasilianischen Städten absehen läßt, hat sich ein Bewußtseinswandel in der Behandlung der Favelas vollzogen. Eines der ersten und fortschrittlichsten Programme entstand 1987 in Recife: das Programm zur Urbanisierung und Legalisierung von Armenvierteln, kurz PREZEIS. Als Auffangbecken für die verarmte Landbevölkerung des Nordostens und ohne nennenswerte Industrie ist die soziale Lage in dieser Millionenmetropole besonders prekär. Über 50% der Bewohner Recifes leben in Favelas. Die Favelados selbst, wie die Bewohner der Armenviertel genannt werden, waren an dem politischen Kurswechsel maßgeblich beteiligt.

Movimento popular - das Volk kämpft um seinen Besitz

Als Reaktion auf die Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik begannen sich schon Anfang der dreißiger Jahre Bewohnervereinigungen zu organisieren. Aus diesen Vereinigungen und anderen Gruppen, die sich für die Rechte und Bedürfnisse der Armen einsetzten, entstand das *movimento popular*. Es gewann vor allem in den fünfziger Jahren immer mehr an Einfluß und verbuchte Erfolge im Kampf gegen die Vertreibung. Mit der Machtübernahme der Militärs 1964 erfolgte ein Einschnitt: Vereinigungen und Gruppen des *movimento popular* wurden verboten. Die meisten Vereinigungen bestanden dennoch im Untergrund weiter. Daß das *movimento popular* nicht völlig gestoppt werden konnte, erklärt sich schon aus alleine aus der extremen Not, die in den Favelas herrschte, und diese wurde in der Folge noch größer. Die Militärregierung setzte wieder verstärkt auf eine Politik der Umsiedlungen. Dazu kam eine Wirtschaftspolitik, die zur weiteren Verarmung breiter Bevölkerungsschichten führte. Widerstand begann sich zu regen und das *movimento popular* lebte Mitte der siebziger Jahre wieder auf. In der Redemokratisierungsphase Mitte der achziger Jahre traten Recifes Gruppierungen des *movimento popular* in eine neue Phase, was Mobilisierung, Konsolidierung und Artikulation anging. Die Gruppen wurden nicht nur zahlreicher, sondern begannen sich auch auf gesamtstädtischer Ebene zusammenzuschließen. 1983 wurde ein großer Erfolg im Kampf um die Anerkennung der Favelas erzielt: 27 Armenviertel wurden im Flächennutzungsplan der Stadt Recife als ZEIS (Zonen von besonderem sozialen Interesse) ausgewiesen. Eine ZEIS wird als spontane Wohnsiedlung auf öffentlichem oder privatem Eigentum definiert, die nicht über Basisinfrastruktur und eine Regelung des Grundbesitzes verfügt. Dieser Status bedeutet für die Favelabewohner auch eine relative Sicherheit vor Vertreibung. Mit der Rückkehr zur Demokratie fanden die Gruppierungen des *movimento popular* Zugang zu den politischen Gremien der Stadt. Als ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Stadt, Vertretern der Kirche und des *movimento popular* wurde 1987 das PREZEIS gesetzlich verabschiedet. Mit dem neuen Gesetz konnten jetzt auch weitere Favelas als ZEIS anerkannt werden.

PREZEIS - eine neue Zukunft für die Favelas?

Die Konzeption des Programms folgt der Einsicht, daß Favelas keine vorübergehenden Probleme städtischer Entwicklung sind, die es zu beseitigen gilt. Vielmehr sind sie adäquate Lösungen für die Bevölkerungsteile, die vom formellen Wohnungsmarkt ausgeschlossen sind. Darüber hinaus werden die gewachsenen sozialen und städtebaulichen Strukturen als Werte anerkannt, die es zu bewahren gilt. Nichtsdestotrotz sind große Anstrengungen notwendig, um gesunde Wohn- und Lebensbedingungen in den Favelas zu schaffen. Das PREZEIS ist das zentrale Instrument der Stadtplanung, um dies zu erreichen. Die Ziele des PREZEIS sind im einzelnen:

- eine Vertreibung der Bewohner zu verhindern,
- die Bewohner mit der nötigen Infrastruktur und Wohnraum zu versorgen,
- die baulichen und natürlichen Charakteristika zu erhalten,
- die Bewohner zu beteiligen,
- die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Bewohner zu fördern.

Diese Ziele sollen im wesentlichen durch Urbanisierung und Legalisierung des Besitzes in den als ZEIS anerkannten Favelas umgesetzt werden. Urbanisierung bedeutet die Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur und die Einbindung in das Stadtgefüge. Die Planung und Umsetzung soll hierbei in drei Schritten geschehen. Im ersten erfolgen eine umfassende Bestandsanalyse, die Konzeption eines städtebaulichen Rahmenplans (*Plano Urbanístico*) und sowie die Ausarbeitung von Ausführungsplänen mit detaillierten Lösungen der ingenieurtechnischen Fragen. Im zweiten Schritt werden vom Stadtplanungsamt Bauunternehmen verpflichtet, deren Arbeiten auch vom Amt kontrolliert werden. Damit die durch die Maßnahmen erreichten Qualitäten auf Dauer gesichert und die Bauvorschriften eingehalten werden, soll in der dritten und letzten Phase eine kontinuierliche Kontrolle erfolgen.

Die Legalisierung der Besitzverhältnisse

Damit der *Plano Urbanístico* Gesetzesstatus erlangen kann, müssen zuvor die Bewohner das Besitzrecht über das von ihnen besetzte Land übertragen bekommen. Die Legalisierung der Besitzverhältnisse ist die zweite wesentliche Aufgabe des PREZEIS. Zunächst muß herausgefunden werden, wer Eigentümer der besetzten Grundstücke ist. Je nachdem, ob sie sich in privatem oder öffentlichen Besitz befinden, ergeben sich verschiedene juristische Möglichkeiten der Legalisierung. Bei Privatbesitz wird das in der Bundesverfassung festgeschriebene Gesetz *Usucapião* angewendet: Dabei handelt es sich im Prinzip um eine Enteignung wegen Nichtnutzung eines Grundstücks, wenn der Besetzer bestimmte Bedingungen erfüllt; soziale Belange werden damit über das Eigentumsrecht gestellt. Handelt es sich um öffentlichen Besitz, kann zwischen Besetzer und öffentlicher Hand ein gesetzlich geregelter Pachtvertrag abgeschlossen werden.

Der partizipative Ansatz des PREZEIS

Ein wesentlicher Gedanke des PREZEIS ist es auch, die Bewohner am gesamten Prozeß der Urbanisierung und Legalisierung zu beteiligen. Dazu wurden gesetzlich verankerte Institutionen und Gremien geschaffen, die der Stadtverwaltung angegliedert sind. Auf Ebene der ZEIS kann auf Betreiben der Bewohner hin eine COMUL (Kommission zur Urbanisierung und Legalisierung des Grundbesitzes) gegründet werden. Diese trifft die Entscheidungen in allen Fragen der Urbanisierung und Legalisierung, welche die Favela betreffen. Sie hat fünf Mitglieder:
- zwei Vertreter der Bewohner der betreffenden Favela,
- zwei Vertreter der öffentlichen Hand (in der Regel ein Architekt und ein Sozialarbeiter des Stadtplanungsamtes),
- ein Vertreter einer Nichtregierungsorganisation, welche die Favela berät.

Die öffentlichen Versammlungen der COMUL finden alle vierzehn Tage statt. Hier erfahren die Bewohner den neuesten Stand der Planungen. Sie können auch mit ihren Ideen und Wünschen darauf Einfluß nehmen.

Eine typische Favela in Recife / Foto: Rehm

Übergeordnetes Organ aller ZEIS ist das *Fórum do PREZEIS*. Im *Fórum* versammeln sich die Vertreter der Bewohner mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der im PREZEIS tätigen NROs. Das *Fórum* vertritt die Interessen der ZEIS nach außen, berät über gesetzliche und administrative Vorgänge und diskutiert konkrete Probleme. Hier wird auch darüber entschieden, wie die zu Verfügung stehenden Finanzmittel unter den Favelas aufgeteilt werden.

Das *Fórum* wird von drei Kammern mit den Themenschwerpunkten Urbanisierung, Legalisierung sowie Haushalt und Finanzen unterstützt. Die Kammern setzen sich aus je zwei Vertretern der Bewohner, der öffentlichen Hand und der NROs zusammen. In den Kammern sollen die fachlichen Diskussionen geführt werden, um das *Fórum* zu entlasten und Entscheidungen vorzubereiten. Die *Câmara de Urbanização* schlägt dem *Fórum* beispielsweise Projekte vor, die in Auftrag gegeben werden sollen, und erörtert technische Detailfragen dieser Projekte.

links / Vor der Sanierung / Foto: Rehm

rechts / Nach der Sanierung / Foto: Rehm

Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Unser Interesse galt der Frage, inwieweit die gesetzlich festgelegten Ziele des PREZEIS tatsächlich umgesetzt werden. Als Gegenstand für unsere Untersuchung wählten wir die bisland erstellten *Planos Urbanísticos*. Befragt wurden die an der Erarbeitung der Pläne beteiligten COMUL-Mitglieder. Besonderes Gewicht lag auf der Frage, inwieweit die Bewohner tatsächlich an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

Die *Planos Urbanísticos* bestehen aus zwei Teilen. Im ersten erfolgt eine Bestandsanalyse (Einbindung der Favela in Stadt und Landschaft, Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur, städtebauliche Strukturen), aus der Mängel und Potentiale abgeleitet werden. Im zweiten, planerischen Teil erfolgt eine Neuordnung der Favela; die angestrebten Veränderungen zielen dabei auf

- ein funktionales Wegenetz,
- die Ausweisung von neuen Wohnflächen, insbesondere für Bewohner, die umgesiedelt werden müssen, weil ihr Haus „im Weg“ oder auf gefährdeten Flächen, wie z.B. Überschwemmungsflächen, steht und
- die Versorgung mit Freiflächen.

Abschließend werden die Kosten für die Baumaßnahmen geschätzt. Ein wichtiger Bestandteil des *Plano Urbanístico* sind die „Bauvorschriften“, welche z.B. die Mindestbreiten für Wege und Straßen, die maximale Überbauung eines Grundstücks, die maximale Geschoßzahl festlegen. Dadurch sollen gesunde Wohnbedingungen garantiert und die städtebaulichen Charakteristika der Favela gesichert werden.

Versammlung der Bewohnervertreter / Foto: Rehm

„Die Pläne sind gut. Sie müßten nur umgesetzt werden.“

So lautete das Urteil zahlreicher Befragten. Die Ergebnisse der Interviews und die Untersuchung der Pläne ergaben ein übereinstimmendes Bild. Die Pläne berücksichtigen die Ziele, zu denen sie einen sinnvollen Beitrag leisten, in zufriedenstellendem Maße. Das Problem liegt vielmehr in der fehlenden Umsetzung. Bislang wurden die Planungen lediglich in einer Favela realisiert; in diesem Fall liefen Planung und Umsetzung parallel. In den anderen Fällen waren nach Planfertigstellung bis zu zwei Jahre vergangen, in dieser Zeit hatten sich vor allem durch Neubesetzungen und Umbauten Veränderungen ergeben. Die Pläne müßten dementsprechend zunächst einmal erheblich überarbeitet, wenn nicht gar neu erstellt werden.

Warum überhaupt Pläne machen, wenn diese sich aus Geldmangel nicht umsetzen lassen? Für den Fall, daß unerwartet öffentliche Gelder zur Verfügung stehen, kann der Plan aus der Schublade gezogen werden. Die Favela kann außerdem mit dem Plan in der Hand besser Gelder für sich einfordern. Da die Inhalte der Pläne auf das Wesentliche reduziert und ihre Erstellungskosten recht gering sind, überwiegt dieser Vorteil die angesprochenen Nachteile.

Die Frage nach der Beteiligung beschränk-

ten wir im wesentlichen auf den Entscheidungsprozeß innerhalb der COMUL. Da wir selbst an den Sitzungen nicht teilnehmen konnten, mußten wir uns in der Bewertung auf die Aussagen der COMUL-Mitglieder stützen. Befragt wurden alle Mitglieder der acht Favelas, für die bislang ein *Plano Urbanístico* erstellt worden war. Bis auf wenige Ausnahmen befanden alle, daß die Entscheidungsfindung unter den Beteiligten gleichberechtigt und gemeinschaftlich verlief; auch am Informationsfluß gab es nichts zu beanstanden. Wie sehr sich die Bewohner tatsächlich beteiligten bzw. ihre Vertreter sich engagierten, unterschied sich allerdings von Favela zu Favela erheblich. Als Gründe wurden fehlende Organisation und Politisierung auf Seiten der Bewohner und mangelnde Kompetenz ihrer Vertreter genannt. Als ein weiteres Problem erwiesen sich die klientelistischen Strukturen. Viele Bewohnervertreter stehen in einem Arbeitsverhältnis bei Politikern oder kooperieren mit ihnen, daraus resultiert der nicht unbegründete Verdacht, daß die Vertreter manipuliert werden könnten.

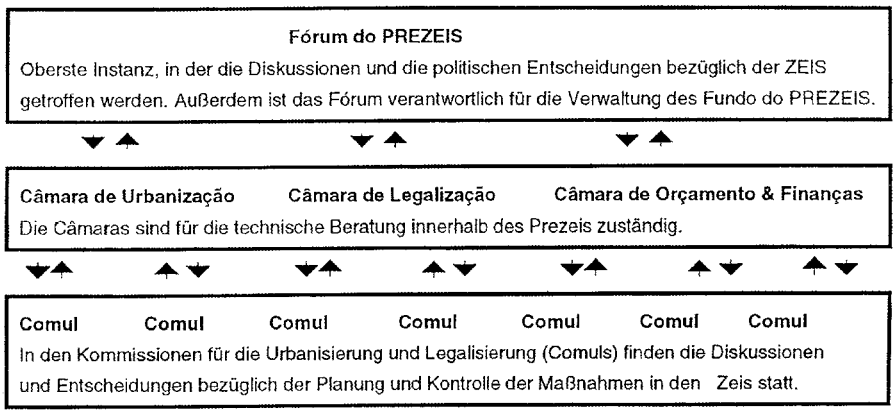
Die Arbeit der COMUL hängt stark vom Engagement und der Berufsethik einzelner Personen ab. Hier wäre eine stärkere Kontrolle wünschenswert. Denkbar wären themenbezogene Arbeitskreise in den Favelas. Mit ihrer fachlichen Kompetenz könnten sie Entscheidungen mittragen und kontrollieren.

Zehn Jahre PREZEIS

In den zehn Jahren seines Bestehens hat das PREZEIS Höhen und Tiefen erlebt. Die politische Unterstützung und damit auch der Handlungsspielraum hingen in starkem Maße von der Ausrichtung der jeweiligen politischen Führung ab. Zum Beispiel geschah von 1988 bis 1992, in der Amtszeit eines konservativen Bürgermeisters, fast gar nichts. In der nachfolgenden Amtszeit von Jarbas Vasconcelos, einem Mitbegründer des PREZEIS, erlebte das Programm wiederum einen Aufschwung: Ein eigener Haushalt wurde eingerichtet, die ersten *Planos Urbanísticos* erstellt und zahlreiche Favelas neu als ZEIS ausgewiesen. Ende 1996 existierten 65 ZEIS, in denen insgesamt etwa die Hälfte der Favelabewohner Recifes leben. 31 ZEIS besaßen eine COMUL. Eine Haushaltssperre führte 1997 dazu, daß viele Urbanisierungsmaßnahmen auf Eis gelegt wurden. Nur in einer Favela wurden die geplanten Maßnahmen bisher vollständig abgeschlossen.

Der Erfolg des PREZEIS hängt nicht von seiner Konzeption ab. Das PREZEIS ist ein gelungenes Beispiel für eine fortschrittliche Sanierungspolitik, die stadtplanerische, soziale, ökonomische, ökologische und wohnungspolitische Ziele vereint. Das Problem liegt vielmehr in den überkommenen politischen Strukturen und insbesondere in der fehlenden politischen Bereitschaft, die Prioritäten in der Stadtentwicklung anders zu setzen und mehr Mittel für das PREZEIS bereitzustellen. Ursprünglich sollte ein bestimmter Prozentsatz des städtischen Gesamthaushalts in den eigenen Haushalt des PREZEIS fließen; inzwischen wird jedoch bei den Haushaltsverhandlungen jedes Jahr aufs neue über den Umfang der Mittel gestritten. Insgesamt wird der Umfang der Gelder weder der Dringlichkeit der Probleme in den Favelas gerecht noch dem Anteil an der Gesamtbevölkerung Recifes, die in den Armenvierteln leben.

Ein weiteres Problem sind die klientelistischen Strukturen in den Beziehungen zwischen Bewohnervertretern und Politikern. Politiker boykottieren demokratische Entscheidungsstrukturen, wie sie beispielsweise im PREZEIS existieren; stattdessen pflegen sie lieber persönliche Beziehungen zu den Armenvierteln, um sich dort durch Gefälligkeiten Wählerstimmen zu sichern. Der Erfolg des PREZEIS und ähnlicher Initiativen hängt demnach vorrangig davon ab, wie sich der Demokratisierungsprozeß und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Brasilien weiter entwickeln werden.



Institutionen und Gremien, die am PREZEIS beteiligt sind

Literatur

ARRUAR (Hrsg.): PREZEIS - Plano de regularização de zonas especiais de interesse social - um espaço institutional para exercício da cidadania, Recife1995

FASE-NE, CENDHEC, URB-RECIFE (Hrsg.): PREZEIS. Manual para Lideranças, Recife 1997

Salvador Soler Lostao: O PREZEIS - um processo de participação popular na formação da cidade, Recife 1991

Marcelo Teles de Mendonça: A participação popular em canais institucionais, Recife 1995

Richard Rehm, Student der Landschaftsarchitektur aus Hannover, war zusammen mit Ingo Knoth, Architekturstudent aus Weimar, von August bis Oktober 1997 in Recife. Der Titel des Projekts lautete: „Entwicklung städtischer Armenviertel in Recife/Brasilien. Untersuchung des partizipativen Sanierungsprogramms PREZEIS am Beispiel des zentralen Planungsinstruments Plano Urbanístico". Als Projektpartner vorgesehen war die NRO ARRUAR; es fand keine Zusammenarbeit im engeren Sinne statt, unterstützt wurde das Projekt von der NRO FASE (siehe dazu auch den Beitrag von Clóvis Roberto Zimmermann in diesem Heft).

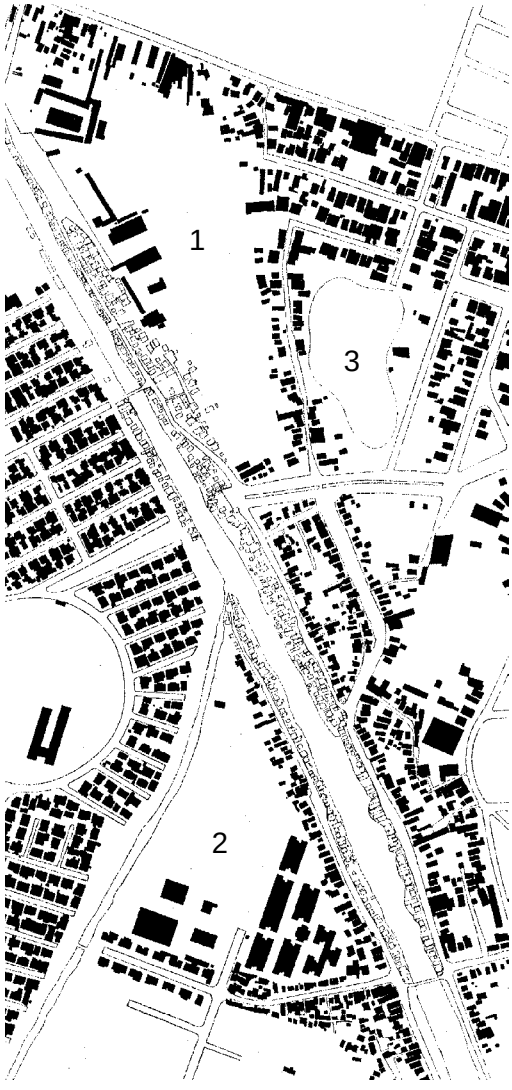
Ein Urbanisierungsprojekt für die ZEIS Campo Grande in Recife

INGO KNOTH

An Urbanisation Project for the ZEIS Campo Grande in Recife

The project, which was submitted as a diploma thesis at the faculty of architecture of the Bauhaus University in Weimar, deals with the favela Campo Grande as a part of the PREZEIS urban upgrading programme in Recife (see the article by Richard Rehm in this issue). It proposes a resettlement of a part of the population, in total 350 families living in a very critical flood area near the river. The project for the new quarter is based on an economic street layout, a flexible housing typology on plots of 4 by 16 metres and the provision of the necessary public and communal infrastructure.

In Recife leben auf nur 25% der Stadtfläche etwa 50% der 1,4 Millionen Einwohner in Armenvierteln. Es gibt heute etwa 400 bis 500 Favelas unterschiedlicher Größe, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind. Sie sind sehr unterschiedlich entwickelt; im allgemeinen ist das Hauptproblem aber das Fehlen einer Basisinfrastruktur (Kanalisation und Drainage). Bis zum Ende der Militärdiktatur in Brasilien bestand auch in Recife die gängige Praxis im Umgang mit den Favelas im Abriß der Barackensiedlungen und der Vertreibung der Bewohner in die Randgebiete der Stadt. Mit der zunehmenden Demokratisierung des Landes änderte sich langsam auch das Verhältnis zu den Armenvierteln. Die Bürgerbewegung verschaffte sich durch Massenproteste Gehör und machte medienwirksam auf die Misere aufmerksam. Sie wurde in dieser Zeit hauptsächlich von Teilen der katholischen Kirche unterstützt. Ein frühes Ergebnis war 1983 die Ausweisung der ersten 27 ZEIS.[1] Favelas, die zu solchen Sonderzonen erklärt werden, unterliegen spezifischen Normen; dadurch sollen sie für die Grundstücksspekulation unattraktiv und eine Vertreibung der Bewohner verhindert werden. Die Verabschiedung des PREZEIS-Programms (1988) war ein weiterer Schritt zu einem Mitspracherecht der armen Bevölkerungsschichten in der Stadtpolitik. Als wichtigstes Ergebnis soll für jede ZEIS ein städtebaulicher Rahmenplan (*Plano Urbanístico*) erstellt werden. Jede ZEIS verfügt über eine COMUL,[2] die aus gewählten Vertretern der Bewohner, Technikern der Stadtverwaltung und einem Vertreter einer NRO besteht. Versammlungen der COMUL sind für alle Bewohner öffentlich.



Bestandsplan der ZEIS Campo Grande mit den drei Freiflächen für mögliche Nachverdichtungsmaßnahmen

Die Situation in Campo Grande

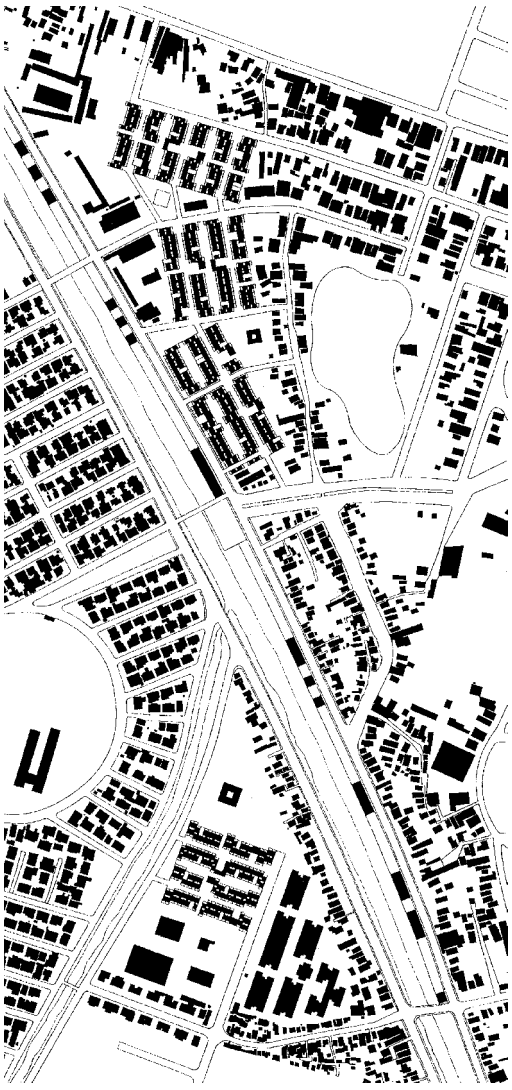
Campo Grande ist eine der jüngsten ZEIS in Recife. Sie befindet sich im Norden der Stadt, unterhalb der ausgedehnten Elendsviertel in den Hügeln von *Casa Amarela*. Gleichzeitig liegt sie jedoch relativ zentrumsnah, in der Nähe von Wohnvierteln der Oberschicht. Das wiederum ist für viele der Bewohner eine günstige Ausgangslage, um zu den meist informellen Arbeitsstätten zu gelangen.

Campo Grande besteht aus elf *communidades*, das sind einzelne Favelas, die z.T. unterschiedlich entwickelt sind. Während der nördliche Bereich aus einer geplanter Beset-

1
Zonen von besonderem sozialen Interesse (siehe hierzu auch den Beitrag von Richard Rehm in diesem Heft)
2
Kommission zur Urbanisierung und Legalisierung des Grundbesitzes

zung der sechziger Jahre resultiert, die von der damaligen linkspopulistischen Regierung unterstützte wurde, handelt es sich beim südlichen Teil um eher spontane Besetzungen, die Ende der sechziger Jahre begannen und bis heute andauern. Vertreter aller elf *comunidades* der ZEIS sind in der COMUL präsent; daß hier einer von bislang sieben *Planos Urbanisticos* von Recife aufgestellt wurde, ist vor allem ein Ergebnis der sehr aktiven Bewohnerorganisationen und der örtlichen COMUL.

Wie ein Großteil der Favelas in Recife, einer Stadt, die durch Landaufschüttungen in einem ehemals ausgedehnten Flußdelta und Sumpfgebiet entstanden ist, liegen auch Teile der ZEIS Campo Grande sehr niedrig, so daß sie



regelmäßig durch Überschwemmungen bedroht sind. Mehrere Wasseradern, deren Ränder zum Teil dicht besiedelt sind, durchziehen das Gebiet. Dies trifft insbesondere auf den *Canal do Arruda* zu, der das gesamte Gelände diagonal durchfließt. Hier drängen sich etwa 350 Hütten am Ufer, die extrem überschwemmungsgefährdet sind und die schlechtesten Sanitär- und Wohnverhältnisse der gesamten ZEIS aufweisen. Da die Situation der Bewohner von der COMUL als äußerst gefährdet eingestuft wird, wurde im Rahmen des *Plano Urbanistico* eine Umsiedlung beschlossen. Für diese Umsiedlung stehen auf dem Gebiet der ZEIS drei Bereiche zur Verfügung, die aus unterschiedlichen Gründen bislang nicht besetzt worden sind. Zwei davon befanden sich in Privatbesitz und wurden nach den gesetzlichen Grundlagen des PREZEIS-Programms, das in ZEIS-Gebieten nur Grundstücksgrößen bis max. 200 qm zuläßt, enteignet. Die dritte Freifläche ist ein mangrovenbewachsenes Sumpfgebiet.

Grundidee des Entwurfs

Grundlagen des Entwurfs sind die im *Plano Urbanistico* vorgesehene Wegestruktur und Siedlungsflächen, mit Ausnahme des Sumpfgebiets, das unbebaut bleiben soll. Ein übergeordnetes Konzept bindet die ZEIS Campo Grande in die gesamtstädtische Struktur ein. In den meisten Fällen liegen die Favelas als Fremdkörper in der Stadt und werden als Orte der Gefahr und Gewalt angesehen. Der Entwurf sieht vor, spezifische Charaktere des Gebiets zu erhalten, wie z.B. die Kleinteiligkeit der Bebauung, die engen Nachbarschaften, die Kleinräumlichkeit, gleichzeitig aber durch eine hierarchische räumliche Staffelung (Haus, Wohnstraße, Nachbarschaft, Stadtteil, Gesamtstadt) seine Einbindung in den größeren städtischen Kontext zu gewährleisten.

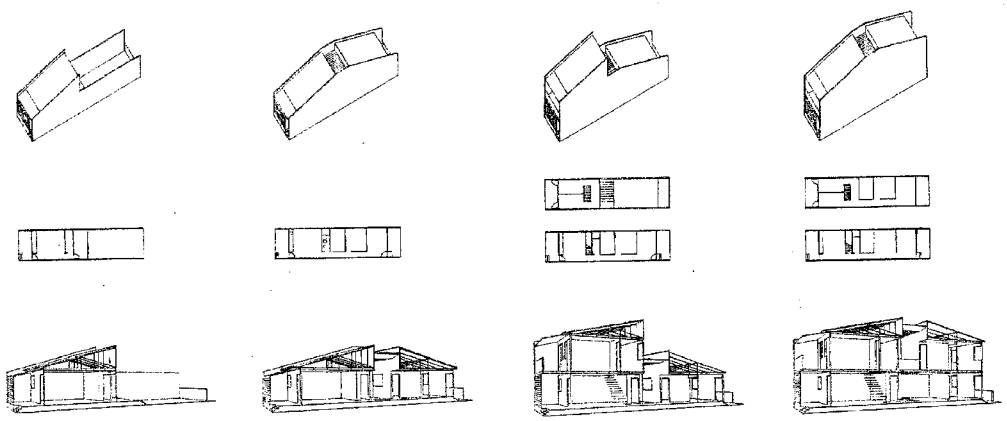
Ein zentrales öffentliches „Rückgrat“

Die ZEIS Campo Grande existiert bisher nur auf dem Papier, d.h. auf einer politischen Ebene: Die elf *communidades* haben sich zusammengeschlossen, um ihre Schlagkraft gegenüber der Stadtverwaltung zu erhöhen, bislang mit Erfolg. Um den gewachsenen Bezug der Bewohner zu ihrem Wohnort auch räumlich deutlich zu machen, wurde zwischen dem *Canal do Arruda* und der parallel dazu geplanten zentralen Erschließungsstraße *Dos Anjos*, welche beide die gesamte ZEIS diagonal durchziehen, ein „Funktionsstreifen“ von neun Metern Breite vorgesehen: Hier sollen öffentliche Funktionen, wie eine Grundschule, eine Polizeistation, eine Gesundheitsstation, aber auch Räumlichkeiten für Handwerkskooperativen sowie Bars und Kneipen am Kanalufer untergebracht werden. Die Räume zwischen den Gebäuden können bepflanzt werden, so daß ein öffentlicher Grünraum entsteht.

Wohnfelder

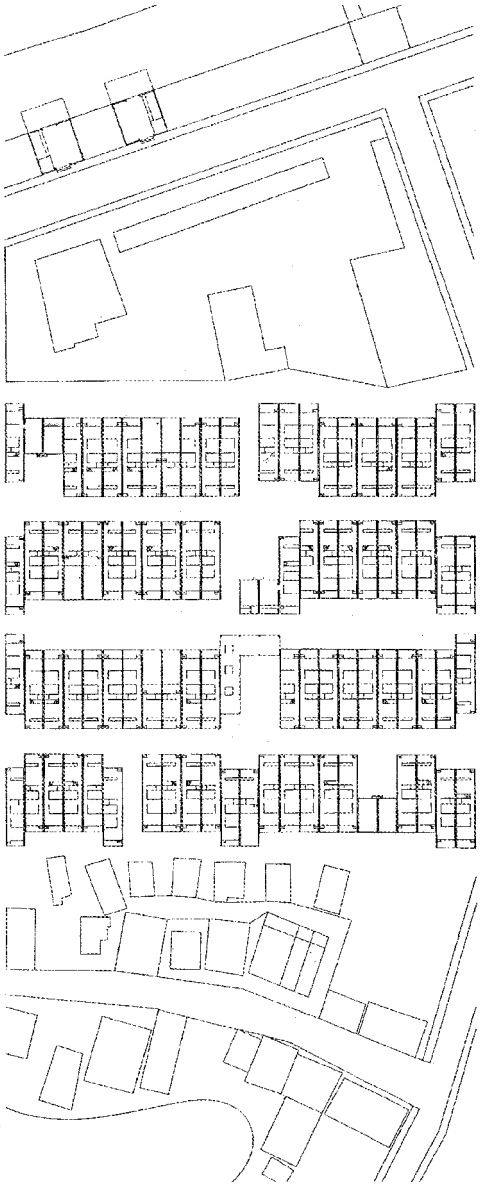
Die Wohnbebauung ist in Form von vier „Wohnfeldern“ mit jeweils etwa 90 Wohneinheiten konzipiert, die sich mit der bestehenden

Lageplan des Entwurfsvorschlags mit den neuen Wohnfeldern auf zwei der bisherigen Freiflächen (das Sumpfgelände bleibt unbebaut) und der Achse mit öffentlichen Funktionen parallel zum Kanal



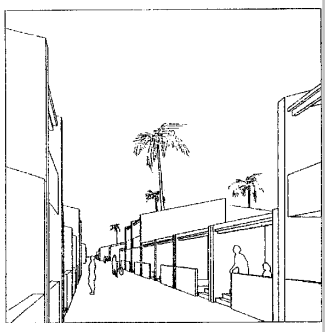
Erweiterbare und aufstockbare Haustypen auf schmalen Parzellen von vier Metern Breite

Bebauung verzahnen. Trotz des Bezugs zur umgebenden Struktur sollen die einzelnen Felder wahrnehmbare Ränder aufweisen und damit eine Identifikation der Bewohner mit ihrer neuen *communidade* erleichtern und unterstützen. Jedes Wohnfeld besteht aus zwei Wohnstraßen, vier Reihenhauszeilen und einem gemeinschaftlichen Grünbereich.



Wohnstraßen und Nachbarschaft

Die Straßen besitzen in den Favelas aufgrund der beengten Wohnsituation eine besondere Bedeutung und stellen eine Erweiterung des Wohnraums dar: Hier wird gehandelt, gespielt, gearbeitet, erzählt und gefeiert. Nachbarschaften sind sehr wichtig. Die geplanten Wohnfelder besitzen jeweils zwei Wohnstraßen. Das gelegentliche Zurücktreten einiger Häuser aus den ansonsten geraden Fluchtlinien schafft Nischen und kleine Plätze, die das Straßenleben bereichern. Die beidseitige Erschließung der Häuser mit vorgelagerten Veranden soll Kommunikation, aber auch soziale Kontrolle fördern. Die beiden Wohnstraßen sind jeweils über einen gemeinschaftlichen Grünraum verbunden.



Perspektive einer Wohnstraße in den geplanten neuen Wohnfeldern

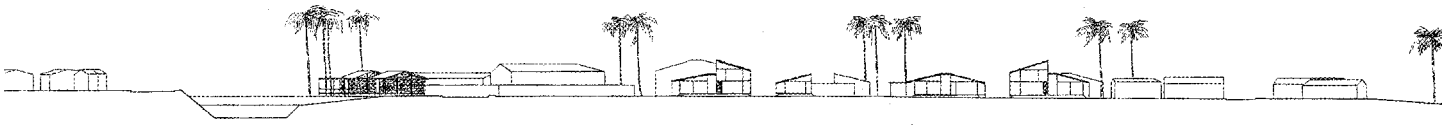
Wohnhäuser

Jede Familie erhält eine Parzelle von 4 auf 16 Metern, auf der ein Reihenhaus in Schottenbauweise erstellt wird. Die Häuser sind in drei Schritten erweiter- und aufstockbar. Diese Erweiterungen sind unabhängig von den Nachbarn möglich. Selbsthilfebau soll möglich, aber nicht zwingend sein. Jedes Haus verfügt über eine Veranda zur Straße und einen Garten nach hinten sowie einen kleinen Patio in Hausmitte. Die schmalen Hausbreiten ermöglichen es, daß die etwa 90 Häuser eines Baufeldes kostensparend mit nur zwei Straßen zu erschließen sind.

rechts / Detailplan eines Wohnfeldes mit jeweils vier Hauszeilen an zwei Wohnstraßen

unten / Querschnitt durch ein Wohnfeld

Ingo Knoth, Dipl.-Ing. Architektur, hat seine Abschlußarbeit mit dem hier vorgestellten Entwurf 1998 an der Bauhaus-Universität in Weimar vorgelegt. Zusammen mit Richard Rehm (siehe dessen Artikel in diesem Heft) war er von August bis Oktober 1997 in Recife.



Strategien der sozialen Wohnraumversorgung in den Slums von Bombay

HOLGER WICHERT

In Bombay angekommen, treffen wir als erstes unsere Partnerorganisation SPARC (*Society for the Promotion of Area Resource Centers*) in ihrem Büro in Byculla, einem Stadtteil von Bombay. Zwei Herren der Weltbank haben sich angemeldet. Die Suche des Büros gestaltete sich nicht ganz einfach, ist es doch eine umgebaute Garage im Hinterhof eines „Community Centres". Schnell lernen wir Jockin, einen Verantwortlichen der *National Slum Dwellers Federation* (NSDF), und Celine, eine Mitarbeiterin von SPARC, kennen. In dem „Großraumbüro" von ca. 15 qm sitzen zusätzlich noch Frauen von *Mahila Milan* (auf Hindi: „Frauen zusammen"), der dritten NGO im Bunde.

Der hohe Besuch scheint Jockin nicht zu beeindrucken; er berichtet selbstbewußt von der Arbeit und der Philosophie der drei NGOs, die zusammen das Büro in Byculla nutzen. Es gibt Chai (indischen Tee) und, am Fußboden sitzend, informieren sich die Herren von der Weltbank über die Arbeit der Allianz. Man vereinbart ein Treffen in unbestimmter Zeit, um einige von SPARC unterstützte Wohnbauprojekte näher zu betrachten. Internationale Arbeit ist eher das Tagesgeschäft im Büro in Byculla. Besuche in Japan, Kambodscha oder Südafrika sind nichts Ungewöhnliches. Jockin hinterläßt bei uns einen wahrlich bleibenden Eindruck, ist er doch der anscheinend gefragteste und vielbeschäftigste Mann in Bombay, der im Auftrag der Armen ein Telefonat nach dem anderen führt.

Allianz von drei NGOs

Hier in Byculla laufen die Fäden der drei NGOs zusammen, wobei jede ihr eigenes Tätigkeitsfeld hat. Von der Kooperation profitieren jedoch alle und der Auftrag ist klar: die menschenunwürdigen Lebensverhältnisse in den Armensiedlungen zu bekämpfen und den Bewohnern zu vermitteln, ihre eigenen Probleme zu lösen. Auf das letztere wird besonders großer Wert gelegt. In Byculla versteht man sich eher als Vermittler, Anlaufstation und Initiator. Hilfe zur Selbsthilfe heißt das Konzept. Gerade wenn es um Wohnlandfragen geht und Verhandlungen mit der Stadtverwaltung unumgänglich sind, wären die Bewohner der Slums ohne das Training und die Hilfe von SPARC, *Mahila Milan* und NSDF hilflos.

Mahila Milan spricht besonders Frauen an, die in einer ansonsten von Männern dominierten Gesellschaft hier die Möglichkeit haben, ihre Probleme auszutauschen und über eigene Bedürfnisse zu sprechen. Für Jockin liegt die Arbeit mit den Frauen auf der Hand: „Frauen sind sensibler für die Familienfürsorge, können besser mit Geld umgehen und haben ein starkes Kommunikationsbedürfnis. Und gerade das ist wichtig, um Probleme zu lösen."

So wurden im Laufe der Jahre neben einer „Siedlergemeinschaft" eine Art „Bausparkasse für Arme" sowie ein Kreditkonzept für Krisenzeiten entwickelt. Das kann sowohl Arzt- und Arzneikosten als auch eine Unterstützung für Arbeitslose oder Strafgebühren für Verkauf von Waren ohne Erlaubnis betreffen. Für jede Siedlung ist eine Frau verantwortlich, die sich um die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaft kümmert und Geld für die Sparkasse einsammelt. Da die meisten der verantwortlichen Frauen Analphabetinnen sind, werden beim Einsammeln Symbole genutzt, die für einen bestimmten Betrag stehen (lila = 1 Rs, gelb = 2 Rs, grün = 5 Rs).[1] Bei der Vergabe von Krediten entscheidet ein Komitee wieviel Geld geliehen werden kann. Bei einem Betrag bis zu 100 Rs braucht nur ein Komiteemitglied kontaktiert zu werden, bei bis zu 500 Rs drei Mitglieder und bei über 500 Rs müssen alle elf Mitglieder zusammenkommen.

Im Gegensatz zu *Mahila Milan* wurde SPARC 1984 von einer Gruppe junger Akademiker gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt Basisgruppen zu organisieren, Betroffene am Entwicklungsprozeß teilhaben zu lassen und

Strategies of Social Housing in the Slums of Bombay

Bombay's increasing population has become one of the major problems of the city. A large part of the population is completely left out of the housing market living in slums or on the pavement. The NGOs *Mahila Milan*, SPARC, and NSDF try to improve these living conditions of the urban poor by supporting them in a dialogue with the State and the local authorities on matters of equity and social justice. The NGOs strive to get people organised in order to enhance community participation. A credit-scheme, organised by *Mahila Milan*, helps the families to overcome financial crises through the possibility of getting loans from their own community. Additionally saving schemes for housing were introduced in order to gain legal land tenure and to provide the settlers with their own houses. The process of resettlement and rehabilitation, supported by the NGOs, is described here in several case studies.

1
100 Rs sind ca. 5 DM.

Die Siedlergemeinschaft Milan Nagar zieht um / Foto: Wichert

Das Musterhaus von SPARC besteht aus einem Grundriß von 15 qm und einem „Loft“ von nochmals 7 qm / Foto: Wichert

Dialog-Zentren zu schaffen, in denen Probleme diskutiert und gemeinsam angegangen werden können. Die Versammlungsbereitschaft wurde uns eindrucksvoll demonstriert. Bei einem angekündigten Besuch im Büro der *Railway Slum Dwellers Federation* (RSDF) in Mankhurd empfingen uns ca. 20 Frauen, die uns über ihre Situation berichteten. Die komplette Siedlung sollte verlegt werden, da die Eisenbahn das Land für neue Bauvorhaben braucht. Im Gegenzug erhielten die Siedler jedoch neues Land, für dessen Bebauung eigens eine Bausparkasse angelegt wurde. Neben der monatlichen Einzahlung in die Bausparkasse bekamen die Siedler auch staatliche Kredite aus Neu-Delhi, die allerdings nur den Frauen zugesprochen wurden. Die Männer konnten derartige Kredite also nur über ihre Frauen erhalten.

Wohnungsdilemma in Bombay

Wie wichtig die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen ist, wird deutlich, wenn man die Ausmaße der Wohnungsproblematik näher betrachtet: Zwischen 1960 und 1980 verdoppelte sich Bombays Bevölkerung von 4,5 auf 9 Millionen Einwohner; heute liegt die Zahl bei über 12 Millionen. Mit dem Wachstum der Stadt konnten die Infrastruktur und die Wohnungsversorgung nicht Schritt halten. Ca. 60% der Bevölkerung leben in Slums, 1,5 Millionen sogar auf der Straße. Besonders für die Straßenrandbewohner (*pavement dwellers*) setzte sich SPARC in seiner Anfangszeit ein, da diese der Willkür der Stadtverwaltung ausgesetzt waren.

Sämtliche Strategien der Stadtverwaltung konnten die Probleme aber nicht beseitigen. Mit Räum- und Bulldozerkommandos erreichte man lediglich deren Verlagerung. Illegal Siedelnde wurden mit Gewalt vertrieben. Der Erfolg währte nicht lange; die Vertriebenen waren bald in einem anderen Teil der Stadt wiederzufinden. Der Aufstand der Bürger und Betroffenen hat immerhin zur nachträglichen Legalisierung von Gebieten geführt, die vor 1990 errichtet wurden: ein längst überfälliger Schritt, wie die meisten meinen, tragen doch auch die Slumbewohner durch Tätigkeiten im informellen Sektor erheblich zur Produktivität der Stadt bei. Von Seiten der Stadt fürchtet man allerdings - bei einer zu loyalen Umgangsweise mit den illegalen Siedlungen - einen weiteren Anstieg der Migrationsströme nach Bombay, und das versucht man mit aller Macht zu vermeiden. Die knappe Ressource Boden ist das wertvollste Gut der Stadtväter von Bombay, zu verschenken gibt es da nichts. Im Geschäftszentrum am Nariman Point liegen die Bodenpreise ähnlich hoch wie in Tokio und London.

Kein Platz für die Armen

Die Lage Bombays auf einer ins Arabische Meer hinausragenden Halbinsel hat seit Beginn der Besiedlung das Wachstum der Stadt vorherbestimmt. Das Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum liegt am äußersten Südzipfel der Halbinsel und führt zu täglichen Pendlerströmen, die für europäische Verhältnisse undenkbar sind. Die Monozentralität des Stadtraums spiegelt sich in den Boden- und Wohnungspreisen wieder. Für die Ärmsten der Armen ergeben sich dadurch nur wenige Siedlungsmöglichkeiten.

Die Besetzung von Land am Stadtrand, gerade für Neuankömmlinge, hat den Nachteil, daß keine infrastrukturellen Einrichtungen vorhanden sind und hohe Kosten für das Pendeln zur Arbeitsstätte kaum aufgebracht werden können. So bleibt vielen nichts anderes übrig, als sich in der Nähe des Arbeitsplatzes am Straßenrand niederzulassen. Lärm und Abgase verstärken hier noch die widrigen Lebensumstände. Die Straßenrandbewohner profitieren am allerwenigsten von staatlichen Geldern und Wohnbauprogrammen. Eine Räumungsaktion führte 1986 zu einer Zwangsumsiedlung von Straßenrandbewohnern aus Süd-Bombay nach Dindoshi, ca. 30 km nördlich gelegen. Die Vertriebenen fanden hier ein ungerodetes Stück Land vor, ohne jegliche infrastrukturelle Versorgung. Hier setzte die Arbeit von *Mahila Milan* an, die bei der Errichtung der Toilettenhäuschen, der Versorgung mit Strom und Wasser sowie dem Bau von Häusern behilflich war.

Ortstermin in Dindoshi

Donnerstags um 10.30 Uhr sind wir mit Frauen aus diesem Gebiet im Büro von *Mahila Milan* verabredet und informieren uns vor Ort über die Siedlung. Jede Familie erhielt 15 qm Grundfläche für ein Haus, der Umzug erfolgte in Gruppen von 350 Familien. Heute leben 30.000 Menschen in Dindoshi. Die Familien, die von der Stadt umgesiedelt wurden, müssen einen Betrag von 47 Rs an die Stadt entrichten und bekommen dafür ein Papier, das die Legalität bescheinigt. Dindoshi dehnt sich immer noch aus, wobei Neuankömmlinge oft bis zu 20.000 Rs an Vorsteher zahlen müssen, illegal wie sich versteht.

Sehr schnell fällt einem in den verschiedenen Projektgebieten von SPARC, *Mahila Milan* und NSDF die Gleichheit des Hausbaus auf. In Mankhurd hat es die Siedlergemeinschaft *Milan Nagar* geschafft, von der Stadtverwaltung ein Stück Land zu erhalten. *Milan Nagar* ist eine Gemeinschaft, die von Straßenrandbewohnern in Byculla gegründet wurde und nun nach und nach auf das neue Land umzieht. Dabei wird auf dem zugeteilten Gelände zunächst ein sog. „Transit-Camp“ errichtet, bei dem noch die Materialien der früheren Unterkunft verwendet werden. Nach Umsiedlung in das Transit-Camp wird mit dem eigentlichen

links / In Mankhurd haben die Siedler das Ziel des Eigenheimes immer dicht vor Augen / Foto: Wichert

rechts / Erst nach der Errichtung des Transit-Camps wird mit dem eigentlichen Hausbau begonnen / Foto: Wichert

Hausbau begonnen. Auf einem Betonsockel von 15 qm werden die Wände hochgezogen. Mit vorgefertigten Betondecken erhält der Raum noch eine zweite Ebene (sog. Loft) von ca. 7 qm, die über eine innere Treppe erreichbar ist. Mit dieser Raumaufteilung ist es möglich, ein wenig mehr Privatsphäre zu schaffen, da eine Familie in der Regel aus fünf bis sechs Personen besteht. Im Untergeschoß befinden sich im hinteren Teil des Hauses ein gemauerter Herd und eine Waschstelle.

Bausparkasse für Arme

Für den Bau der Häuser sparen die Mahila Milan-Mitglieder einen Betrag von 5000 Rs. Mit diesem Grundkapital sind sie bei der Bank kreditwürdig und können einen Betrag in Höhe von 20.000 Rs erhalten, den sie innerhalb von zehn Jahren zurückzahlen müssen. Erst wenn dieser Kredit zurückgezahlt ist, erhalten die Bewohner die offiziellen Papiere für ihr Stück Land. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß sie ihre neue Wohnung schnell wieder zu höheren Preisen verkaufen, wie das bei staatlichen Programmen in der Vergangenheit der Fall war.

In Mankhurd besuchen wir eine Familie, die seit vier Jahren in der neuen SPARC-Siedlung lebt, welche aus 120 bunten Reihenhäusern besteht. Ihr Haus hat 23.000 Rs gekostet und konnte dank der „Baukredite“ von *Mahila Milan* errichtet werden. Der Kredit von 13.000 Rs muß in Raten von 105 Rs pro Monat zurückgezahlt werden. Zusätzlich kostet der Strom 200 Rs monatlich (die Familie verfügt über einen Kühlschrank und einen Fernseher), und tägliche Ausgaben für Nahrung schlagen mit 50-60 Rs zu Buche. Nach der Rückzahlung des Kredits träumt die Frau jedoch von Verbesserungen. Die Kochstelle würde sie lieber zur Straße hin ausrichten und den Zugang zum Loft von außen ermöglichen, um auch den Söhnen eigene vier Wände zu geben.

Das tägliche Leben findet für die Frauen zum größten Teil im Freien statt und nicht isoliert in den kleinen Häusern. So nehmen öffentliche Plätze eine besondere Bedeutung im Alltag der Frauen ein: Hier wird das Essen zubereitet, die Wäsche gewaschen, und die Kinder spielen in der Nähe des Hauses unter Aufsicht der Mutter. Die Unterschätzung solcher Aspekte bei sozialen Wohnbauprogrammen führte zu einigen Mißerfolgen: Im Rahmen des *Prime Minister Grant Project* (PMGP) wurden Mehrfamilienhäuser gebaut, ohne auf die Bedürfnisse der zukünftigen Bewohner einzugehen. Geringe Akzeptanz bei den Slumbewohnern führte zur Weitervermietung der Wohnungen und einer Rückkehr in die Slums, in denen soziale Strukturen noch intakt waren. Solche Entwicklungen wollen SPARC, NSDF und *Mahila Milan* vermeiden, indem die Siedler ihr Haus nach und nach selbst bezahlen, beim Bau mithelfen und gemeinsam mit ihren Nachbarn umziehen. So können soziale Strukturen erhalten bleiben und Mißerfolge vermieden werden.

Umsiedlung nach Kanjur Marg

Bei einem geplanten Umsiedlungsprojekt in Kanjur Marg wird jedoch auch hier der Liebe zum ebenerdigen Wohnen ein Ende gesetzt. Aufgrund der geplanten hohen Einwohnerdichte ist eine zumindest zweistöckige Bebauung unumgänglich. Wer in den unbeliebten zweiten Stock zieht, wird wahrscheinlich per Los entschieden. Doch viele nehmen das gerne in Kauf, denn das zu räumende Wohngebiet liegt so nahe an den Schienen, daß Mütter sich oft nicht trauen, ihre Kinder alleine spielen zu lassen. Zudem ist in Kanjur Marg die Angst, vertrieben zu werden, gebannt, da nach Abzahlung des Kredits das Land ihr Eigentum sein wird.

Oft führt bereits die Legalisierung von Slums zu verbesserten Wohnverhältnissen. Lebt man in der Gefahr, jeden Tag vertrieben werden zu können, ist die Bereitschaft, in sein Haus zu investieren, eher gering. So sind Fernsehapparate oft eine der wenigen Investitionen der Slumbewohner, da diese bei Räumungsaktionen schnell mitgenommen werden können. Mit dem Bewußtsein, nicht vertrieben werden zu können, steigt auch die Bereitschaft, in sein Haus zu investieren.

Akten verschwunden

Wie hart der Kampf um freies Land ist, wurde an den letzten Tagen unserer Projektarbeit

deutlich. Der Eigentümer des benachbarten Grundstücks in Kanjur Marg hatte die Verträge zwischen SPARC und der Eisenbahngesellschaft „verschwinden“ lassen. Anscheinend war er ebenfalls an dem Land interessiert. Doch Jockin beugte der Korruption vor und zeigte uns stolz den Ordner mit den Kopien der Verträge.

Die Häuser in Kanjur Marg werden von den Siedlern selbst errichtet: ein gewagtes Unternehmen, sollen auf das neue Areal doch 10.000 Menschen umgesiedelt werden. Für das Land hat sich SPARC eingesetzt, nachdem die Eisenbahn für den Ausbau der Bahnstrecke von vier auf sechs Gleise viele Slums entlang der Schienen räumen wird. Um die Kosten für die neue Siedlung gering zu halten, erstellte

Gemeinsam bereitet man den Hausbau vor / Foto: Wichert

ein zu SPARC gehörender Architekt die Pläne für die neuen Häuser. Auch hier legte man großen Wert auf die Partizipation der Zielgruppe und versuchte, Wünsche und Ideen in die Planung einfließen zu lassen. Schwierigkeiten haben die meisten Siedler bei der Vorstellung und Einschätzung von Maßangaben. Als Hilfsmittel dienen hier zwei *Saris* (Tücher), die - aufgefaltet und nebeneinander liegend - die Grundfläche der Häuser darstellen.

Neues Land viel zu klein

Der neue Siedlungsplatz umfaßt 21.000 qm und muß vor der Bebauung erst entwässert und mit Müll aufgefüllt werden. Ursprünglich war die Fläche größer, doch mittlerweile hat die Stadt einen Teil davon für den Neubau einer Brücke genutzt. Einen üblen Beigeschmack hat die Umsiedlung allerdings. Auf dem Land haben sich bereits einige Familien häuslich eingerichtet, jedoch illegal. Eine Vertreibung will SPARC vermeiden, aber eine Lösung ist noch nicht gefunden.

Neue Finanzierungsmöglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau

Für die Finanzierung der neuen Siedlung stützt man sich, neben den Ersparnissen der Siedler, auf eine Strategie, die von den Behörden eingeführt wurde, nachdem staatliche Wohnbauprogramme nicht den erhofften Erfolg erzielten. Die Schlüsselwörter zur Lösung der Wohnungsmisere heißen FSI und TDR. Der FSI (*Floor Space Index*), ähnlich der Geschoßflächenzahl nach deutschem Planungsrecht, gibt an, wieviel Quadratmeter Wohnfläche auf einem gegebenen Grundstück errichtet werden dürfen. Durch das *Slum Redevelopment Scheme* (SDR) wurde der FSI für Slums auf 2,5 festgesetzt, d.h., auf einem Grundstück von 10 qm dürfen 25 qm Wohnfläche geschaffen werden. Ein privater Investor, der sich bereit erklärt, das Gebiet zu sanieren, kann nun die maximal erlaubte Wohnfläche auf dem Grundstück errichten und somit mehr Wohnraum schaffen als für die Unterbringung der ehemaligen Slumbewohner nötig wäre. Diesen zusätzlichen Wohnraum kann er dann auf dem freien Markt verkaufen und somit von dem SDR profitieren.

Falls der Investor nicht die maximal erlaubte Wohnfläche errichtet, ist es möglich den „übrig“ gebliebenen FSI-Anteil in einem anderen Gebiet zu realisieren. Dieses Recht, den FSI zu transferieren, nennt man *Transfer of Development Rights* (TDR). Man stelle sich vor, in einem Wohngebiet würde ein einstöckiges Haus gebaut, obwohl drei Stockwerke zulässig wären: Diese nicht genutzten zwei Geschosse verkauft man nun an einen Investor, der damit das Recht hat, die Fläche für einen Hochhausbau in der Innenstadt zu nutzen. Was schwer zu verstehen ist und gegen jegliche Ziele und Absichten städtischer Planung spricht, ist in Bombay Realität.

Für die meisten nur ein Traum

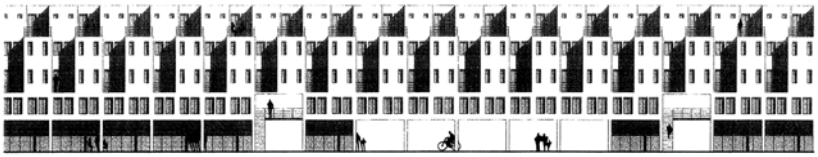
Nach Jockins Vorstellungen soll der eingezahlte Betrag der *Mahila Milan*-Bausparer nicht für den Siedlungsbau genutzt werden. Er glaubt, daß die Bebauung weitgehend durch den Verkauf von FSI-Rechten finanziert werden kann. Der angesparte Betrag kann dann für soziale Einrichtungen oder als persönliche Rücklage genutzt werden. Seiner Zuversicht stehen wir skeptisch gegenüber, hieß es doch von anderer Seite, daß der Bedarf an TDRs auf dem freien Markt eher rückläufig sei. Unsere Projektergebnisse, die neben der Auswertung von empirischen Daten auch ein umfangreiches Kartenwerk mit stadtplanerischen Entwürfen enthalten, nutzen die NGOs heute, um sich wieder ein Stück selbstbewußter den Behörden zu stellen. Ob die Rechnung für die zukünftige Siedlung in Kanjur Marg aufgehen wird sei dahingestellt, aber eines ist sicher: Die Siedler haben es mit Hilfe von SPARC, *Mahila Milan* und NSDF geschafft, ein Stück Land zu erhalten und bald ihr eigen nennen zu können, etwas, was für den Großteil der Bevölkerung Bombays weiterhin ein Traum bleiben wird.

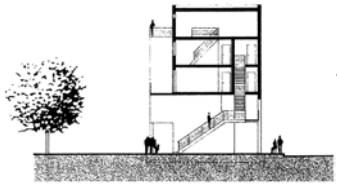
Literatur

C. Warning: Partizipation bei Maßnahmen der Wohnungsversorgung. Erfahrungen aus den Slums von Bombay, Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen Bd. 190, Verlag für Entwicklungspolitik Breitenbach GmbH, Saarbrücken 1994

S. Patel und S. Thorner (Hrsg): Bombay. Metaphor for Modern India, Oxford University Press, Bombay 1996

Holger Wichert, Dipl.-Geograph aus Mainz, war zusammen mit Oliver Gehlen (siehe auch dessen Beitrag in diesem Heft), einem Studenten der Wirtschaftswissenschaften und einem Restaurator von Oktober 1997 bis Januar 1998 in Bombay





Umnutzungsvorschlag für die Cotton Textile Mill Kohinoor 1 und 2 in Bombay

OLIVER GEHLEN

Die großen Textilmühlen in Bombay waren in der Vergangenheit ein wichtiger Motor der Stadtentwicklung. Im letzten Jahrhundert legten sie den Grundstein für die heutige Größe und Bedeutung der Stadt. Etwa ab 1850 wurde damit begonnen, im Herzen Bombays diese Industrieareale anzulegen. Zu ihrer Blütezeit waren die über 300 Mühlen der Arbeitgeber für ca. 50% der städtischen Bevölkerung. Heute liegen diese Fabrikareale in den Stadtteilen Dadar und Parell an einer strategisch überaus günstigen Stelle: Zwischen dem neu entstehenden Verwaltungsbezirk Bandra Kurla im Norden und den dichten traditionellen Büro- und Verwaltungsbezirken Fort Area und Nariman Point im Süden stellen sie ein wichtiges Bindeglied dar. Die *mills* sind umgeben von dichter Wohnbebauung und Gewerbe in lebendigen und aktiven Quartieren. Eine zusätzliche Bedeutung besitzen die Stadtteile Dadar und Parell als wichtige Verkehrsknotenpunkte für Einfallstraßen und den öffentlichen Nahverkehr der Stadt.

Welche Zukunft für die Cotton Mills?

Bombay hatte bis vor drei Jahren die höchsten Grundstückspreise der Welt, die selbst die Preise in traditionell teuren Städte wie Tokio, Hongkong und London noch übertrafen. Diese extreme Situation hat sich heute zwar ein wenig entspannt, doch sind Baugrundstücke, bedingt durch die Bodenknappheit auf der Halbinsel von Bombay, noch immer teure Spekulationsobjekte. Deshalb lastet ein enormer Druck auf den übriggebliebenen ca. 60 *cotton textile mills*. Etwa die Hälfte davon sind noch in Betrieb, während die andere Hälfte auf teurem Grund und Boden mit oftmals historischer Bausubstanz brachliegt und verfällt.

Auch die Zukunftsaussichten für die noch in Betrieb befindlichen *mills* sind ungewiß, da in der Baumwollverarbeitung die Konkurrenz aus Fernost seit Jahrzehnten die indischen Produkte verdrängt. Darüber hinaus liegt der Standort

im Zentrum von Bombay äußerst ungünstig. Die meisten *mills* sind bereits in Konkurs gegangen oder haben ihre Produktion aus der Stadt in das Umland verlegt.

Die brachliegenden Areale sind ein heikles Politikum. Der Wert der Grundstücke ist so hoch, daß Korruption beim Geschäft um die *mills* an der Tagesordnung ist und sich sogar das organisierte Verbrechen für die Grundstükke interessiert. Die privaten Eigentümer, denen ca. 50% aller Standorte gehören, streiten sich mit der Stadt, den Planern und den Architekten um die Zukunft der Gebäude und deren Nutzung. Sie wollen den Grund und Boden so teuer wie möglich an bereitstehende Investoren verkaufen; und selbst die Stadt plant, die in ihrem Besitz befindlichen Mühlen langfristig zu verkaufen. Davor warnen Stadtplaner und Architekten, die den Ausverkauf der letzten grossen Entwicklungspotentiale der Stadt befürchten. Der Architekt Charles Correa machte den Vorschlag der sog. „Drittel-Lösung“: Ein Drittel des jeweils zum Verkauf anstehenden Grundstücks solle der Stadt für Wohnbauprogramme zur Verfügung gestellt werden, ein weiteres Drittel als öffentliche Flächen für die Bevölkerung nutzbar sein und das letzte Drittel an In-

A Rehabilitation Project for the Cotton Textile Miles in Bombay

Bombay has one of the highest population densities in the world and about 13 million inhabitants. The enormous areas of the former cotton textile mills in the city centre, which at the beginning of the century gave work to almost half of the urban population, are nowadays left unexploited and decaying. As they are moving into the focus of possible investors and speculators they are beginning to become a highly sensitive topic in public discussion. The design project demonstrates a possible rehabilitation and reuse of the 80.000 square metres of the Kohinoor Mill 1 and 2, one of the historic landmarks of Bombay. The concept is to give the city more public spaces and leisure grounds and at the same time to offer cheap, flexible and centrally located living space for low income groups.

oben / Ansicht der neuen Wohnzeile als südlichem Abschluß des Geländes

Schwarzplan des Umnutzungsvorschlages für Kohinoor 1 und 2 mit Umgebung

oben / Fassadenausschnitt

unten / Produktionsgebäude mit abgerissenem viertem Geschoß

vestoren verkauft werden. Insgesamt handelt es sich bei den ca. 60 Mühlen um ein riesiges Flächenpotential von ca. 240 ha, für das langfristig eine Lösung gefunden werden muß.

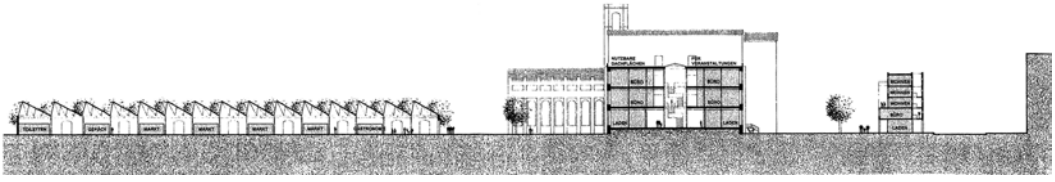
Die Cotton Mill Kohinoor 1 und 2

Die für das Projekt ausgewählte Cotton Mill Kohinoor 1 und 2 zählt zu den ältesten, größten und am besten erhaltenen Mühlen in Bombay. Sie liegt günstig an einer der Hauptverkehrsachsen, die das Zentrum von Bombay erschließen und ist von dichten Arbeitervierteln umgeben. Die im Westen angrenzende Straße ist stark belebt und dient als Einkaufsstraße und Busbahnhof. Die Kohinoor Mill 1 und 2 wurde 1896 von einem Engländer gegründet und ist heute in öffentlichem Besitz. Der Zustand der Gebäude variiert von sehr gut bis absolut baufällig. Die beiden Schornsteine, die das Erkennungszeichen der Mühlen waren, wurden leider in den letzten Jahren aus Sicherheitsgründen abgerissen.

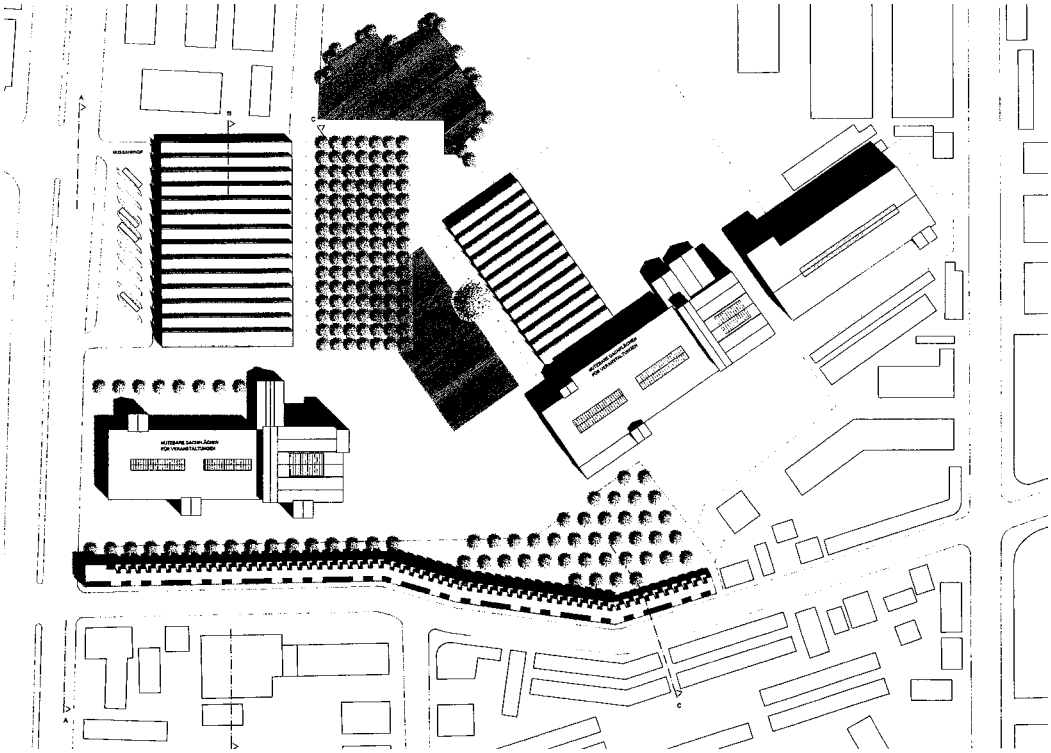
Die Grundidee des Entwurfs besteht darin, das ca. 8 ha große Industriegelände zu öffnen, der Bevölkerung zugänglich zu machen und damit der Stadt dringend benötigte Frei- und Erholungsflächen zur Verfügung zu stellen. Wichtig war die Entscheidung, welche Gebäude der Gesamtanlage erhaltenswert sind. Zur Zeit stehen auf dem Gelände viele Lagerhallen, kleine Verwaltungsschuppen, verfallene Maschinensäle und Baracken neben den ehemaligen Produktionsgebäuden und den großen Shedhallen. Die Entscheidung fiel zugunsten der größten und ältesten Gebäude auf dem Gelände aus.

Die hohen Produktionsgebäude, die nach einem früheren Teilabriß des vierten Geschosses ein Flachdach erhalten haben, stammen aus der Zeit um die Jahrhundertwende und damit den Gründungsjahren der Mühle. Durch das Öffnen des Flachdachs und das teilweise Entfernen der mittleren Gebäudeachse kann Licht in die neu ausgebildeten „Innenhöfe“ dieser sehr tiefen „Schiffe“ fallen. Vorgesehen ist eine Umnutzung zu Büros (in den Obergeschossen) und Läden im Erdgeschoß des westlichen Gebäudes. Die Flachdächer können als nutzbare Flächen vermietet werden: Für Veranstaltungen wie Hochzeiten, Familienfeiern oder besondere Aktivitäten an Feiertagen sind repräsentative Orte wie diese sehr gefragt.

Die eingeschossigen Shedhallen sind Stahlkonstruktionen aus den zwanziger Jahren und besitzen durch ihre Nordausrichtung eine gute Lichtqualität. In Zukunft sollen sie verschiedene Nutzungen wie Kleingewerbe (im östlichen Shed) und Marktflächen (im westlichen Shed) aufnehmen, wobei die offene Struktur der hellen und weiten Hallen weitgehend erhalten bleibt. Vor der westlichen Halle befindet sich



Geländeschnitt von Norden nach Süden, links die Stadthalle, rechts die neue Wohnzeile



Lageplan des Gesamtprojektes, im Nordwesten der Busbahnhof, im Süden die neue Wohnzeile

der Busparkplatz für die Fernbusse, die von Bombay-Dadar aus abfahren. Zwischen den Hallen spannt sich eine Fläche auf, die als Frei- und Erholungsraum dient. Ein Schatten spendendes Baumdach und eine Wasserfläche bestimmen diesen ruhigeren Bereich.

Die Wohnbebauung

Im Süden wird das Areal durch eine 300 Meter lange Neubebauung eingefaßt, welche eine Grenze zwischen „innen“ und „außen“ definiert. Dieser Bau resultiert aus der Idee, dem Gelände - ähnlich der Funktion von Parkmauern - einen geschützten Charakter zu geben. Dementsprechend ist die Südfassade wie eine Wand

Shedhalle, Innenansicht

gestaltet. Im Abstand von jeweils 40 Metern gibt es Durchgänge, an denen auch die Erschließung für die Obergeschosse liegt; in der Mitte befindet sich der Hauptdurchgang zur großen Freifläche im Inneren des Areals. Die Südfassade übernimmt eine Schutzfunktion gegen die Sonne und hat deshalb nur wenige, kleine Öffnungen. Hinter ihr liegt eine Laubengangerschließung für Büros und Wohnungen in den Obergeschossen sowie Geschäfte im Erdgeschoß.

Die Wohnungsnot ist eines der gravierendsten Probleme der Stadt. 50 % der Bevölkerung Bombays leben in Slums. Die durchschnittliche Familiengröße beträgt sechs Personen. Traditionell leben in der indischen Gesellschaft die Söhne mit ihren Frauen im Haushalt der Eltern. Für Neubauten ist eine Mindestgröße von 22,5 qm pro Wohnung vorgeschrieben. Der Entwurf bietet in der langen „Wand“ 120 Wohnungen zwischen 31 qm und 63 qm für untere Einkommensschichten an. Alle Wohnungen sind nach Nordwesten orientiert, was in Bombay die bevorzugte Ausrichtung ist. Pro Geschoß sind immer acht Wohnungen durch eine Treppe erschlossen. Jede der Wohnungen besitzt eine eigene Terrasse als Freifläche, was für das Leben einer indischen Familie von großer Bedeutung ist. Diese Flächen werden vielfältig zum Arbeiten, Schlafen, Trocknen, Essen usw. genutzt. Zwischen dem Neubau und dem großen Platz im Norden ist ein halbprivater Vorbereich durch Bäume abgetrennt.

Es bleibt zu hoffen, daß es in Bombay einem Architekten gelingen wird, eine *mill* beispielhaft umzubauen, um der Stadt und der Bevölkerung das Potential, den Wert und die Bedeutung der Textilmühlen für Bombay aufzuzeigen. Der Entwurf möchte dazu einen Beitrag leisten und die Diskussion über die Zukunft dieser Flächen als letzte große Entwicklungspotentiale für das Zentrum Bombays anregen.

Oliver Gehlen, Dipl.-Ing. Architektur, war 1997 zusammen mit Holger Wichert (siehe dessen Beitrag in diesem Heft) in Bombay. Aus dem ASA-Projekt heraus entstand seine hier dargestellte Diplomarbeit an der TU München.

Architektur und Städtebau in Bassar, einer Kleinstadt in Togo

CHRISTINE WAMSLER

Architecture and Urban Development in Bassar, Togo

Bassar is a small town in northern Togo. The article presents its architecture and urban development comparing traditional and modern elements and investigating for changes in plans, techniques and building technology. The traditional round huts thatched with straw are vanishing more and more being replaced by solid rectangular houses with roofs of corrugated iron. The fascinating traditional craftwork of facade painting is disappearing as well. Concerning the urban structure Bassar originates in several small villages that grew together to a polycentric town. Its development is rather slow and technical infrastructure still miserable. Among other reasons, this is caused by the isolated position of the town and by the fact that the urban planning for Bassar is carried out far away in the capital Lomé without knowing the local situation and relevant problems.

Vier Monate lang wohnte ich in Bassar, einer Kleinstadt mit rund 20.000 Einwohnern im Norden von Togo. Ein Großteil der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, gut die Hälfte der Menschen praktiziert traditionelle Religionen. Während meines Aufenthalts untersuchte ich die Architektur- und Stadtentwicklung von Bassar und führte eine Fortbildung für die Maurer der Handwerkergenossenschaft GIPATO („Groupement Interprofessionel des Artisans du Togo“) durch.

Architekturentwicklung

In den Zentren der alten Viertel ist die Bebauung relativ dicht. Das Bild wird von Rundhütten mit Strohdach bestimmt, kreisförmig angeordnet und durch Mauern verbunden. Die so gebildeten Gehöfte sind der Wohnsitz von jeweils einer Familie. Im Laufe der Zeit wurden die traditionell geprägten Anlagen durch modernere Konstruktionen erweitert und teilweise ersetzt, so daß rechteckige Massivbauten an die Stelle der runden Lehmhäuser traten und Wellblech das Strohdach ersetzte.

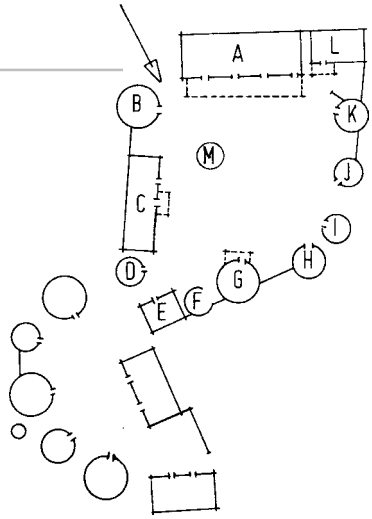
Die Umwandlung der ursprünglichen Strukturen begann bereits 1897 mit der Anlage von neuen Straßen, was dazu führte, daß heute um eine noch relativ traditionelle Bebauung herum ein orthogonales Straßennetz liegt. Neue Häuser übernehmen den rechtwinkligen Plan und reihen sich entlang der Straßen auf.

Die Gebäude selbst bestehen aus einer Aneinanderreihung von Räumen, die von einem innenliegenden Hof aus erschlossen sind. In den wenigen Häusern, die sich zur Straße hin öffnen, findet man vorrangig kleine Geschäfte oder Kneipen. Ein eher seltener Haustyp ist die moderne „Villa“, meist auf rechtwinkligem Grundstück und nach hinten - in die Mitte Parzelle - versetzt. Hier enthält das Gebäude, im Gegensatz zu den anderen Beispielen, auch sanitäre Einrichtungen. Insgesamt wird Bassar heute von Rechteckbauten mit Wellblechdächern geprägt, die eine lockere, offene Bebauung bilden.

Ville de Bassar. Quelle: Diréction de l’urbanisme et de l’habitat, Lomé

Gehöfte

Ein Gehöft besteht aus Hütten zum Wohnen und Kochen, Getreidespeichern und Nischen zum Duschen. Beim traditionellen Gehöft geht man durch das Eingangshaus - das Vestibül - hindurch und gelangt auf den zentralen Hof, der durch kreisförmige Hütten und Verbindungsmauern abgegrenzt ist. Jede der mit dem Besitzer des Gehöfts verheirateten Frau bewohnt zusammen mit ihren jüngsten Kindern eine dieser Hütten. Oft kann man durch diese Rundbauten ebenfalls hindurchgehen und stößt dann auf einen kleineren Hof, an den wiederum Hütten angegliedert sind. Hier wohnen die älteren Kinder. Durch das dichte Zusammenbauen entsteht ein faszinierendes, labyrinthartiges Gebilde aus Häusern und Hö-



Kreisförmiges Gehöft / Foto: Christine Wamsler

Lageskizze
(A) vier Zimmer, je eines für den Hausherrn und seine drei Frauen; (B) Küche; (C) Raum für Ziegen und Schlafzimmer für fünf Söhne; (D) Tierstall; (E) Schlafzimmer; (F) nicht mehr genutzte Dusche; (G) Fetischhaus, in dem alle wichtigen Gegenstände für Zeremonien aufbewahrt werden; (H) ungenutzter Raum; (I) Dusche; (J) Getreidespeicher; (K) Haus der ältesten Tochter; (L) Haus des ältesten Sohnes: (M) Getreidespeicher

fen. Neuere Gehöfte übernehmen nur noch teilweise die traditionellen Strukturen. Im Überblick lassen sich die vorgefundenen Bauformen in drei Typen einteilen:

Das kreisförmige Gehöft

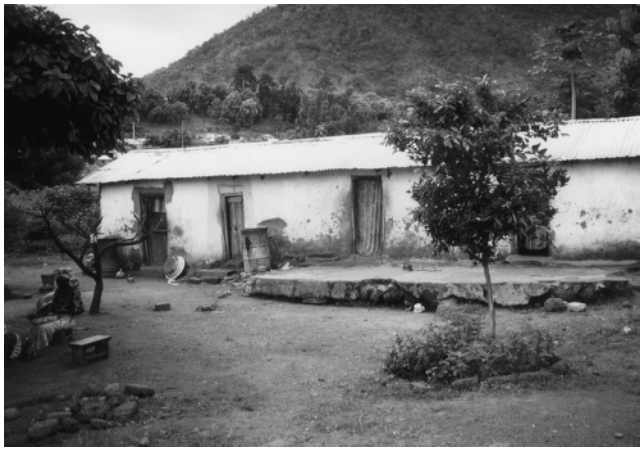
Alle Häuser sind kreisförmig um einen zentralen Hof angeordnet und teilweise durch Mauern verbunden. Ein Vestibül existiert nicht, stattdessen muß man, um in den Hof zu gelangen, zwischen zwei Gebäuden hindurchgehen. Die Frauen besitzen keinen separaten Nebenhof, dafür können aber verheiratete Kinder für ihre eigene Familie das Gehöft um einen zweiten Hof erweitern. Da eine solche Vergrößerung im relativ dicht bebauten Stadtzentrum nicht mehr möglich ist, findet man diesen Typ heute eher im städtischen Umland vor. In dem dargestellten Beispiel wohnt der Besitzer mit seinen drei Frauen und neun seiner 25 Kinder zusammen. Nur das Hauptgebäude (A) ist mit Wellblech gedeckt. Das Gehöft wurde in Etappen errichtet: 1979 wurde mit dem Bau des großen Rechteckbaus begonnen, der Rest folgte gegen den Uhrzeigersinn, bis sich der Kreis schloß, und schließlich hat ein Sohn für seine eigene Familie die Häusergruppe um einen Nebenhof erweitert.

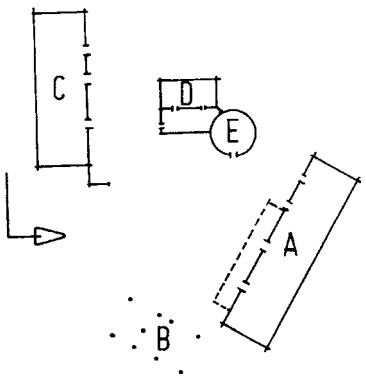
Das offene Gehöft

Dieser Typ kommt in Bassar am häufigsten vor. Charakteristisch ist seine offene Struktur, wobei die einzelnen Gebäude durch ihre Anordnung zwar nach wie vor einen Hof bilden, aber nicht mehr mit Mauern verbunden sind und zueinander mehr Abstand halten. Nur die Küche ist noch als Rundbau mit Strohdach ausgebildet, während die restlichen Gebäude rechteckig und mit Wellblech gedeckt sind. Durch den Hof führen teilweise öffentliche Wege, so daß seine Nutzung nicht mehr ausschließlich privat ist. Im hier abgebildeten Gehöft wohnen 13 Personen. 1963 wurden der erste Rechteckbau, die Schmiede und die Küche errichtet, 1974 folgte der zweite Rechteckbau.

Das moderne Gehöft

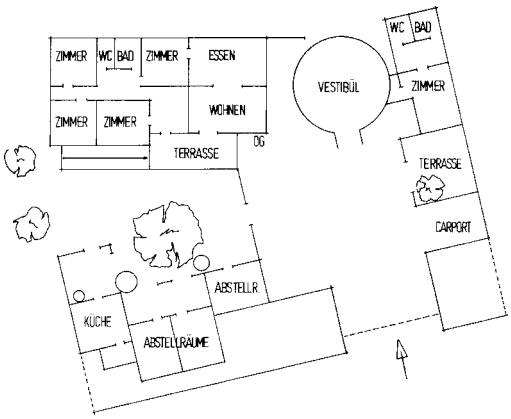
Diese Bauform wird auch „Villa“ genannt und ist in Bassar bislang eher selten. Trotz der modernen Bauweise kann man deutlich traditionelle Elemente wiederfinden: Gebäude und Verbindungsmauern formen einen Haupt- und einen Nebenhof, das Vestibül hat seine Funktion als Eingangshaus verloren, bleibt aber als Versammlungsraum ein wichtiger Bestandteil des Gehöfts, und die Wohnbereiche des Hausherrn, seiner Frauen und der Kinder sind räumlich voneinander getrennt. Das dargestellte Wohnhaus wurde 1968 errichtet. Daneben wurde zunächst ein kleines, strohgedecktes Vestibül gebaut, das jedoch vor sechs Jahren durch das heutige große und mit Wellblech gedeckte ersetzt wurde.





Offenes Gehöft / Foto: Christine Wamsler

Lageskizze
(A) vier Zimmer für verschiedene Familienangehörige; (B) Werkstatt: (C) drei Zimmer, je eines für den Hausherrn, dessen Frau mit zwei Kindern und den Lehrling; (D) Ziegenstall; (E) Küche

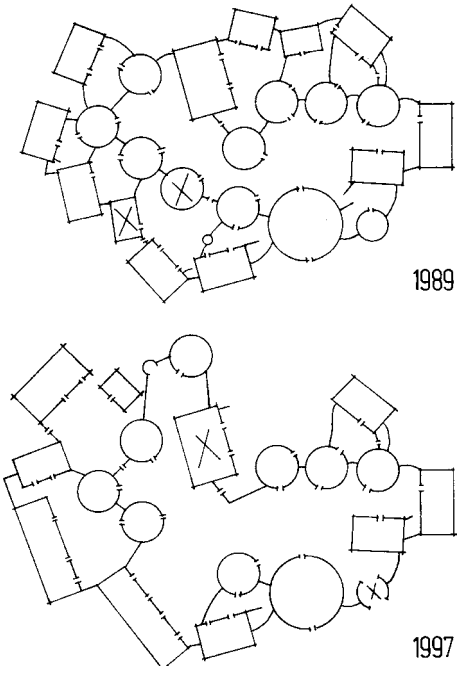


Modernes Gehöft / Foto: Christine Wamsler

Modernes Gehöft
EG: drei Zimmer, Dusche und WC für zwei Frauen und fünf Kinder sowie zwei leerstehende Räume; OG: zwei Zimmer, Dusche, WC, Wohn- und Eßraum für den Besitzer und einen Sohn sowie zwei leerstehende Räume; Vestibül; leerstehendes Zimmer, Dusche, WC, Terrasse sowie Carport; Küche und drei Abstellräume

Veränderungen bestehender traditioneller Gehöfte

Im Laufe der Zeit bilden sich nicht nur, wie aufgezeigt, neue Bauformen heraus, sondern auch bestehende traditionelle Gehöfte verändern sich in der Abfolge der Generationen. Dabei werden Eingänge zugemauert und an einer anderen Stelle durchgeschlagen, verfallene Häuser durch neue, meist rechteckige ersetzt oder Gehöfte je nach Bedarf vergrößert oder verkleinert. Das hier gezeigte Gehöft des *Chefs* von Banjili wurde im Jahr 1989 erstmals von Hans Peter Hahn in seinem Buch „Die materielle Kultur der Bassar“ veröffentlicht. 1997 habe ich die zwischenzeitlich erfolgten Veränderungen untersucht und aufgezeichnet. Durch den Tod von Familienangehörigen fielen ganze Höfe weg, Eweiterungen fanden dort statt, wo die neuen Frauen der Söhne des *Chefs* zuzogen oder durch Kinder die Familie angewachsen war.



Veränderungen des Gehöftes in Banjili zwischen 1989 und 1997. Leerstehende oder eingestürzte Gebäude sind mit (X) gekennzeichnet

Traditionelle und moderne Bautechnologie

An den aufgezeigten Beispielen sieht man, daß heute rechteckige Massivkonstruktionen mit Wellblechdach gegenüber den Rundhütten mit Strohdach bevorzugt werden. Sie stehen für Fortschritt. Daß aber auch vieles für die traditionelle Bauweise spricht, zeigen Gespräche mit Bewohnern und Handwerkern: Ein angenehmes Raumklima, günstige Erstellungskosten, eine kurze Bauzeit u.a. sprechen für Strohdächer und Lehmbauten, wohingegen Dauerhaftigkeit, Schutz vor Insektenbefall, höherer Brandschutz u.a. zu den Vorteilen von Wellblechdächern und Zementsteinen dienen. Tatsache bleibt jedoch, daß im Laufe der Zeit die traditionellen Techniken verlorengingen, so daß die jungen Leute heute meist nicht mehr wissen, wie man ein Strohdach oder einen Lehmbau errichtet. Davon ebenso betroffen ist die traditionelle Fassadenbemalung.

Traditionelle Wandmalerei

Die Frauen malen mit der Hand auf einem rotbräunlichen Verputz horizontale, vertikale und im Zick-Zack verlaufende Bänder von ca. 30 cm Breite. Dazu verwenden sie eine Mischung aus schwarzem Sand und Lehm. In die noch nassen Bänder wird mit einem spitzen Metallstück ein Fischgrätmuster eingedrückt, wobei die Zick-Zack-Linien so tief eingeritzt werden, daß die rotbräunliche Farbe des Verputzes wieder zum Vorschein kommt. Einige Tage später wird die Fläche mit der sog. *néré*-Lösung bestrichen, die eine kräftige Färbung erzeugt. Es gibt unendlich viele Varianten dieses Musters, aber leider immer weniger Frauen, welche diese Kunst noch beherrschen.

Stadtentwicklung

Historisch hat sich Bassar aus mehreren, zunächst voneinander unabhängigen, traditionellen Dörfern gebildet. Während der Kolonialzeit

ließ sich ein deutscher Verwaltungsposten in der Nähe dieser Ansiedlungen nieder, aus dem sich durch die Schaffung öffentlicher Einrichtungen und den Bau von Beamtenwohnungen im Laufe der Zeit ein Verwaltungsviertel entwikkelte. Später wurde an der zentralen Straßenkreuzung ein großer Markt eingerichtet, um den herum sich ausländische Händler niederließen und das Händlerviertel Zongo gründeten. Die städtischen Veränderungen lösten eine verstärkte Zuwanderung einzelner Personen sowie ganzer Gruppen aus, die sich in den Zwischenräumen der bestehenden Viertel ansiedelten und diese nach und nach ausfüllten. Somit läßt sich Bassar als „polyzentrische Stadt“ bezeichnen - ein Typ, den man in den historischen Städten Schwarzafrikas häufig wiederfindet.

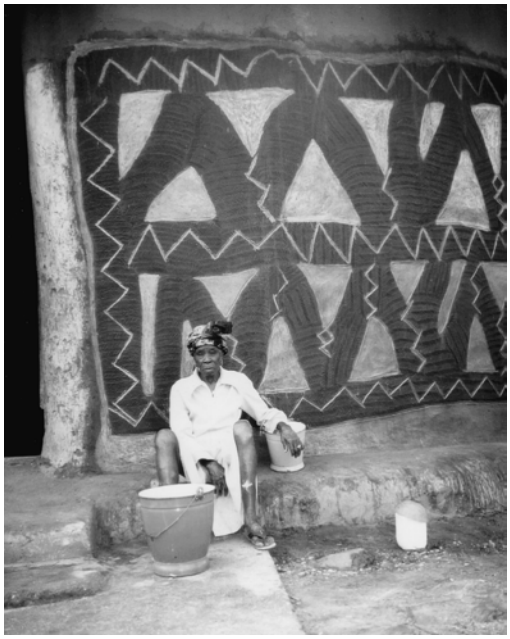
Probleme der Planung

In Kleinstädten wie Bassar gibt es keine Architekten oder Stadtplaner vor Ort, sondern nur die sog. Geometer. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Ausstellung offizieller Dokumente zum Grundstückserwerb, die Anfertigung von Systemplänen für die Einrichtung von Wasser- oder Stromanschlüssen und die Vermessung noch nicht registrierter Gebiete. Sie müssen mit schlechtem Arbeitsmaterial und ohne technische Ausrüstung (Kopiergeräte etc.) auskommen.

Verschiedene Faktoren hemmen eine positive Entwicklung der Stadt. Da die Stadtplaner in der Hauptstadt Lomé Bassar meist nur aus ihren Plänen kennen, planen sie realitätsfremde Projekte und Straßen, die überhaupt nicht gebraucht werden. Dabei fallen traditionell gebaute Häuser der Planung eher zum Opfer als moderne Massivbauten, was einen Verlust der traditionellen Kultur und angepaßter Technologien mit sich bringt. Aufgrund der Tatsache, daß der Weg zum Erhalt „offizieller“ Grundstückspapiere sehr kompliziert, teuer und undurchsichtig ist, bauen die Menschen meist ohne offizielle Papiere und riskieren dabei, daß ihre Häuser irgendwann einmal aufgrund städtebaulicher Neuplanungen abgerissen werden. Freie Grundstücke gibt es im Stadtzentrum zwar noch viele, da sie aber bereits von den Alteingesessenen für ihre Nachfahren „reserviert“ wurden, ist es für Zugezogene fast unmöglich, eine Parzelle zu erwerben. Ein weiteres Problem sind die „Grenzen“ zwischen den einzelnen Vierteln: Da sie nicht eindeutig definiert sind, kommt es zwischen den Bewohnern unterschiedlicher Viertel regelmäßig zu Streitigkeiten, und folglich findet man in den Zwischenzonen viele unbebaute Grundstücke bzw. auch solche, die bereits mehrfach verkauft wurden. Nicht zuletzt fallen in der Stadt die vielen halbfertigen, schon wieder verfallenden Häuser auf; die Gründe dafür sind Fehlplanung und Geldmangel.

Technische Infrastruktur

In Bassar gibt es nur eine einzige asphaltierte Straße, und die ist in keinem besonders guten Zustand. Auf allen Wegen steht aufgrund mangelnder Straßengräben in der Regenzeit das Wasser, das teilweise auch direkt an den Häusern entlang läuft und große Bauschäden verursacht. Zur Wasserversorgung wird das Wasser mit strombetriebenen Pumpen aus Tiefbrunnen in einen Wasserturm gefördert, dessen Vorrat bei Stromausfall nach drei Tagen erschöpft ist. Allerdings besitzt der größte Teil der Bevölkerung keinen Anschluß und ist auf öffentliche Pumpen und Zapfstellen angewiesen. Die Stromversorgung wird durch ein Kraftwerk in Kara gewährleistet. In der Regenzeit sind Stromausfälle zwar häufig, da es in ganz Bassar aber nur 640 Anschlüsse gibt, sind davon nur wenige betroffen. Brachflächen inmitten der Stadt dienen zur Müllentsorgung und gleichzeitig als Toilette.



Traditionelle Wandmalerei im Stadtteil Banjili. Immer weniger Frauen beherrschen heute noch diese Technik / Foto: Wamsler

Und danach...

Nach vier unglaublich spannenden Monaten in Togo fiel mir die Rückkehr sehr schwer. In Deutschland kam mir vieles plötzlich fremd und eigenartig vor. Es machte mir Spaß, die Studie über Bassar zu schreiben und so die gesammelten Eindrücke in Ruhe verarbeiten zu können. Anschließend reiste ich noch ein zweites Mal nach Togo, um die Hauptstadt Lomé und vor allem die dortigen Märkte, die mich schon während meines ersten Aufenthaltes fasziniert hatten, etwas genauer zu untersuchen. Auf dieser Grundlage werde ich Anfang 1999 mit meiner Diplomarbeit beginnen.

Christine Wamsler, Architekturstudentin an der Universität Stuttgart, war gemeinsam mit Angelika Kurz, Tischlerin, von Juni bis Oktober 1997 in Togo. Der Titel ihres Projekts lautete: „Mitarbeit in einer handwerklichen Genossenschaft mit dem Ziel der Kleingewerbeförderung“. Projektpartner waren GIPATO (Groupement Interprofessionel des Artisans du Togo) und Lutz Masson vom DED.

Atlas der städtischen Lebensqualität in Concepción

DALK-ASCAN BANDILLA / CHRISTOPH VOGT

Atlas of Urban Quality of Life for Concepción, Chile

The aim of the four-month project at the planning department in Concepción was an approach to urban quality of life as a goal in urban planning and development. At the same time it was the attempt to illustrate the multitude of urban poverty and the contradictions between the common definition of poverty and a personal perception of urban quality of life. At the beginning the authors used the existing information about poverty from the "CAS-2" social inquiry to localise and illustrate the different quarters and their respective degrees of poverty in Concepción. But this pure materialistic approach did not consider many aspects of what they perceived as qualities during their walks through the city. In search of a broader definition of what urban poverty could mean, the Chilean economist Manfred Max-Neef's theories about urban quality of life and his pledge for including non-materialistic aspects in the evaluation, as well as his proposal to speak not only of poverty but of *the poverties,* inspired them to attempt an approach in this sense. They questioned a number of households in different areas of the city to find out if and to what extent these households interacted with their surrounding neighbourhood, and to illustrate the density of social relations. The results of these non-representative

Das Ziel des viermonatigen Projektes beim Stadtplanungsamt von Concepción in Chile war, dem Begriff der Lebensqualität im Hinblick auf Stadtplanung und Stadtentwicklung ein Stück näher zu kommen und die Vielschichtigkeit der städtischen Armut sowie die Widersprüche zwischen dem gängigen Armutsverständnis und unserer persönlichen subjektiven Wahrnehmung der Lebensqualität in der Stadt darzustellen. Das Stadtplanungsamt von Concepción war zum Zeitpunkt des Aufenthaltes mit der Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplans für die Stadt beschäftigt. Die vorliegende Studie sollte in diesem Rahmen ein Beitrag leisten.

Erste Erfahrungen in Concepción

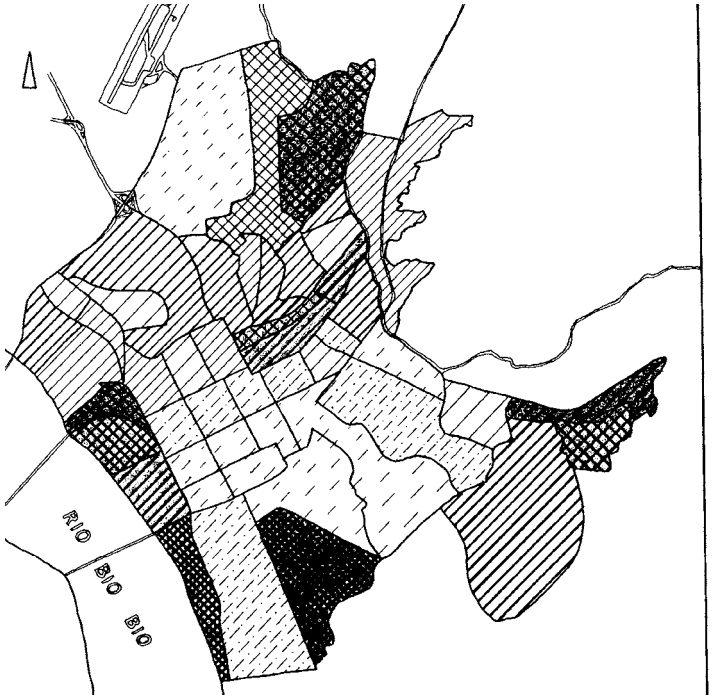
Das Thema brachte es mit sich, sich zunächst auf die benachteiligten Stadtgebiete zu konzentrieren. Schon bei ersten „Spaziergängen" fiel auf, daß es den Bewohnern dieser Stadtteile in materieller Hinsicht an vielem mangelt. Die Wohnbedingungen konnten teilweise nur als unzumutbar bezeichnet werden. Trotzdem entstand der Eindruck, daß es neben allem materiellen Mangel auch gewisse Qualitäten in diesen Vierteln gibt. So einfach es aber war, die offensichtlichen Mängel zu beschreiben, mit denen sich die Bewohner täglich konfrontiert sehen, so schwer fiel es, die Qualitäten, die sichtbar wurden, konkret zu benennen. Diese Wahrnehmungen führten zur Frage, ob das subjektive Empfinden von „Qualitäten" innerhalb der offensichtlich problematischen Wohn- und Lebenssituation der Menschen in diesen Stadtteilen möglicherweise auf einer Art verklärender „Armuts- oder Verfallsromantik" beruht. Wie war diese „Armut" einzuschätzen, wenn sie sich so widersprüchlich darstellte?

„Traditionelle" Armutsindikatoren

Um das soziale Gefälle in der Stadt darzustellen und zu zeigen, welche Bereiche in welchem Grade von Armut betroffen sind, wurden zunächst vorhandene Informationen aus den Sozialerhebungsbögen „CAS-2" analysiert. Der Sozialerhebungsbogen CAS-2 soll dazu dienen, die „Lebensqualität aller Chilenen zu verbessern". Gemäß Definition erlaubt er, mögliche Sozialhilfeempfänger zu ermitteln und denen Sozialunterstützung zu gewähren, die der Hilfe am meisten bedürfen. Die CAS-Erhebungen erfassen zwar nur ca. ein Drittel der Bevölkerung, nach Angaben der Provinzregierung befinden sich darunter jedoch etwa 80-90% der Armen der Stadt. Sie beinhalten Informationen zu Art, Ausstattung sowie Belegung bzw. Überbelegung der Unterkunft (Material der Mauern, der Dächer, Licht- und Wasseranschluß, Zahl der Personen je Schlafraum etc.), zu Beschäftigung, Einkommen, Vermögen und Ausbildung.

Der prozentuale Anteil der Armen bzw. der extrem Armen gemäß der Definition CAS-2 gibt Aufschluß über die Sozialstruktur in den einzelnen Nachbarschaftseinheiten. Zum Beispiel beträgt in den Quartieren *Agüita de la Perdiz* (A) beziehungsweise *Lomas de San Andres* (L) der Anteil der Armen in Bezug auf die Einwohnerzahl der Viertel 76,9% bzw. 3,3%, der Anteil der extrem Armen 26,7% bzw. 0,3%. In Agüita de la Perdiz sind also gut ein Drittel aller Armen sogar extrem arm; in den Lomas de San Andrés machen die extrem Armen lediglich etwa ein Zehntel der Armen in diesem Stadtteil aus. Im Stadtviertel *Baquedano* (B) betragen die Werte 8,5% respektive 0,6%.

Aufgrund dieser Verteilung läßt sich vermuten, daß die Masse der Armen in Agüita de la Perdiz weiter unterhalb der Armutsgrenze oder sogar der Grenze der extremen Armut lebt als in den Lomas de San Andrés, wo aufgrund des sehr geringen Anteils der extrem Armen die meisten Armen sehr wahrscheinlich eher am „oberen Armutsende", d.h. knapp unterhalb der Armutsgrenze anzutreffen sein werden. Die Armut in Agüita de la Perdiz scheint also - einmal abgesehen von der Anzahl der Betroffenen -



Karte CAS-2

eine härtere zu sein als in den Lomas de San Andrés.

Die Karte CAS-2 gibt Aufschluß darüber, welche Viertel der Stadt - im Vergleich zur Einwohnerzahl im jeweiligen Stadtviertel - gemäß CAS-2 die relativ ärmsten sind bzw. in welchen die relativ höchste extreme Armut herrscht.

Die Sozialerhebung CAS ist ein Instrument, welches zahlreiche Kriterien zur Messung der Armut berücksichtigt. Allerdings hat dieses Instrument einige Schwächen, die dazu führen können, daß das Bild der Armut in einzelnen Aspekten ungenau dargestellt wird. Eines der Hauptprobleme besteht darin, daß es Informationen nur über befragte Personen gibt. Wer keinen Antrag stellt, wird auch nicht erfaßt. Damit fallen alle diejenigen aus der Sozialhilfe heraus, die gar nicht wissen, daß es Sozialunterstützung für sie gäbe. Oder ein weiteres Problem: Haushaltshilfen mit einem Zimmer innerhalb der Behausung ihrer Arbeitgeber werden die positiven Merkmale des Haushaltes ebenso zugerechnet als wären sie selber Hauptmieter oder Eigentümer.

Was ist städtische Armut?

Armut oder Mangel lassen sich zum Beispiel als materielle Armut, Mangel an Ausbildung oder Gesundheitsversorgung beschreiben. Dies sind mehr oder weniger klar gefaßte Bereiche, für die sich Mangel- und Armutserscheinungen definieren lassen. Mit dieser Betrachtungsweise allein wären aber die Aspekte des Themas noch nicht hinreichend berücksichtigt.

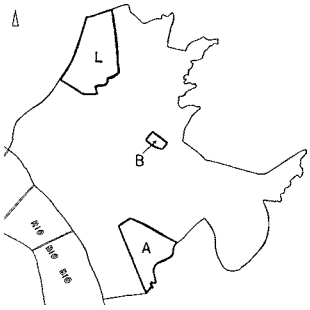
Auf der Suche nach einer Möglichkeit, die Begriffe genauer zu fassen, ist die Auseinandersetzung mit den Thesen des chilenischen Ökonomen Manfred Max-Neef hilfreich, der sich in seinen Arbeiten auch mit der Frage der Lebensqualität in den Städten befaßt. Er plädiert dafür, von Indikatoren abzurücken, die lediglich das quantitative Wachstum der *Dinge* erfassen und stattdessen Indikatoren des qualitativen Wachstum für die *Menschen* stärker zu berücksichtigen. Max-Neef regt einen Kriterienkatalog zur Beurteilung der „Calidad de Vida“ an und legt dar, daß dieser auch Aspekte umfassen sollte, die über das rein Materielle hinausgehen. Dazu zählt er unter anderem die Möglichkeiten, die dem Einzelnen zur Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, wie Partizipation am städtischen Leben, Möglichkeiten zur Identitätsbildung und Freizeitgestaltung gegeben sind. Er schlägt vor, nicht von *der* Armut zu sprechen, sondern von *den Armuten* („las pobrezas“).[1] Die Integration hängt nach Max-Neef von den Möglichkeiten zur „Aneignung“ ab, die der städtische Raum den Bewohnern bietet. Erst wenn das städtische Umfeld als *eigener Lebensraum* empfunden wird, kann man durch ihn Identität erlangen.

Methodik der Untersuchung

Am Beispiel der Indikatoren „Nutzungsvielfalt in der Wohnumgebung“ und „Beziehungen der Bewohner zu ihrem Wohnumfeld“ wurden im Rahmen des Projekts in unterschiedlichen Stadtteilen mittels Befragungen und Kartierungen Aussagen zum Grad der Aneignung des Quartiers durch seine Bewohner erarbeitet.

Die *Karten zur Nutzungsvielfalt* zeigen, welche über das Wohnen hinausgehenden Nutzungen der Gebäude im Untersuchungs-

interviews show that inferior material living conditions in the “poor areas” may contrast with objective social qualities, whereas materialistically “rich areas” may show a certain social poverty which can lead to a deterioration of their urban quality of life. In the discussion about sustainable development, a sustainable net of social relations may offer an important potential. This potential should not be neglected but instead be taken into consideration in the planning process. Even with limited financial means, the development and promotion of small-scale structures, participation of the inhabitants and a leaner bureaucracy could mean an important step towards to the improvement of the quality of life.



Lage der untersuchten Quartiere innerhalb der Stadt Concepcion

1
Max-Neef, 1996, S.27. In seinen theoretischen Ausführungen stellt Manfred Max-Neef sein Verständnis von städtischem Zusammenleben dar:
„Wenn wir eine Stadt als System betrachten, sind die Menschen die Elemente oder Subsysteme. Wenn nun eine Stadt ein System ist, das dem Bewohner menschliche Kontakte, Wohlbefinden, Sicherheit und Kultur bieten soll, dann wird das Erreichen dieser Ziele von ihnen (den Elementen) in dem Maße abhängen, wie diese sowohl untereinander in Beziehung treten als auch mit den anderen Elementen, aus denen sich das System (die Stadt) zusammensetzt. (...) Unsere Beziehung zum Raum ist (...) eine Beziehung zu einer subjektiv wahrgenommenen Realität. (...) Daher kommt es, daß die wahrgenommene räumliche Di-

mension nicht von den metrischen Entfernungen, in der sich die betrachteten Objekte zueinander befinden, abhängt, sondern von der Menge der Informationen, die der besagte Raum dem menschlichen Gehirn liefert. (...) Die Menschen, die in einer Stadt leben, leben in einem Raum. Das gibt ihnen zwei Alternativen: sich im Raum zu befinden oder sich in den Raum zu integrieren. Sich integrieren bedeutet, Teil des Raumes zu sein, zu dessen Formung man als entscheidender Bestandteil beiträgt und den man darum für sich selber formt.“ (Max-Neef, 1982, S. 155ff)

Ein Wohnweg im Stadtteil Aguita de la Perdiz

bereich zu finden sind. Die Funktionen sind mit unterschiedlichen Symbolen dargestellt.

Anhand einer Umfrage wurde weiterhin die Bereitschaft der Bewohner untersucht, sich dem öffentlichen Leben ihrer Wohnumgebung auszusetzen. In jedem Stadtteil wurden in zehn zufällig ausgewählten Haushalten die folgenden fünf Fragen gestellt:

- Spielen Ihre Kinder üblicherweise auf der Straße oder an einem anderen öffentlichen Ort in der Nähe des Hauses?
- Haben Sie Freunde oder Verwandte, die in der Nähe ihres Hauses (nicht mehr als fünf Minuten Fußweg entfernt) wohnen?
- Haben Sie gute Beziehungen zu ihren Nachbarn? Besuchen Sie sich hin und wieder (ca. einmal die Woche)?
- Nutzen Sie öffentliche Räume wie Straßen oder Grünanlagen in der Nähe ihres Hauses zur Erholung (z.B. Spaziergänge)?
- Nehmen Sie an den Aktivitäten der Nachbarschaftsorganisation oder an anderen nachbarschaftlichen Tätigkeiten teil?

Ziel der Fragen war es, einen Eindruck davon zu bekommen, ob und in welchem Grade die befragten Personen bzw. Haushalte mit ihrem Wohnumfeld in Beziehung treten. Jede Frage sollte mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden; Antworten mit „ja“ bedeuten, daß ein Bezug zum Wohnumfeld besteht, Antworten mit „nein“ wurden als nicht vorhandener Bezug gewertet.

Die Ergebnisse wurden in einem Planausschnitt (siehe rechte Seite) des Umfragegebietes graphisch dargestellt. Jeder befragte Haushalt wird als schwarzer Punkt markiert. Ausgehend von diesem Punkt wird eine mit „ja“ beantwortete Frage als kurze Linie dargestellt. Für eine Antwort mit „nein“ entfällt die Linie an der entsprechenden Stelle. So entsteht für jede befragte Person ein mehr oder weniger vollständiger Stern, je nach Anzahl der positiven Antworten. Durch Überlagerung der nebeneinander liegenden „Sterne“ bildet sich eine Art abstrahiertes „Spinnennetz“ im Untersuchungsfeld. Die Anzahl und Dichte der „Netzfäden“ ist graphischer Ausdruck des Beziehungsgeflechtes, das die Bewohner über ihren Stadtteil „spannen“.

Beispiel Agüita de la Perdiz

Die Siedlung Agüita de la Perdiz liegt in einem verzweigten Seitental der Küstenkordillere, südlich des Zentrums von Concepción. Die illegale Besiedelung begann Ende der 50er Jahre und hielt über Jahrzehnte bis in die letzten Jahre an.

Bei Gesprächen mit Bewohnern stellt man ein hohes Maß an Identifikation mit dem eigenen Stadtteil fest. Einer der Gründe dafür könnte darin liegen, daß Agüita de la Perdiz ein Stadtteil ist, der im Laufe von mehreren Jahrzehnten und unter Überwindung vieler Probleme von den Bewohnern selbst aufgebaut worden ist und dabei ein dichtes Netz von Beziehungen der Bewohner untereinander und der Bewohner zu ihrer selbst gestalteten Umgebung entwickelt hat. Die geographische Lage, die Agüita de la Perdiz zu einer räumlich abgeschlossenen Einheit macht, könnte zusätzlich zur eigenständigen Identität des Stadtteils beitragen.

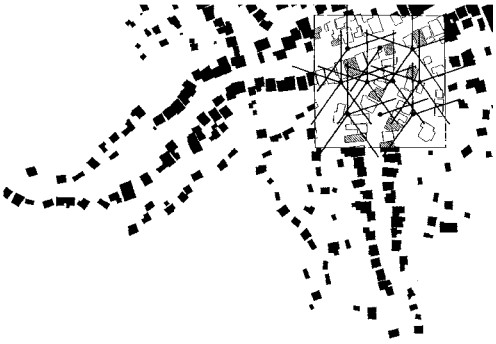
Nach der Sozialerhebung CAS-2 ist Agüita de la Perdiz im Vergleich zur Einwohnerzahl die Nachbarschaftseinheit mit der höchsten relativen Armut bzw. extremen Armut der Stadt. Mehr als drei Viertel der Einwohner werden nach der CAS-Punkteliste als arm eingestuft, und über ein Viertel der Einwohner lebt sogar unterhalb der Grenze der extremen Armut. Damit erklärt sich, warum Agüita de la Perdiz über Jahrzehnte hinweg bis heute in der Stadt einen schlechten Ruf hatte und hat. Es gilt nicht nur als Arme-Leute-Viertel, sondern überdies als gefährlich, weil man allgemein in der Stadt annimmt, daß das Viertel ein Ausgangspunkt von Kriminalität sei.

Bei der Untersuchung der Nutzungsvielfalt stellte sich heraus, daß Agüita de la Perdiz fast ein reines Wohngebiet ist. Das kann einerseits mit der relativen Nähe zum Zentrum zusammenhängen, wo alles zum Leben Notwendige zu finden ist, und andererseits mit der relativ geringen Größe und isolierten Lage des Viertels, was das wirtschaftliche Überleben vieler Geschäfte erschwert. Agüita de la Perdiz weist einen der höchsten Werte bei den Wohnumfeldbeziehungen der Bewohner in den untersuchten Gebieten auf.

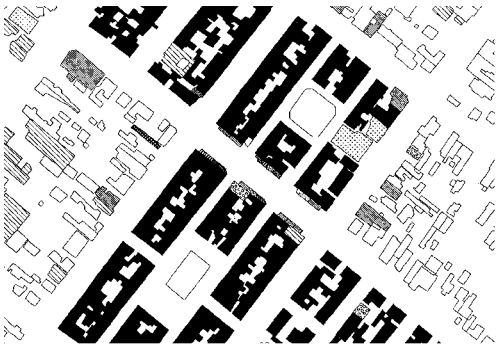
Beispiel Población Baquedano

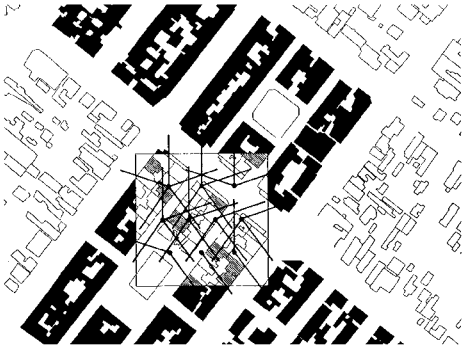
Die Población Baquedano ist in den Jahren nach dem Erdbeben von 1939 als Ersatz für verlorengegangenen Wohnraum errichtet worden. Sie wurde als geschlossene Siedlung geplant und in mehreren Bauabschnitten errichtet. Sie besteht ausschließlich aus eingeschossigen Reihenhäusern mit Gärten.

Interessant ist die Población Baquedano aus städtebaulichen Gründen. Bei der Planung der Siedlung ist offensichtlich die Problematik der relativ großen Entfernung vom Zentrum erkannt worden. Darum wurde an der Calle Baquedano die Möglichkeit für die Ansiedlung von Geschäften vorgesehen. Da die Einwohnerzahl der Siedlung aber nicht ausgereicht hätte, um größeren Ladengeschäften eines Subzentrums das wirtschaftliche Überleben zu sichern, wurde die Grundfläche der Läden sehr klein gehalten, was günstige Ladenmieten und damit die Wirtschaftlichkeit der Geschäfte si-

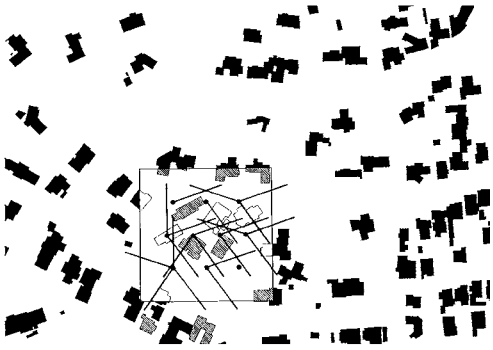


Beispiel Aguita de la Perdiz

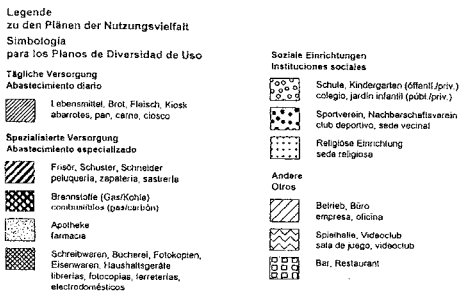


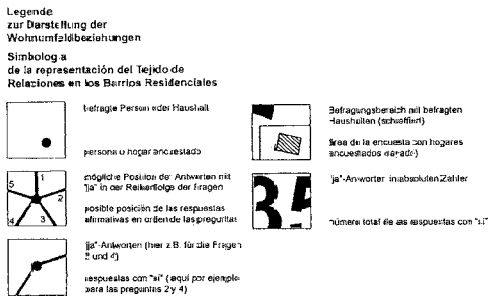


Beispiel Población Baquedano



Beispiel Lomas de San Andrés





jeweils links / Karte der Nutzungsvielfalt

jeweils rechts / Karte der Wohnumfeldbeziehungen

cherstellt. Verglichen mit anderen Quartieren spielt die Armutsproblematik nach CAS in Baquedano eine eher untergeordnete Rolle.

In Baquedano und seiner unmittelbaren Umgebung ist fast alles zu finden, was die Bewohner der Siedlung für den täglichen Bedarf benötigen. Wenngleich der Einzugsbereich des untergeordneten Subzentrums in der Calle Baquedano nur klein ist, bietet es doch ein großes Spektrum an Dienstleistungen.

Bei den Wohnumfeldbeziehungen weist die Población Baquedano ebenfalls einen hohen Wert auf. Die Vermutung liegt nahe, daß dies mit dem Alter, aber auch mit dem gelungenen städtebaulichen Konzept der Siedlung zu tun hat.

Beispiel Lomas de San Andrés

Die Lomas de San Andrés sind Hügel im Norden der Stadt. In den 80er Jahren begann hier eine intensive Bautätigkeit. Mittlerweile formen die Lomas ein eigenständiges Siedlungsgebiet, das praktisch vollständig aus freistehenden Einfamilienhäusern hohen und höchsten Standards besteht. Der öffentliche Raum

ist gepflegt; die Straßen sind gepflastert, befestigte Gewege und Staßenbäume vorhanden. Es herrscht eine bemerkenswerte „Ruhe“.

Dem hohen Ansehen der Siedlung entsprechend fallen auch die Werte der Sozialerhebung CAS aus, wonach das Problem der Armut in den Lomas scheinbar kaum ein Rolle spielt. Trotzdem ist der Wert von 3,3 % armer Bewohner fast noch überraschend hoch. Berücksichtigt man den hohen Stellenwert, den die Wohnsituation für die Armutsbewertung bei CAS einnimmt, und eingedenk der Tatsache, daß die jeweiligen Wohnungsmerkmale allen Bewohnern, also auch Haushaltshilfen mit Zimmer im Haus der Dienstherren, zugeschrieben werden, ist jedoch anzunehmen, daß der Wert in Wahrheit noch höher als 3,3% ausfällt.

Die Untersuchung der Nutzungsvielfalt macht deutlich, daß die Lomas de San Andrés weder der eigenen Bevölkerung noch dem Rest der Stadt städtische Dienstleistungsfunktionen anbieten. Die von der Straßenfront zurückgesetzte und in der Regel von Mauern, Zäunen oder Hecken umschlossene Bebauung macht darüber hinaus deutlich, daß eine Kontaktaufnahme mit dem öffentlichen Raum nicht erwünscht ist. Die Wohnumfeldbeziehungen in den Lomas de San Andrés sind in den von uns untersuchten Beispielen am wenigsten stark ausgeprägt.

vornehme Wohnhäuser im Stadtteil Lomas de San Andrés

Schlußfolgerungen

Es hat sich bestätigt, daß auch in Stadtteilen mit großen ökonomischen Problemen objektive Qualitäten zu finden sind. (Die hier dargestellten Beispiele sind nur eine Auswahl.) Die Tendenz, die sie sich bei der Untersuchung der Stadtteile abzeichnet, legt die Vermutung nahe, daß der materiellen Armut in bestimmten Stadtsektoren „Reichtum“ auf anderen Ebenen gegenübersteht.

Natürlich stellen mangelhafte Wohnbedingungen, schlechte Ernährung, unzulängliche hygienische Verhältnisse usw. gravierende negative Faktoren dar und bedeuten für die betroffenen Menschen zweifellos eine Einschränkung der Lebensqualität. Daran soll nichts beschönigt werden. Ein tragfähiges Netz kleinräumiger sozialer Beziehungen im Stadtviertel kann aber ein Potential darstellen, um die defizitäre Lebenssituation der Bewohner in anderen Bereichen zu verbessern. Dafür gibt es in Concepción verschiedene Beispiele (Kanalisationskampagnen in Agüita de la Perdiz, Selbstbauprogramme in Santa Sabina),

Luftbild der Hauptstraße im Stadtteil Población Baquedano

die auf dem vorhandenen sozialen Netz aufbauen und dieses stärken, dabei aber leider oft im Versuchsstadium steckenbleiben, weil es den staatlichen Förderprogrammen an Mitteln und offensichtlich auch an politischem Willen mangelt.

Die Untersuchung der Stadtviertel läßt vermuten, daß nicht nur in den allgemein bekannten Problembereichen Defizite bestehen, sondern auch dort, wo dies nicht ohne weiteres angenommen wird. Die Wohngegenden der wohlhabenden Bevölkerungsschichten sind einseitig auf das Wohnen ausgerichtet. Die Aktivitäten der Bewohner spielen sich - durch Mauer und Garten von der Straße abgeschirmt - im Haus ab. Es ist anzunehmen, daß die sozialen Kontakte oft nicht im Stadtviertel, sondern in anderen mehr oder weniger weit entfernten (nur mit dem PKW erreichbaren) Stadtbereichen gepflegt werden. Die Vermutung liegt nahe, daß Zeitverlust (tägliche Fahrzeiten, die Kinder werden zu den entfernten Privatschulen gebracht), Kosten (häufige Kfz-Benutzung, Kraftstoff), Streß (Stadtverkehr, Stau) und Umweltbelastung unbewußt erhebliche Beeinträchtigungen der Lebensqualität mit sich bringen.

Damit drängt sich die Frage auf, ob die Monostrukturen in den „guten“ Wohngegenden nicht eine andere Armut offenlegen, die bislang wenig in unser Bewußtsein gedrungen ist. Konzepte, wie diese Armut bekämpft werden könnte, existieren bislang kaum. Hier liegt eine lohnende Aufgabe für Stadtforscher, Architekten, Landschafts- und Stadtplaner. In der aktuellen Diskussion um Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung geht es schließlich nicht zuletzt um die Einsparung von Ressourcen und die Steigerung der Lebensqualität durch Bildung und Förderung kleinräumiger Strukturen, Bürgerbeteiligung und Verbesserung sozialer Qualitäten.

Literatur

M. Max-Neef: „La economía mundial debe dejar de crecer“, in: Gestión Nr. 203, Jg. XVII, 1992, S. 23-27

„La Situation de la Pobreza en Chile“, in: Reforma Municipal, Autonomía y Modernización de la Gestión Local. Pobreza, Necesidades Básicas y Desarrollo. V. Escuela de Temporada Otoño - Invierno, Caldera - Algarrobo - Pto. Varras, 19-23 Junio 1995, S. 1-12

M. Max-Neef: Economía Descalza. Señales desde el Mundo Invisible. Colección Pensamiento Descalzo - 1, Coedición de CEPAUR - Centro de Alternativas de Desarrollo y NORDAN - Comunidad, bajo la responsabilidad de Manfred Max-Neef y Rubén G. Prieto. Estocolmo, Buenos Aires, Montevideo: Nordan, 1986

M. Max-Neff: Desarrollo a Escala Humana, una Opción para el Futuro. Development Dialogue, Número especial, CEPAUR. Uppsala: Santiago de Chile-Fundación Dag Hammarskjöld, 1986

M. Orhansky: „Counting the Poor. Another Look at the Poverty Profile“, in: Social Security Bulletin, Vol. 28, July 1965

F. Zeran: „Manfred Max-Neef. La economía se ha desmadrado“, in: Los Tiempos, Jan. 18-31, 1993

Dalk-Ascan Bandilla, Geographiestudent an der Universität Hamburg, Ulf Maaßen, Student der Landschaftsplanung an der TU Berlin, sowie Christoph Vogt, Dipl.-Ing. Architektur aus Karlsruhe, waren von September 1996 bis Januar 1997 in Concepción. Der Titel ihres Projekts lautete: „Atlas der städtischen Lebensqualität in Concepción, Chile“. Projektpartner war das Stadtplanungsamt von Concepción unter der Leitung von Dr. Sergio Baeriswyl. Adresse: Asesoria Urbana, Municipalidad de Concepción, Caupolicán 518, Concepción, Chile.

Der „Consejo Coordinador de Comunidades“ in San Salvador und seine Erfahrung mit dem ASA-Programm

GUADELUPE ORTIZ

Die Situation in der metropolitanen Agglomeration von San Salvador ist von einer ungeordneten Entwicklung geprägt. Die Bevölkerung der marginalen Stadtviertel steht vor vielfältigen sozialen und ökonomischen Problemen. Diesen Problemen widmet sich unsere Organisation. Der *Consejo Coordinador de Comunidades* (CCC) ist eine basisorientierte NRO ohne Erwerbsabsichten. Sie wurde im Jahr 1986 nach dem verheerenden Erdbeben, das große Teile San Salvadors zerstörte, gegründet, um zur Lösung der Wohnungsprobleme beizutragen. Seitdem ist sie in der Kommunalarbeit tätig und betreut derzeit über 150 Siedlungen mit ca. 30.000 Einwohnern. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen in der Legalisierung von Grundstücken, der Hilfe bei Verschuldung in Wohnbauprojekten und der Ansiedlung armer Familien auf öffentlichem Land, insbesondere entlang der stillgelegten Eisenbahnstrecke und an nicht mehr genutzten Straßen. Darüber hinaus arbeitet der CCC mit der Stadtverwaltung in sozialen Programmen (z.B. zur Gesundheitserziehung) zusammen, entwickelt Gesetzesvorschläge zugunsten der illegalen Siedlungen und ist in der Umwelterziehung von Kindern und Jugendlichen tätig.

Bereits drei ASA-Gruppen haben ihr Projekt in Zusammenarbeit mit dem CCC durchgeführt. Im Jahr 1994 untersuchten zwei Teilnehmer drei Wohnbauprojekte in San Salvador unter architektonischen und sozio-ökonomischen Aspekten. Sie unterstützten unsere Bemühungen, zusammen mit den Betroffenen deren Interessen zu artikulieren und ihre Rechte gegenüber den Projektträgern zu vertreten. Bei den Projekten, die zu weiten Teilen aus ausländischen Mitteln finanziert wurden, gab es ein hohes Maß an Korruption; das hatte unangemessene finanzielle Beiträge für die Betroffenen und eine schlechte bauliche Qualität der Häuser zur Folge.

Die zweite ASA-Gruppe befaßte sich 1996 mit den Möglichkeiten einer Selbstorganisation der Bewohner in den *comunidades marginales.*[1] Sie untersuchte die Lebensumstände in verschiedenen Siedlungen unter sozio-ökonomischen und rechtlichen Gesichtspunkten. Ihre Arbeit dient uns als Verhandlungsgrundlage gegenüber offiziellen Verhandlungspartnern, so z.B. angesichts von Zahlungsproblemen der Bewohner eines von der Stadtverwaltung im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Wohnbauprojekts.

Das dritte ASA-Projekt 1998 befaßte sich mit dem informellen Wirtschaftssektor und seiner Bedeutung für die arme Bevölkerung. Unter der Koordination des CCC haben die beiden Teilnehmer knapp 100 informell Tätige aus verschiedenen Siedlungen zu ihrer Arbeit und deren Voraussetzungen befragt. So haben wir interessante Erkenntnisse über den informellen Sektor in San Salvador gewonnen. Mangelnde fachliche Ausbildung und fehlender Kreditzugang sind demnach vorrangige Problembereiche. Die ASA-Teilnehmer haben dabei für uns wichtige Kontakte zu den in diesem Bereich tätigen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen geknüpft. Die Ergebnisse waren uns gemeinsam der Anlaß, für das Programm des Jahres 1999 ein Projekt zur Ausbildungssituation im informellen Sektor vorzuschlagen, mit dem der Dialog zwischen den Anbietern von Ausbildungsprogrammen und deren Zielgruppe verbessert werden soll.

Für den CCC ist die Arbeit mit dem ASA-Programm sehr wichtig. Die ASA-Teilnehmer haben unsere praxisorientierte Arbeit mit problemspezifischen Untersuchungen ergänzt. So können wir in den Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und entwicklungspolitischen Institutionen auf eine wissenschaftliche Grundlage und die Sicht neutraler ausländischer Beobachter als Argumentationshilfe zurückgreifen. Derzeit erwägt der CCC gemeinsam mit den ehemaligen ASA-Stipendiaten die Veröffentlichung der Projektberichte, um somit deren Reichweite zu erhöhen.

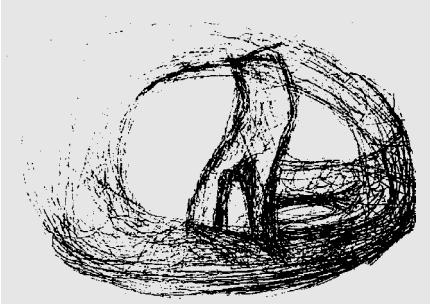
The Experience of the CCC in San Salvador with ASA Projects

The CCC is a NGO founded after the earthquake in 1986. As a grass-root network it coordinates the work of the *juntas directivas* of about 150 marginalized quarters in San Salvador representing 30,000 inhabitants. Its activities include among others the support of the communities during the legalisation process, credit schemes for poor families, health and environmental education programmes and negotiations with the local authorities. Three times already – in 1994, 1996 and 1998 - students of the ASA Programme have been integrated into the work of the CCC. They contributed to the more practical efforts of the NGO with some fieldwork and theoretical studies about architectural and socio-economic characters of the marginalized quarters, about financial and legal concepts for new housing projects and about the economy of the informal sector.

1
Siehe den Artikel von Wagner und Sakowski in diesem Heft

Guadelupe Ortíz ist Generalkoordinatorin des Consejo Coordinador de Comunidades (CCC) in San Salvador. Adresse: 5a Calle Pte 316, San Salvador, Tel./Fax: 503-221 5398.
Der vorliegende Beitrag wurde von Kristine Nienborg, Teilnehmerin des ASA-Projekts 1998, übersetzt.

Neue Bücher / Book Reviews



Feuerstein / Androgynos

Architektur

Günter Feuerstein. Androgynos. Das Mann-Weibliche in Kunst und Architektur. (deutsch-englisch) 240 S. ISBN 3-930698-74-9. 1997. Edition Axel Menges, 70736 Esslingen.

Androgyne sind doppelgeschlechtliche Wesen, die männliche und weibliche Merkmale vereinigen. In Mystik, Kunst und Literatur existieren sie seit Menschengedenken und zeichnen sich meistens durch Qualitäten aus, die über denen jedes einzelnen Geschlechts stehen - wenn nicht sogar Vollkommenheit symbolisieren. Biologische Beispiele existieren z.B. in Form von Zwittern, Transvestiten oder Geschlechtsumwandlungen, sind aber statistisch selten. Während die östliche auf Yin und Yang bezugnehmende Kultur die gleichzeitige Existenz und das Gleichgewicht der beiden Extreme in den Vordergrund stellt, symbolisiert beispielsweise das Ur-Ei die Auflösung beider Elemente. Bewußt oder unbewußt taucht das Konzept der Androgyne auch in der neuzeitlichen Kunst und Architektur auf.

Nach gut recherchierten historischen Herleitungen und Begriffsdefinitionen streift der Autor kurz das Phänomen des Androgynos in der Kunst der Neuzeit, in der Welt des Design und in der Literatur, um dann das Feld der Architektur zu vertiefen. Erotische Architektur, männliche und weibliche Symbolik in der Architektur, Zueinander und Nebeneinander der Geschlechter führen schließlich zum architektonischen Androgynos in Form von Aufeinander, Penetration, Ineinander und Coincidenica. Ein Buch, das eine Alternative zu den selbstbefriedigenden und selbstgefälligen Architekten-Monographien aufzeigt und den Kunstbegriff in der Architektur ein wenig zurechtrückt - in jedem Fall eine anregende Lektüre, die zum Weiterdenken anregt.

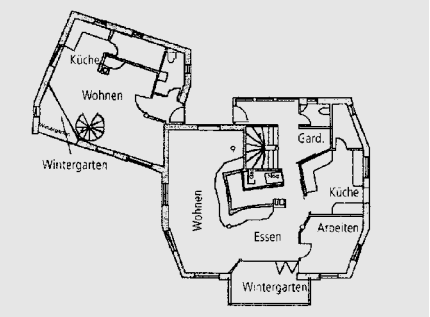
Kosta Mathéy

A.-N. Huber, T. Kleespies, P. Schmidt. Neues Bauen in Lehm. 104 S. ISBN 3-922964-65-6. DM 39,80. 1997. Ökobuch Verlag, Postfach 1126, D-79216 Staufen.

Das Buch, zusammengestellt von der Forschergruppe Lehmbau Winterthur, gliedert sich in drei inhaltlich wie vom Umfang her gleichberechtigte Teile: erstens neue Forschungsergebnisse zum Wärmeschutz und zum Feuchteverhalten von Lehmstoffen, zur Energie- und Schadstoffbilanz; zweitens konstruktive Regeldetails für den Lehmsteinbau, den Stampflehmbau und den Lehmleichtbau; und drittens 14 jüngere Beispiele realisierter Lehmbauten in der Schweiz.

Wer Grundlageninformationen zum Lehmbau sucht, findet woanders sicher fundiertere Informationen. Diese Publikation ist, abgesehen von ihrem spezifisch schweizerischen Lokalbezug, interessant wegen der Hinweise zu ganz aktuell anstehenden Fragestellungen, wie z.B. der Integration von Zentralheizungs-Leitungsschlangen in Lehmwänden oder ökologischen Meßwerten. Auch die gezeigten Beispiele sind überzeugend und z.T. zuvor nicht veröffentlicht.

Kosta Mathéy



Huber/Kleespies/Schmidt / Neues Bauen in Lehm

S. Doshi. Dharna Vihara, Ranakpur. 63 S. 1995. Edition Axel Menges: Stuttgart.

Dieser in der Reihe „Opus - Architecture in individual presentations" herausgegebene Band ist ein Prachtstück für alle Freunde klassischer indischer Tempelarchitektur. Gelegen am Maghai-Fluss in Rajasthan, ist diese wenig bekannte Sonnen-Tempelanlage ein Kleinod in dem Kaleidoskop indischer Tempelarchitektur, dessen Wert der Tourismusindustrie bislang entgangen ist. Der Tempel ist Überbleibsel einer Stadt desselben Namens und der Überlieferung nach von Rana Kumbha, einem Marwa-Herrscher, errichtet worden. Das Äussere des Tempels ist bescheiden im Vergleich zu dem Inneren dieses reich verzierten Steinbaus mit seinen steinernen Säulengängen, seinen hohen Kuppeln, offenen Höfen und detailliert ausgearbeiteten Schreinen. Der Wechsel von bebautem und unbebautem Raum ergibt ein interessantes Wechselspiel von Licht und Schatten. In seiner Qualität ist dieses Bauwerk ohne weiteres den bekannten Tempeln von Mount Abu, Rajasthan gleichzusetzen und zeigt erneut, welche enorme baumeisterliche Potenz in Indien existiert(e), wovon heute am Ende des 20. Jahrhunderts viel weniger zu sehen ist - aus diversen Gründen, die mit der sozio-ökonomischen und kulturellen Situation dieses von sozialen und ökonomischen Gegensätzen geplagten Landes zu tun haben.

Florian Steinberg

Wohnungswesen

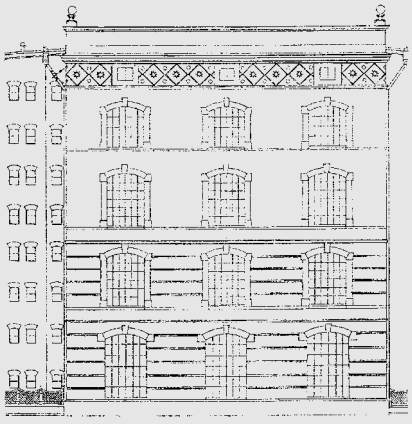
STERN u.a.. Das Selbstbau-Modell. Eine Mietergenossenschaft in Prenzlauer Berg. 90 S. ISBN 3-86153-174-7. 1998. DM 16.80. Ch. Links Verlag, Berlin.

Das Berliner Modell der Nutzerselbsthilfe im sozialen Wohnungsbau - insbesondere bei den Instandsetzungen heruntergekommener Gründerzeitbauten - dürfte für viele andere Stadtverwaltungen mit sozialem Anspruch interessant sein, auch wenn sich die Berliner Politiker inzwischen von dem Programm verabschiedet haben. Der vorliegende Band hat eine besonders

erfolgreiche Initiative zur Sanierung von zwei Mietshäusern unter der formalen Struktur einer Genossenschaft zum Thema. Beschrieben werden in 17 Einzelbeiträgen die Geschichte der beiden Häuser und des Stadtteils, persönliche und technische Erfahrungen mit den Sanierungsarbeiten (einschließlich des Blockheizkraftwerks) und die politisch-legalen-finanziellen Arrangements des Modells. Abschließend werden eine Reihe anderer Häuser in Berlin vorgestellt, bei denen die Genossenschaft ähnliche Sanierungen durchzuführen beabsichtigt.

Lobenswert ist die Dokumentation der kollektiv gemachten Erfahrung, die - für Folgeprojekte nützlich - zu wertvoll ist, sich in individuellen Erinnerungen zu verlieren. Die Vielzahl der Autor/inn/en bringt es allerdings mit sich, daß die Einzelbeiträge teilweise sehr oberflächlich ausgefallen sind, wo mehr Detailinformation interessant gewesen wäre. Gleichzeitig dienen einige Kapitel allein der Haus-Chronik, sind aber für andere Projekte irrelevant. Wie bei Selbstdarstellungen häufig der Fall, werden die positiven Errungenschaften in den Vordergrund gestellt, während für die Initiatoren von Folgeprojekten gerade auch die Kenntnis der Probleme - nötigenfalls in Form einer externen Evaluierung - mindestens genauso wichtig wäre. Auch wenn die Publikation, wie im Vorwort betont, explizit keine „Fachliteratur“ sein will, hätte ein professioneller Herausgeber sicher geholfen, das zweifellos interessante Material noch überzeugende zu präsentieren.

Kosta Mathéy



Georgecopol-Winischhofer / Vom Arbeitshaus zur Großindustrie

Ute Georgecopol-Winischhofer. Vom Arbeitshaus zur Großindustrie. 240 S. ISBN 3-85437-120-9. DM 98,30. 1998. Österreichischer Kunst- und Kulturverlag. Postfach 17, A-1016 Wien.

Ausgangspunkt für die dieser Veröffentlichung zugrunde liegende Forschungsarbeit (vermutlich eine Dissertation) ist ein Verständnis von Industrie-Architektur als kulturtragende Kunstrichtung, bei der allerdings im Vergleich zur Prachtarchitektur oder zur bildenden Kunst der Autor oft unbekannt bleibt. Da darüber hinaus Industriebauten nach Ende ihrer produktiven Nutzung typischerweise schnell und häufig unbedacht abgerissen werden, ist eine rechtzeitige wissenschaftliche Inventarisierung und Aufarbeitung ihrer Baugeschichte angesagt, zumal die ursprünglichen Konstruktionspläne meist nicht konserviert wurden.

Die vorliegende Arbeit analysiert die Geschichte des Industriebaus am Beispiel der Wiener Leopoldstadt zwischen dem 17. und dem 20. Jahrhundert, wobei die evolutionären Neuerungen auch in andere europäische Länder zurückverfolgt werden. Krönung der Arbeit ist ein Katalog von 77 dokumentierten Fabrikgebäuden im bezeichneten Untersuchungsgebiet, von denen übrigens ein Teil heute schon nicht mehr existiert.

Die Forschung ist insofern wegweisend, als dem Industriebau bisher im Vergleich zur Wohn- oder Repräsentationsarchitektur relativ wenig wissenschaftliche Beachtung geschenkt worden ist. Das meiste hier publizierte graphische Material ist originär. Als nächster Schritt wäre zu überlegen, welche strategischen Wege eingeschlagen werden sollten, einem weiteren Abriß dieser Baudenkmäler entgegenzuwirken und eine künstlerisch respektvolle Umnutzung mit realistischen Finanzierungsalternativen in die Wege zu leiten. Doch an solchen praktischen Überlegungen zeigen sich Bauhistoriker/innen weder in Österreich noch sonstwo sonderlich interessiert - womit sie viele Chancen möglicher Einflußnahme verschenken.

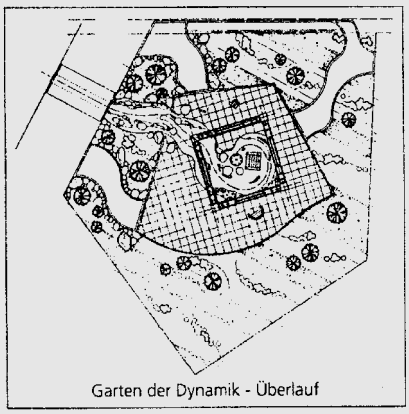
Kosta Mathéy

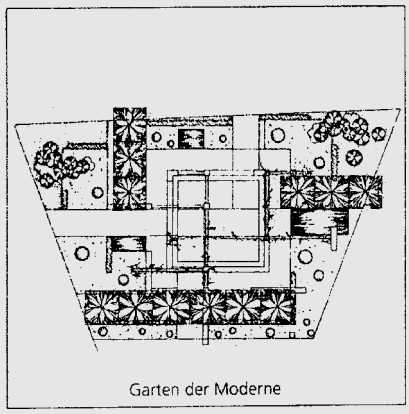
Landschaftsarchitekten. Band I: 270 S., 1997, ISBN 3-932509-00-5. Band II: 435 Seiten. 1998. ISBN 3-932509-02-1. Verlag H.M. Nelte, Wilhelminenstr. 35, 65193 Wiesbaden.

In den beiden Bänden werden die Arbeiten zeitgenössischer Landschaftsarchitekten aus Deutschland vorgestellt und zwar nach Bundesländern geordnet und in alphabetischer Reihenfolge. Band I ist den Ländern Bayern, Baden Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland gewidmet, während Band II den Arbeiten aus Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Schleswig Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen gilt. Jedes berücksichtigte Büro ist in der Regel mit einer Kurzbiographie der Partner, einer Projektauswahl und einer Kurzbeschreibung der in Farbreproduktionen dargestellten Projekte vertreten.

Interessant ist nicht nur, die Vielfalt der Ansätze in der Freiraumplanung festzustellen, sondern auch ganz unterschiedliche Darstellungsweisen zu studieren oder auch die mit der Landschaftsarchitektur verbundene Architektur zu betrachten. Keinerlei Aussage macht das Buch über die Kriterien, nach denen die dargestellten Landschaftsarchitekten in das Werk aufgenommen wurden - blieb es der Initiative der einzelnen Büros überlassen, sich einzubringen? Wie dem auch sei, selbst wenn es sich um eine „demokratische“ Selbst-Auswahl der Autoren handeln sollte, hätte das Ergebnis nicht besser sein können und stellt einen repräsentativen Querschnitt des Schaffens dieser Berufsgruppe in Deutschland dar.

Kosta Mathéy





Landschaftsarchitekten

W. Rybczynski, A. Friedman, S. Ross. The Grow Home. Montreal 1990. 44 S. McGill University, Affordable Homes Program, 815 Sherbrooke Street West, Montreal, PQ, Canada, H3A2K6.

Diese Publikation enthält einige interessante, simple Beispiele der Architektur des Kemhauses oder des „wachsenden Hauses“, die vom *Affordable Homes Program* seit Jahren propagiert werden. Die vorgestellten Beispiele sind Reihenhäuser in durchweg zweigeschossiger Bauweise mit diversen Ausbaumöglichkeiten und -alternativen. Dabei gibt es nicht nur Grundrisse und Ansichten, sondern auch Einheitspreise, städtebauliche und siedlungsplanerische Lagepläne und einige konstruktive Details.

In einer Publikation von 1996 (mit dem Titel „The Next Home“) haben die Autoren (Friedman et al.) auch noch weitere Typenbeispiele anhand von Demonstrationsprojekten auf dem Universitätscampus vorgestellt: architektonisch und konstruktiv inter-

essante Arbeiten, deren Wert auch für die sog. Entwicklungsländern offensichtlich ist.

Florian Steinberg

Anton Markus Pasing. Remote Controlled Architecture. ca. 200 S. ISBN 3-932509-20-X, 1998. Verlag Nelte, Wiesbaden.

Der Band ist als Monographie des Architekten Pasing konzipiert, wobei alle konventionellen Präsentationsregeln über Bord geworfen wurden: In Zeiten der Rezession im Baugewerbe hat die Berufsgruppe das Weiterbestehen ihrer Existenz schon immer durch professionelle Grenzüberschreitungen zu retten versucht.

Wo in den 70er Jahren begonnen wurde, nicht baubare Architekturentwürfe allein zum Verkauf in Kunstgalerien zu zeichnen, steht heute eine Auseinandersetzung mit den elektronischen Medien an. Pasing hat das Buch statt in Kapitel in drei Kanäle und ein „Zapping"-Angebot zergliedert. Rationale Orientierung wäre ein hoffnungsloses Unterfangen, Auseinandersetzung über Architektur wird zur Poesie und am Besten intuitiv erfahrbar. Auf daß die Rezession noch ein wenig anhalten möge!

Kosta Mathéy

Stadtentwicklung

J. S. Edralin. Local Governance and Local Economic Development: Capacity Building - Case Studies in Asia and Latin America. UNCRD Research Report Series No. 17. 1996. 234 S.

C. Hoshino (Hrsg.). Local and Regional Development Planning and Management in the Context of Decentralization Reforms in Latin America. UNCRD Research Report Series No 18. 1996. 198 S. (Bezug: United Nations Centre for Regional Development UNCRD, Nagono 1-47-1, Nakamuraku, Nagoya 450, Japan)

Die beiden Bände vereinen diverse vom UNCRD in Auftrag gegebene Fallstudien zu den Themen der Gemeindeentwicklung, welche auch auf UNCRD-Konferenzen in Manila und Sao Paolo vorgestellt wurden. Im ersten Band ist der Schwerpunkt mehr auf die Förderung der lokalen Ökonomie gesetzt, und es geht um die lokale, dezentralisierte Kapazität der Gemeinden, die Initiativen der Wirtschaftsförderung zu lenken. Die Beispiele (oder der Vergleich) zwischen asiatischen (Taicang/China, Olongapo/Philippinen, Batam/Indonesien, Johor/Malaysia, Kurenegala/Sri Lanka) und lateinamerikanischen Fallbeispielen (Curitiba/Brasilien, Cordoba/Argentinien, Aguascalientes/Mexico) ist interessant, erscheint aber irgendwie zufällig, da die wirtschaftliche Dynamik dieser Städte doch sehr verschieden ist. Der Report versucht, einige grundsätzliche Prinzipien und Empfehlungen für lokale Initiativen auszuarbeiten, bleibt aber ohne Antwort bezüglich der Zukunft der Beziehungen zwischen Zentralregierung und Gemeinden.

Der zweite Band behandelt schwerpunktmässig das Thema der institutionellen Kapazitäten in verschiedenen Städten in Argentinien, Brasilien, Guatemala und Mexiko, dargestellt an diversen Projekttypen wie Umweltmanagement, Stadtentwicklungsplanung, Regionalentwicklung, Dezentralisierung und Wohnungswesen. Im abschliessenden Teil der Herausgeberin werden diese neuen Tendenzen verglichen und in Bezug gebracht mit den globalen Zielen der Dezentralisierung und einer Verbesserung der Kapazitäten für ein modernes Stadtmanagement. Letztendlich erkennt die Autorin einen erheblichen Ausbildungs- und Trainingsbedarf in der lateinamerikanischen Region.

Die Publikationen zeigen ein neues Interesse des UNCRD für Lateinamerika auf, das sich 1998 auch in der Gründung eines Zweigbüros in Bogotá manifestiert hat. Es ist allerdings ein bisschen ärgerlich, dass man denselben Artikel zu Cordobas strategischem Enwicklungsplan in beiden Bänden wiederfindet.

Florian Steinberg

Peter Bosselmann. Representation of Places. Reality and Realism in City Design. 228 Seiten. ISBN 0-520-20658-4. 1998. £ 28,-. Berkley: University of California Press. Bezug: Wiley, GB-Chichester PO19 1UD.

Ausgangspunkt des Buches ist die Erkenntnis, daß so schwerwiegende und langfristig wirksame Entscheidungen wie städtebauliche Eingriffe vor der Realisierung in ihrer räumlichen Wirkung auch von Laien erkannt werden sollten, um kompetente demokratische Entscheidungen zu ermöglichen; denn die üblichen Zeichnungen der Städtebauer und Architekten taugen nicht notwendigerweise hierfür.

An drei konkreten Projekten in den USA wird gezeigt, wie bewegte Bilder, aufgenommen in dreidimensionalen Modellen oder durch Computersimulation erzeugt, hier weiterhelfen können - zumindest im Kontext sehr einfacher Volumenotrien wie sie in US-amerikanischen Städten typisch sind. Diese Schlüsselinformation wird ergänzt durch eine Einführung in die Wahrnehmung von Stadtgestalt anhand eines Vergleichs gleich langer Fußwege in unterschiedlichen Städten der Welt (im ersten Teil) und durch einen philosophisch angefärbten Schlußteil mit dem Titel „Reality and Realism" mit starkem Bezug auf europäische stadträumliche Qualitäten. Der Band ergänzt sicher gut die Vorlesungen dieses Berkley-Professors und ist deshalb nützlich für seine Student/inn/en; für europäische Leser/innen und Kolleg/inn/en könnten einige der Grafiken und Schwarzpläne von Interesse sein.

Kosta Mathéy

G. Payne. Urban Land Tenure and Property Rights in Developing Countries - A Review. ITODA. London 1997. 73 S. 12,95 brit. Pfund. (Bezug: IT Publications, 103-105 Southampton Row, London WC IB4HH, UK)

Diese kleine Studie, ursprünglich für das Urban Management Programme der Weltbank verfasst, ist eine Art Kompendium der verschiedensten Bodenbesitz- und -nutzungsformen, die man heute in den Entwicklungsländern antrifft. Die Publikation ist in fünf Teile gegliedert. Einleitend werden Systeme von Bodenbesitzrechten vorgestellt - traditionelle Bodenrechtssysteme, das moderne Privateigentum an Grund und Boden, das Konzept das staatlichen Bodenbesitzes, religiöse Konzepte von Stiftungseigentum an Land sowie Kriterien der Ermittlung von unterschiedlichen Eigentumsformen. Im zweiten Teil geht es um Aspekte der nationalen Bodenpolitik in Ländern mit Marktwirtschaft oder noch traditionellen, teils vorkapitalistischen Wirtschaftssystemen; hierbei konzentriert sich der Autor weitgehend auf angelsächsische Bodenrechtsformen wie *freehold* und *leasehold*. Der dritte Teil behandelt die Bodenrechtssituation in noch nicht regularisierten informellen Siedlungen: Hier geht es um Sicherheit ohne Besitztitel, offizielle Anerkennung der Titellosigkeit, Formen der Pacht, traditionelle Landtitel und letztlich Instrumente zur Verbesserung der bodenrechtlichen Situation durch Regularisierungsmassnahmen. Im vierten Teil schließlich behandelt der Autor die Verbesserung traditioneller Landbesitzarrangements durch Regierungsinterventionen oder Eingriffe des privaten Sektors. In dem abschliessenden Kapitel wird die Regulierung des Bodenmarktes als eine zentrale Aufgabe des Urban Management charakterisiert, die dazu dienen kann, mehr Kreditmittel zur Verbesserung der Wohn- und Infrastruktursituation in Umlauf zu bringen und die soziale Stellung der Armen und Ärmsten zu verbessern. Den internationalen Geberorganisationen kommt hier eine wichtige Verantwortung beim Anstreben von sozialorientierten Reformen zu.

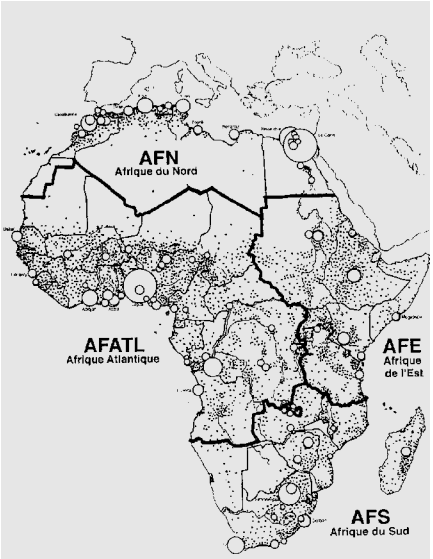
Florian Steinberg

Michel Arnaud. Dynamique de l'urbanisation de l'Afrique au Sud du Sahara. 182 S. 1998. Paris: Ministère des Affaires Etrangeres. Bezug: ISTED, La Grande Arche, Paroi Nord, F-92055 Paris La Defense, Cedex 04.

Der offizielle Bericht über „Verstädterung in Afrika südlich der Sahara" gliedert sich in eine Serie periodischer Situationsberichte zur Entwicklung in den Ländern des Südens aus dem Blickwinkel französicher Außenpolitik. Das „harte" Gerüst der Arbeit sind nicht gerade unterhaltsame, aber dafür aktuelle Statistiken zu dem Thema. Das Material wird zusätzlich mit einigen Vergleichen aus anderen Konti-

nenten und deskriptivem Text ansprechender gemacht. Der Bericht ist in sieben Abschnitte gegliedert: 1. Stadt als Entwicklungspol; 2. Ursachen des städtischen Wachstums, 3. Stadtwachstum ohne Industrialisierung; 4. Komplementarität von Stadt und Land; 5. Sozialer Wandel in der städtischen Gesellschaft; 6. Dezentralisierung; 7. städtische Finanzen. Der Bericht ist sicher nicht die geeignete Quelle, neue Verstädterungstheorien kennenzulernen oder Entwicklungsalternativen zu vergleichen, aber ein guter und aktueller Überblick über Verstädterung in einem Kontinent, der gemeinhin als vorwiegend rural betrachtet wird.

Kosta Mathéy



Arnaud / Dynamique de l'urbanisation de l'Afrique au Sud du Sahara

R. McGill. Institutional Development - A Third World City Management Perspective. 1996. 310 S. London und New York: MacMillan Press Ltd., Houndmills, Basingstoke, Hampshire RG2l 6XS, UK.

Der Autor, ein Experte für institutionelle Entwicklung mit langjähriger Erfahrung in den Stadtverwaltungen von Lilongwe/ Malawi und Dar-es-Salaam/Tanzania, hat seine Erfahrungen in ein Buch umgesetzt, das leider einen sehr trockenen und akademischen Charakter hat. Im ersten Kapitel liefert McGill einen ausgedehnten Überblick der relevanten Literatur und hebt die Bedeutung der institutionellen Entwicklung für die Nachhaltigkeit von Stadtentwicklungs- sowie anderen Entwicklungsprojekten und -initiativen hervor. Technische Hilfe und Ausbildungsmaßnahmen sind wesentliche Mechanismen, um eine institutionelle Stärkung von Projektpartnern zu erzielen, wie wir ja alle schon wissen. Das Defizit dieses Buches ist sicherlich, dass es vor der HABITAT II-Konferenz verfasst wurde, auf der wesentliche Beiträge zum Thema der institutionellen Entwicklung verbreitet wurden.

Im Kapitel zur Praxis der institutionellen Stärkung werden mit Bezug auf Malawis städtische Entwicklung eine Serie von institutionellen Entwicklungszielen aufgeführt und im einzelnen in Bezug auf die existierenden Handlungsschwächen in der Praxis diskutiert. Prinzipiell geht es um Projektformulierung, Arbeitsergebnisse, Ausbildungsmassnahmen und Umsetzungsmöglichkeiten, die zu einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie führen sollen. Abschliessend stellt der Autor fest, dass es um die strategischen Aufgaben einer verbesserten Dienstleistungsversorgung, um die Kapazität, Stadtentwicklung zu planen und zu finanzieren, und um die Kapazität der Strategieformulierung geht. Die Lektüre sei nur hartnäckigen Spezialisten empfohlen.

Florian Steinberg

E. Fernandes, A. Varley (Hrsg.). Illegal Cities - Law and Urban Change in Developing Countries. 1998. 280 S. $ 69.95 bzw. 27.95 Paperback. London und New York: Zed Books, 7 Cynthia Street, London N19JF, UK.

Dieses Buch erhebt den Anspruch, eine Lücke zu füllen im Verständnis der Städte in Entwicklungsländern. Die städtischen Armen müssen regelmässig bestehende Rechtssituationen brechen, um sich Grund und Boden, Haus und verschiedene Dienstleistungen zu ermöglichen.

Das Buch über die "illegalen Städte" untersucht die Rolle der Gesetzgebung im städtischen Modernisierungsprozess. Am Beispiel der Türkei werden bestehende Standards der Wohnungspolitik untersucht, welche die informellen Siedler in eine Randstellung gebracht haben. Im Fall des Handels mit nicht offiziell dokumentierten Bodenrechten in Jordanien, werden die Formen des Konfliktmanagements beschrieben, das auf historische Formen des Besitzrechtes (Nutzrechtes) zurückgreift. Der Artikel über Bangalore in Indien beschreibt Bodenkonflikte bei der Umsiedlung von *squatters*, um Platz zu schaffen für einen Prestige-Wohnungskomplex. Im Falle von Caracas werden unklare Rechtsverhältnisse bei Transaktionen von Häusern in den *barrios* der Armen beschrieben. Das Beispiel Mexikos ist ein exzellenter Fall einer massiven Legalisierung von informellen Wohnsiedlungen, teils mit politischen Zielen, um die Stimmen der Siedler für die herrschende Partei zu sichern. Während in Kenia die Schaffung von illegalen Märkten und ganzen Stadtzentren Ergebnis eines planerischen *status quo* ist, wurde in Südafrika Grund- und Bodenbesitz bis vor kurzem noch mit rassistischen Kriterien der Apartheid versehen.

Die Autoren des Buches diskutieren, wie Rechtssysteme und Rechtsentscheidungen den Stadtentwicklungsprozess mitbeeinflussen. „Illegalität" wird häufig politisch benutzt. Als gemeinsamer Nenner vereint alle Beiträge die Erwartung, dass eine politische Reform der Stadtsysteme nötig ist, um bessere Bedingungen zu schaffen.

Florian Steinberg

Gesellschaft und Politik

Wolfgang Gisevius. Leitfaden durch die Kommunalpolitik. 160 S. ISBN 3-8012-0260-7. 1997. DM 16,80. Dietz Verlag, Bonn.

Dem Autor ist es gelungen, die von Gemeinde zu Gemeinde variierenden Arrangements der Bürgervertretung und Verwaltung auf einen Nenner zu bringen und leicht verständlich zu erklären. Auch Wahlverfahren, Planungsrecht und die verschiedenen Arten der Besteuerung werden in ihren Grundzügen dargelegt.

Obwohl dem Autor als Zielgruppe Bürger vorschwebten, die ein Bedürfnis haben, in der Lokalpolitik mitzumischen und nur nicht wissen wie, ist die Darstellung aber auch hilfreich bei der Erklärung der deutschen Variante dezentraler Politik gegenüber Kollegen in den Ländern des Südens, die sich z.T. gerade in einem politischen Dezentralisierungsprozeß befinden.

Kosta Mathéy

W. Altmann, T. Fischer, K. Zimmermann, K. (Hrsg.). Kolumbien heute - Politik, Wirtschaft, Kultur. Bibliotheca Ibero-Americana. 625 S. 1997. Vervuert Verlagsgesellschaft, Wielandstrasse 40, D-60318 Frankfurt.

Dieser Sammelband bietet mit seinen 25 Beiträgen eine exzellente Übersicht über ein Land, von dem in Deutschland kaum mehr als sein Drogenhandel, seine Gewaltexzesse und sein guter Kaffee bekannt sind. Den Herausgebern des Ibero-Amerikanischen Institutes in Berlin ist es gelungen, eine enorme thematische Bandbreite abzudecken. Das Buch ist in vier Teile gegliedert: Raum und Bevölkerung, Staat und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Sprache und Kultur. Im ersten Teil lernt der Leser die Geographie und Bevölkerungsverteilung sowie die Haupttendenzen der Stadtentwicklung kennen, und es werden Aspekte der beiden Hauptminoritäten Kolumbiens, der Indianer (von denen es noch einige Restgruppen gibt) und der Schwarzen, die sich in einem Prozess der Selbstfindung und Artikulation befinden, dargestellt. Im zweiten Teil werden die politischen Konstellationen des Landes, seiner neuen Verfassung von 1991, seiner Aussenpolitik, der existierenden populistischen Bewegungen, der recht prekären Menschenrechtssituation, der exzessiven, das Leben des gesamten Landes in Atem haltenden Kriminalität und Gewalt sowie der Geschichte der Guerillabewegungen behandelt. Diese Beiträge ermöglichen es, besser zu verstehen, warum Kolumbien in solch prekärer Situation ist und welche möglichen Auswege für die Schaffung des Friedens bestehen können.

TRIALOG

A Journal for
Planning and Building
in the Third World

- A journal for architects, planners, sociologists, geographers, economists and development planners.
- A journal for the exchange of professional experience in the field of urban development in the Third World.
- A journal for the presentation and discussion of new research results and for the discussion of recent concepts of development policies for urban change.
- A journal of free discussions, of work reports and of documentation of alternative approaches.

The thematic range of TRIALOG includes among other related topics: Urbanization and housing policy / architecture and regional cultures / ecology, technological transfer and appropriate technologies / rural development strategies.

Contributions in TRIALOG are written in German or English, with a summary in the respective other language.

Available TRIALOG-numbers in English:

28 Urban Ecology
30 Nigeria
32 Urban Indonesia: New Developments
34 Plan and Reality
36 Informal Settlers in the First World
38 District Planning in Action
39 Planning Methods
43 Urban India
46 Brasilien - Brazil
47 Community-Based Housing Finance
48 Infrastructure for Sustainable Development
49 Istanbul Habitat
50 Habitat II, Crowding and Health
51 Tailor-made?
55 Planning Local Government
58 Urban Heritage and Cultural Tourism

Forthcoming issues:
Gender and Cities
Curitiba

Subscription of TRIALOG (4 issues/year)
DM 75,- / reduced subscription price: DM 50,-
for personal orders / DM 37,50 for students /
single issues DM 15,- (plus postage)

Membership in the association: DM 100,- (annual fee, including the subscription of TRIALOG)

Orders for subscription /
Application for membership
should be addressed to:
TRIALOG, Gislind Budnick, Heslacher Wand 35A,
D-70199 Stuttgart, Germany

Orders for single issues
directly to the distributor:
Magazin-Verlag, Schweffelstraße 6,
D-24118 Kiel, Germany

Der Teil zur Wirtschaft und Gesellschaft Kolumbiens reflektiert einige dieser schwierigen Konstellationen: Die Industrialisierung im Kontext der Liberalisierung und Globalisierung ist dabei einer der relativen Erfolge des Landes, welcher zu einer relativen ökonomischen Stabilität beigetragen hat. Die Gelder des Drogenhandels haben ihr übriges getan, um bestimmte Sektoren der Wirtschaft des Landes florieren zu lassen. Im Kontext der Modernisierung werden die sich ändernde Rolle der katholischen Kirche (eine der konservativsten in ganz Lateinamerika) und die sich rasant emanzipierenden Frauen behandelt, was sehr aufschlussreich ist für eine Gesellschaft im Umbruch. Der vierte Teil behandelt (in gewisser Überdosis) die Rolle der spanischen Sprache, der Indianersprachen, des kolumbianischen Romans, der Lyrik, des Theaters, der bildenden Kunst (und Architektur als Unterthema), der Bildungspolitik und der Massenmedien.

Leider fehlen in dem ansonsten hervorragend herausgegebenen Buch Artikel über Umweltprobleme, Film und Musik sowie die moderne Architektur (und Stadtbaukunst) Kolumbiens, wie auch die Problematik der Städte ein separates Kapitel verdient hätte.

Florian Steinberg

J. Holland, J. Blackburn. Whose Voice? - Participatory Research and Policy Change. 254 S. 1998. 5,75 brit. Pfund. London.
Diess. Who Changes? – Institutionalizing Participation in Development. 199 S. 1998. 5,25 brit. Pfund. London (Bezug: IT Publications, 103-105 Southampton Row, London WCIB 4HH, UK)

Diese Bände sind zwei sehr relevante Arbeiten aus dem Umfeld der britischen Entwicklungszusammenarbeit. Es geht um das Konzept des *Participatory Rural Appraisal* (PRA) und seiner Anwendung. PRA hat zu einer Art stillen Revolution in der Entwicklungszusammenarbeit beigetragen, in der es darum geht, die Armen, Marginalisierten und Randgruppen bei der Konzeptionalisierung und dem Entwurf von Entwicklungsprojekten anzuhören. PRA stellt konventionelle, von Experten dominierte Methoden in Frage und trägt zu einer erhöhten Beständigkeit und Effektivität von Projekten der bevölkerungsbezogenen Entwicklung bei.

Whose Voice? betrachtet Erfahrungen von Projekten (in Nepal, Zambia, Gambia, Jamaika, Pakistan, Indien, Madagaskar, Guinea, Schottland, Mosambik, Südafrika), bei denen PRA angewandt wurde.

Who Changes? bietet Erfahrungen diverser bilateraler Entwicklungshilfeorganisationen (inkl. GTZ, DFID etc.) mit der Institutionalisierung von partizipativer Entwicklung. Es geht um die Anwendung von PRA-Kozenpten auf Mikro- und Makro-Ebene und um die Veränderungen der Arbeitsweise der relevanten Institutionen. Das Buch bietet diverse Beiträge zu der Frage, wie die PRA-Methode auszuweiten sei und wie sie zu institutionellem Wandel und Veränderungen der institutionellen Kultur (speziell von hierarchischen Institutionen) und zu einem partizipativen Monitoring und der Evaluierung von Entwicklungsprojekten beitragen kann.

Der PRA-Ansatz, so interessant er ist, wurde bisher allerdings wenig im städtischen Kontext angewandt (mit Ausnahme z.B. von einigen neueren Slum-Sanierungsprojekten der DFID in Indien). Es ist in der Tat an der Zeit, die PRA-Methoden auch bei städtischen Projekten einzuführen. Das Beispiel der Gemeindeentwicklungsplanung in Bolivien ist eine erste interessante Erfahrung dieser Art.

Florian Steinberg

M. Douglass, J. Friedmann (Hrsg). Cities for Citizens - Planning and the Rise of Civil Society in a Global Age. 1998. 302 S. 17,99 brit. Pfund. Wiley & Sons, Baffins Lane, Chichester, West Sussex P0191UD, UK.

Dieses Buch hat das bekannte Phänomen der „Zivilgesellschaft“ zum Thema und damit die Demokratisierung und zunehmende Transparenz von Stadtplanung und -entwicklung. Die vorgestellten Fallstudien einer Bürgerbeteiligung sind breit gestreut. Porto Alegre in Brasilien ist durch sein partizipatives Gemeindebudget bekannt geworden, das in kommunaler Konsultation erstellt wird und den Bewohnern der Stadt eine einzigartige Möglichkeit zur Beteiligung an einem Planungsvorgang gibt, der sonst nur den Spitzen der Gemeindeverwaltung zugänglich ist. Ganz anders das Beispiel Frankfurts, das von der graduellen Entwicklung einer ausländerfreundlicheren Integrationspolitik handelt, wobei die wesentlichen Initiativen von lokalen Solidaritätskomitees und -gruppen ausgehen. Im Fall von Los Angeles - der Stadt der sozialen Notstände - lernen wir die Geschichte der (teils militanten) Umweltbewegungen kennen, die beim Versuch der Schaffung einer grünen Polis immer gegen die offizielle Politik einer „Policing of Ecology“ stoßen. Die Entstehung von „Weltstädten“ in Ostasien ist ebenfalls von heftigen städtischen Umweltkonflikten gekennzeichnet. Aber gegen die überwiegend autoritären Verwaltungs- und Managementstrukturen anzugehen ist eine sehr schwierige Aufgabe, der die Bürgerbewegungen kaum gewachsen sind. Nichtsdestotrotz meint der Autor, dass alles auf eine Zunahme solcher Basisinitiativen hindeutet. Ähnliches kann und muss auch im Falle Chiles gesagt werden, wo die Umweltinitiativen immer mehr einen Charakter der neuen städtischen Bewegungen annehmen, die letztendlich eine bessere Ressourcenverteilung und allgemeine Verbesserung der städtischen Lebensqualität zum The-

ma haben werden.

Im theoretischen Teil des Buches geht es um so interessante Themen wie „Radikale Praxis für die postmoderne Gesellschaft“, „Die Frage des Konfliktes bei Habermas und Foucault“, „Rationalität, Dialog und Lernen: Was Community- und Umweltverhandler uns über die Praxis der Zivilgesellschaft lehren können“ sowie einige recht stimulierende Essays über Sinn und Unsinn der neuen Formel von der „Zivilgesellschaft“.

In jedem Fall ein interessanter und lesenswerter Sammelband, dessen Hauptthese von einer weltweiten Zunahme der Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer Beteiligung an städtischen Konflikten heute wohl kaum noch bestritten wird.

Florian Steinberg

Ökologie

UnternehmensGrün (Hrsg.). Umweltverträglicher Industrie- und Gewerbebau. 172 S. ISBN 3-928244-21-3. 1996. Vertrieb: Ökonom, Waltherstr. 29, 80337 München.

Die Diskussion über ökologisches Bauen wird bislang geprägt vom Wohnungsbau und dessen architektonischer und bautechnologischer Umsetzung. Erst langsam rückt der umweltverträgliche Industrie- und Gewerbebau in den Blickpunkt. Die Wirtschaftlichkeit steht hier noch stärker als bei anderen Bauvorhaben im Vordergrund. Für ein Unternehmen zählen vorrangig die Gesamtbetriebskosten. Diese hängen jedoch mit vielen nicht meßbaren Komponenten zusammen, wie innere Atmosphäre, Firmenimage, Umweltverträglichkeit des Gebäudes und des Arbeitsplatzes. Am Beispiel realisierter Projekte, aber dennoch im Sinne eines „Entwurfs-Leitfadens“ nach Arbeitsschritten und Gewerken sytematisiert, werden die Prinzipien und gemachten Erfahrungen fachkundig aufgeschlüsselt zu den Aspekten: Städtebau und Standortwahl, Bautechnik und Gesundheit, Bautypologie und Nutzungskonzepte, Energieversorgung, Umweltrecht, Finanzierung. Ein interessantes, handliches und innovatives Buch für die Griff-Reihe im Regal, weil man es bestimmt immer wieder in die Hände nimmt.

Kosta Mathéy

W. Sachs, R. Loske, M. Linz et al. Greening the North - A Post-Industrial Blueprint for Ecology and Equity. 247 S. $ 65. London und New York. (Bezug: Zed Books, 7 Cynthia Street, London 19JF, UK)

Dieses Buch ist ein Produkt des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie und stellt eine englische Fassung einer umfangreichen Studie zu den ökologischen Bedingungen der Zukunft des Nordens dar. Wie bekannt, konsumieren die reichen 20% der Weltbevölkerung 80% der vorhandenen natürlichen Ressourcen. Um das Überleben zu sichern, müssen die reichen Nationen allerdings ihre Wirtschaften dahin umbauen, daß exzessiver Konsum und Überproduktion erheblich weniger umweltschädigende Wirkungen haben werden. Es ist offensichtlich allein der Norden, der die führende Rolle auf dem Wege zu einer Lösung der bestehenden Umweltprobleme einnehmen kann.

Die Autoren fordern die Anwendung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien, um mit der Umweltfrage umzugehen. Sie schlagen die Einführung von Umweltindikatoren, von konkreten Zielen zur Risikobeschränkung, eine freiwillige Beschränkung von Konsum und eine Produktion mit ökologischen Auswirkungen vor. In ihrer Vision der Zukunft wird es um „intelligente“ Infrastruktur und lebbare Städte, um die Regenerierung von Landwirtschaft und Böden, um die Etablierung von neuen Parametern und Regeln gehen werden. Ein Umwandlungsprozeß muß einsetzen bei der Energieversorgung, der Industrie, dem Transportsektor, der Land- und Forstwirtschaft, mit dem Ziel einen Ausgleich zwischen Nord und Süd zu erzielen.

Das Buch sollte weite Verbreitung finden, denn es enthält Vorschläge, die von globaler Relevanz sind für die Nachhaltigkeit der Welt. Es geht um mehr als nur Lippenbekenntnisse, wenn dieses ambitiöse Ziele erreicht werden soll. Diverse multilaterale Organisationen sowie Abkommen des internationalen Handels und der Zusammenarbeit müssen auf diese Konzepte umorientiert werden, auf einen Prozeß des gemeinsamen Lernens und Handelns.

Florian Steinberg

D. Osborn, T. Bigg. Earth Summit II - Outcomes and Analysis. 201 S. 1998. 15,95 brit. Pfund. London. Earthscan, 120 Pentonville Road, London NI 9BR, UK.

Dieser Band enthält auf 68 Seiten eine Zusammenfassung der Resultate des „Rio+5“-Seminars in New York 1997 sowie etliche Sitzungsdokumente der Konferenz. Das Buch ist eine sehr langweilige Lektüre, gut geeignet für Freunde der UN-Materie, deren Hobby es ist, Regierungserklärungen und offizielle Positionsbestimmungen nach der korrekten Position der i-Tüpfelchen zu untersuchen. Das Buch zeigt mit seinen Texten auf, daß wirklich sehr wenig Fortschritte gemacht wurden in den letzten Jahren. So heißt es im „Programme for the Further Implementation of the Agenda 21“, wie von der Sondersitzung der Hauptversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet, daß „neue und zusätzliche Mittel von diversen Quellen nötig seien, um die Ziele angemessener Wohnungsversorgung für alle und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (...)zu erreichen. (...) Globale Ziele konnten von der Kommission für Nachhaltige Entwicklung aufgestellt werden, um Lokale Agen-

TRIALOG

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt

- Ein Journal für Architekten, Stadtplaner, Ökologen und Entwicklungsplaner.
- Ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer und ländlicher Entwicklung der Dritten Welt.
- Ein Journal zur Aufarbeitung neuer Forschungsergebnisse und zur Diskussion entwicklungspolitischer Konzepte für die räumliche Planung.
- Ein Journal der freien Diskussion, der Arbeitsberichte und der Dokumentation richtungsweisender Ansätze.

Die thematische Bandbreite von TRIALOG umfaßt u.a.: Verstädterung und Wohnungspolitik / Architektur und regionale Kulturen / Ökologie, Technologietransfer und Angepaßte Technologien / Ländliche Entwicklungsstrategien.

Die Beiträge in TRIALOG sind in Deutsch oder Englisch mit einer Zusammenfassung in der anderen Sprache.

Themen der letzten Nummern:

46 (3/95) Brasilien - Brazil
47 (4/95) Community-Based Housing Finance
48 (1/96) Infrastructure for Sustainable Development
49 (2/96) Istanbul Habitat
50 (3/96) Habitat II Crowding and Health
51 (4/96) Tailor-made? Maßgeschneidert?
52 (1/97) Gebaut in Lateinamerika
53 (2/97) Hof-Häuser
54 (3/97) Wiederaufbau in Kriegsregionen
55 (4/97) Planung kommunal
56 (1/98) Altstadterneuerung in Südostasien
57 (2/98) Lateinamerika - Wer baut die Stadt?
58 (3/98) Urban Heritage and Cultural Tourism

In Vorbereitung befindliche Hefte:
Gender and Cities
Curitiba
Forschung und Lehre
Planung und Gesundheit

Einzelhefte bis 1995 12,- DM zzgl. Porto,
Einzelhefte (ab Nr. 48) 15,- DM zzgl. Porto,
Abonnementpreise (4 Hefte/Jahr):
Normalabo: DM 75,- incl. Versand
Abo für Privatbezieher: DM 50,- (incl.)
Studentenabo: DM 37,50 (mit Bescheinigung)

Mitgliedschaft im Herausgeberverein: 100,- DM im Jahr (beinhaltet das TRIALOG-Abo)

Abo und Antrag auf Mitgliedschaft:
TRIALOG, Gislind Budnick, Heslacher Wand 35A, D-70199 Stuttgart, Tel. 0711-6071965

Einzelhefte zu beziehen über:
Magazin-Verlag, Schweffelstraße 6, D-24118 Kiel, Tel. 0431-56 58 99

da 21-Kampagnen zu fördern und mit den Hindernissen der Lokalen Agenda 21-Initiativen umzugehen.“ Na, wenn das mal nicht ermunternd und vielversprechend klingt!?

Diese traurige Publikation hätte eigentlich bestenfalls verschenkt werden sollen, wird aber für einen heftigen Preis verkauft. Voraussage: Ladenhüter der aufs Einstampfen, sprich „recycling“, wartet.

Florian Steinberg

Technologie

Claudia Lorenz-Ladener (Hrsg.). Holzbacköfen im Garten. Ökobuch-Verlag 142 S. ISBN 3-922964-69-9. 1998. DM 30,-. Ökobuch Verlag, PF 1126, 79216 Staufen.

Das Prinzip des Holzbackofens ist einfach: Ein mit genügend Masse umgebener Hohlraum wird mit offenem Feuer aufgeheizt, das Brennmaterial herausgenommen, und die Restwärme reicht aus, anschließend Brot, Gemüse oder Fleisch zu garen, wobei das unverkennbare Aroma ein zusätzlicher Bonus ist. Natürlich gibt es Optimierungen dieses 50.000 Jahre alten Prinzips, wie z.B. simultane Beheizung und Backen in getrennten Kammern oder Wärmeisolierung, die den Enegiebedarf herabsetzen. Diese und andere Fragen werden in dem vorliegenden Band für Selbstbauer berücksichtigt.

Das Buch enthält im ersten Teil eine interessante historische Einführung. Es folgen zwei akribische Bauanleitungen für Backöfen, die bei einem Kitsch-Wettbewerb problemlos den ersten Preis kassieren könnten, und eine „Abrundung“ der Herausgeberin mit ermutigenderen Beispielen aus der ganzen Welt, die zeigen, wie die Aufgabe formal auch besser zu lösen ist, mitsamt einer Auswahl an Backrezepten.

In Gegenden, wo genügend Abfall-Holz zur Verfügung steht, erlauben diese Backöfen eine effiziente und billige Zubereitung von Mahlzeiten aus nachwachsender Energie. Wo diese Voraussetzungen in Entwicklungsländern gegeben sind, sind die Backöfen ohnehin eingeführt und das Buch kann helfen, die traditionellen Modelle zu optimieren. In Europa dagegen wird es wohl eher die Aussicht auf wohlschmeckendere Speisen sein, die zum Bau von Backöfen verleiten wird.

Kosta Mathey

L. Franke et al.. Schadensatlas. Klassifikation und Analyse von Schäden an Ziegelmauerwerk. 165 S. ISBN 3-8167-4701-9. 1998. IRB Verlag, Stuttgart.

Das Buch ist das Ergebnis eines EG-geförderten Forschungprojektes zur Standardisierung in der Beschreibung und Diagnose von Bauschäden an Ziegelbauwerken. Zweck ist es, eine einheitlich und eindeutige Beschreibung von Bauschäden auch mit angelernten Fachkräften (europaweit?) möglich zu machen, was sicherlich für das internationale Versicherungs- und Ausschreibungswesen von großem Nutzen sein dürfte.

Als Instrumente der Identifikation von Schäden dienen einmal der Atlas - Gegenstand dieser Publikation - und das „Masonry Damage Diagnostic System“ (MDDS), das methodisch auch dem Atlas zugrunde liegt. Ein wesentlicher Bestandteil des Atlas ist die Festlegung verbindlicher Definitionen der verwendeten Begriffe, ein anderer eine relativ vollständige Beschreibung und Abbildung vorkommender Bauschäden, eingeteilt nach der Natur ihrer Ursachen. Obwohl die Schadensbehebung nicht Thema der Arbeit ist, erlaubt die Kenntnis der Ursachen oft schon, geeignete Maßnahmen zu Verhinderung weiterer Schadensbildung zu bestimmen. Kompliziert wird die Angelegenheit allerdings, wenn mehrere Ursachen zusammenkommen, wie z.B. Durchfeuchtung und Rissebildung, wobei sich die Schäden oft gegenseitig bedingen.

Nützlich ist das Buch in erster Linie bei der Sanierung älterer (einschließlich historischer) Gebäude - obwohl gerade Neubauten oft schneller Schäden entwickeln als alte Häuser. Deshalb gehört das Buch mit seiner Beschreibung der Schadenshergänge im Grunde genommen zuerst in die Hände von Architekturstudenten, die so später im Berufsleben durch bedachte Entwurfsarbeit und richtige Ausschreibungen dazu beitragen können, die Bauschäden gar nicht erst entstehen zu lassen.

Kosta Mathéy

Antje Lübers, Günter Pfeifer, Holger Reiners. Der neue Holzbau. 255 Seiten. ISBN 3-7667-1281-0. 1988. DM 148,-. Callway Verlag München.

Ein neuer Holzbau-Atlas: Nach einer Einführung über den Baustoff Holz, verschiedene Holzwerkstoffe und Holzverbindungen werden systematisch alle denkbaren Holzbau-Konstruktionssysteme vorgestellt. Diese Systeme werden anhand von Schnitten, (computersimulierten) Modellen von Details und Photos von architektonisch gelungenen Projekten illustriert.

World Habitat Awards
Call for Entries 1999

The Building and Social Housing Foundation is calling for entries for the World Habitat Awards 1999. Projects are sought, in both developed and developing countries, which offer sustainable futures to residents and which provide practical and imaginative solutions to current housing problems. All innovative housing solutions welcome, large or small, urban or rural.

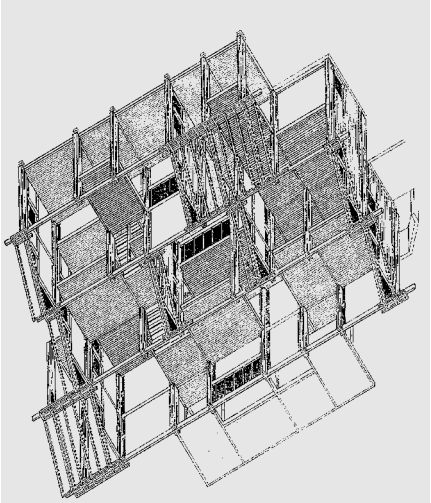
The Awards are presented each year on World Habitat Day. The winning projects have received world-wide publicity, with a view to encouraging their replication in many other countries. Prizes of £10,000 plus silver trophies are given to the two winners.

Preliminary submissions should reach the adress below before **July 1st, 1999**.

Further details are available from:
Ms. Diane Diacon - Deputy Director, Building and Social Housing Foundation
Memorial Square, Coalville, Leicestershire LE67 3TU, UNITED KINGDOM
Tel.: *44 (0) 1530 510 444, Fax: *44 (0) 1530 510 332
e-mail: BSHF@compuserve.com Web: http://www.bshf.org/

Die am Ende hinzugefügten Aspekte der Dachbeläge (z.B. Schindeln) und Holzverschalungen für Wände werden im Gegensatz zu den vorangehenden Kapiteln sehr stiefmütterlich behandelt und sind an anderer Stelle wesentlich besser beschrieben. Für alle im Holzbau entwerfenden Architekt/inn/en ein extrem nützliches Handbuch.

Kosta Mathéy



Lübers/Pfeifer/Reiners / Der neue Holzbau

Infrastruktur

A.P. Cotton, M. Sohail, W. K. Tayler. Community Initiatives in Urban Infrastructure. 99 S. 1998. Institute of Development Engineering, Loughborough University, Loughborough, Leicestershire LEII 3TU, UK.

Das *Water, Engineering and Development Centre* (WEDC) hat mit dieser kleinen Publikation sehr interessantes Neuland dokumentiert: Es geht um partizipative Partnerschaftsmodelle bei der Infrastrukturversorgung, speziell in armen Wohngegenden der Entwicklungsländer. Ausgehend von der Erfahrung, daß viele Bauunternehmer schlechte und überteuerte Arbeit leisten, wurde vor weniger als zehn Jahren in Sri Lanka erstmalig der Ansatz des *Community Contracting* ausgearbeitet, basierend auf der Idee, daß die betroffenen Bewohner die Qualität und andere Aspekte der Infrastrukturarbeiten überwachen sollten. Inzwischen haben britische Experten auf der Basis von Erfahrungen und Experimenten in Indien und Pakistan eine ganze Palette von Hilfsmitteln ausgearbeitet: Diese reichen von Standard-Modellen (mit detaillierten Erklärungen) bis zur Ausschreibung, Vertragsvergabe, Kostenschätzungen und administrativen und finanziellen Regeln für Bauunternehmer. Zu den verschiedenen Modalitäten gehört, daß die *Community* als Promotor (alleine oder zusammen mit der Gemeinde), als Projektberater und für bestimmte Ingenieurleistungen agieren kann.

Die Veröffentlichung ist eine Art Handbuch, das für alle Praktiker im Bereich der Slum-Sanierung eine interessante Arbeitshilfe darstellt, deren Einführung aber nicht ohne den zu erwartenden Kampf gegen Widerstand der kommunalen Verwaltungen und der Bauunternehmer möglich sein wird.

Florian Steinberg

Nachschlagewerke

GTZ. Die Begriffswelt der GTZ - deutsch/englisch. 347 Seiten. 1997. GTZ Stabsstelle 02, Eschborn.

Dieses „Fremdwörterlexikon“ der Entwicklungshilfe ersetzt das 1989 erschienen GTZ-Glossar, ist aber nicht nur aktualisiert, sondern auch wesentlich umfangreicher geworden. Die Schlagwörter mit relativ umfangreicher Erklärung sind zehn Zyklen der Projektentwicklung zugeordnet und nur innerhalb dieser Kapitel alphabetisch aufgelistet. Die Bereiche sind: das entwicklungpolitische Umfeld; Konzepte und Grundbegriffe; unternehmenspolitische Schwerpunkte der GTZ; Kunden und Partner der GTZ; Geschäftsfelder der GTZ; Organisation der GTZ; Personalwesen; Auftragsverfahren; Projektdurchführung; Bewertung der Projektarbeit. Außer der englischen Version sind von diesem für alle, die mit der GTZ irgendwie zu tun haben, ausgesprochen nützlichen Handbuch auch Parallelausgaben in französisch, spanisch und portugiesisch erhältlich.

Kosta Mathéy

Impressum

Herausgeber von TRIALOG ist die Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planen und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig)

Postadresse für Redaktion und Verein:
TRIALOG c/o Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen, Universität Karlsruhe, Postfach,
D-76128 Karlsruhe
e-mail: trialog@usa.net

Verlag und Vertrieb: Magazin Verlag, Schweffelstraße 6, D-24118 Kiel,
Tel. 0431-565899, FAX 0431-577056

ISSN Nr.: 0724-6234

V.i.S.d.P.: Michael Peterek, Stefan Thimmel
Redaktion: Michael Peterek, Stefan Thimmel
Satz / Layout: Ute Langendörfer
Buchrezensionen: Kosta Mathéy
Veranstaltungen: Klaus Teschner
Titelbild: Quartier in Bombay / Oliver Gehlen
Druck: Druckerei Grässer, Karlsruhe

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber/innen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Artikel, Ankündigungen und Informationen bitten wir an die Adresse des Vereins oder an die regionalen Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy (TRIALOG-Geschäftsstelle Berlin, Buchrezensionen, Austauschabos), Winterfeldstr. 45, D-10781 Berlin, Tel./FAX 030-2167281, e-mail: KMathey@aol.com
- Jürgen Oestereich (Internationale Kooperation), Am Dickelsbach 10, D-40883 Ratingen, Tel./FAX 02102-60740, e-mail: JOestereic@aol.com
- Gislind Budnick (Mitgliederverwaltung, Finanzen), Heslacher Wand 35A, D-70199 Stuttgart, Tel. 0711-6071965; FAX -6400354, e-mail: gb@trialog.de.eu.org
- Michael Peterek (TRIALOG-Geschäftsstelle), Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen, Universität Karlsruhe, D-76128 Karlsruhe, Tel. 0721-6083050 oder -378785, FAX -6083734, e-mail: Michael.Peterek@arch.uni-karlsruhe.de oder MPeterek@aol.com
- Klaus Teschner (Veranstaltungen, Anzeigen), Grunewaldstr. 14, D-10823 Berlin, Tel. 030-2151305; FAX -31421907, e-mail: tesc0831@mailszrz.zrz.tu-berlin.de
- Joanna Kotowski-Ziss, Dambachtal 9, D-65193 Wiesbaden, Tel. 0611-526162, FAX -59211
- Antje Wemhöner, Zwingli-Str. 4, D-10555 Berlin, Tel./FAX 030-39101525
- Hassan Ghaemi, Bessunger Str. 88d, D-64285 Darmstadt, Tel. 06151-963707/8, FAX -963709
- Hans Harms, 29 South Hill Park, London NW3 2ST, UK, Tel./FAX -44-171-4353953
- Florian Steinberg, c/o PEGUP, Vargas Machuca 408, San Antonio, Miraflores, Lima 18, PERU, Tel./FAX -51-1-4468560

TRIALOG 59 kostet DM 15,- zzgl. Versand
Abopreise für 4 Ausgaben (1 Jahrgang):
Normalabo: DM 75,- incl. Versand
Erm. Abo für Privatbezieher: DM 50,-
Studentenabo (m. Nachweis): DM 37,50
Luftpostzuschlag nach Übersee: DM 12,-

Die Kündigung eines Abos ist dem Verein spätestens zwei Wochen nach Erhalt des letzten berechneten Heftes mitzuteilen.

Abo und Antrag auf Mitgliedschaft im Herausgeberverein: TRIALOG, Gislind Budnick, Heslacher Wand 35a, D-70199 Stuttgart

Call for Papers

TRIALOG plant im Sommer 1999 ein Heft über „Lehre und Forschung zum Planen und Bauen in der Dritten Welt“ in Deutschland. Institute und Organisationen, die dazu einen Beitrag leisten möchten, sollten sich mit einem kurzen Exposé bis 15.3.1999 bei Klaus Teschner oder Michael Peterek melden.

ISSN 0724-6234

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
C12 086 J1

Veranstaltungen / Forthcomimg Events

December 17 - 19, 1998 in London, UK
Cities at the Millenium Conference. Speakers included: Saskia Sassen, Peter Marcuse et al. Organized by: Sophie Watson, Univ. of East London / Gary Bridge, Bristol Univ., e-mail: j.c.tremble@uel.ac.uk

January 10 - 13, 1999 in Birmingham, UK
Conference on Solid Waste Managment Recycle. Organizer: Development Administration Group (DAG), Univ. of Birmingham. Contact: Mr. Ian Blore, e-mail: i.c.blore@bham.ac.uk

March 11 - 13, 1999 in Venice, Italy
ESF Network 1999 Workshop on innovative practices and emerging concepts for sustainable urban management in developing countries - a European contribution: „Concepts and Paradigms of Urban Managment in the Context of Developing Countries". No registration fee. Number of participants limited. Contact / registration application: ESF Workshop Secretariat, Prof. Marcello Balbo, Inst. Universitario di Architettura di Venezia DAEST, Palazzo Tron, San Croce 1957, 30135 Venezia, Italy.
Tel. (*39 41) 2572 102, Fax (*39 41) 5240 807, e-mail: marcello@iuav.unive.it Additional information: Alain Durand-Lasserve, 7, rue Sante Garibaldi, 33 000 Bordeaux, France. Tel. (*33 5) 5699 1584, Fax (*33 5) 5699 15 851, e-mail: adl@dr15.cnrs.fr

March 25 - 26, 1999 in London, UK
International Conference „South to South: urban-environmental policies and politics in Brazil and South Africa". Organized by the Institute of Commonwealth Studies of the University of London. Contact: Ms. Imelda McGowen, Tel. (*44 171) 862 8844, Fax (*44 171) 862 8820 , e-mail: imcgowan@sas.ac.uk

March 29 - April 10, 1999 in Santa Clara, Cuba
Curso Taller Internacional „Rehabilitación Arquitectónica". Universidad de las Villas, Santa Clara. Inscription fee US$ 250. Contact: Ing. Amado Gonzáles Mirabal, e-mail: cidem@esivc.columbus.cu or Heike Vollmann, Oficina Chichi Padrón, Kassel. Tel. (*49 561) 804 3243, Fax (*49 561) 804 3533

May 6 - 7, 1999 in Bradford, UK
Conference on „People, Projects and Poverty". Organized by the Development and Project Planning Centre of the University of Bradford. Call for papers, deadline April 1, 1999. Registration fee: 50 £. Contact: David Potts, DPPC, Univ.of Bradford, Bradford, West Yorkshire, HD7 1DP. e-mail: d.j.potts@bradford.ac.uk

June 1 - 7, 1999 in San Francisco, Ca., USA
IAHS World Congress on Housing: „Housing Issues and Challenges for the New Millenium". Conveners: International Association for Housing Science (IAHS) / College of Environmental Design, Univ. of California, Berkeley. Fee till March 28, '99: US$ 500.
Contact: Al Borvice, Congress Co-Chair, 41 Sutter St. 1077, San Francisco, CA 94104 USA. Tel. (*1 415) 543 3940, Fax (*1 415) 543 3232 , e-mail: HdCongress@aol.com homepage: http://www.HdCongress.com

June 22 - 26, 1999 in Beijing, China
20th Congress of the International Union of Architects (UIA): „Architecture in the 21th Century". Speakers include Jean Nouvel, Alvaro Siza, Kenneth Frampton, Moshe Safdie, Rui Othake, Tadao Ando, Charles Correa, Philip Cox, Ken Yeang, Tay Kheng Soon. Registration fee till March 31, '99: US$ 450, students US$ 150.
Contact: Yuan Bin, XX UIA Congress '99 Organizing Committee, 8° Zhuzong Dayuan, East Beichen Rd., Chaoyang Dist., Beijing 100101, China. Tel. (*86 10) 649 24782 / 649 24791, Fax (*86 10) 649 24722, e-mail: uiabeijing99@public.gb.com.on homepage: http://www.cin.gov.on

September 20 - 24, 1999 in Rome, Italy
4th International Congress on Energy, Environment and Technological Innovation: „Technological Innovation and Compatible Uses of Natural Ressources". Organized by La Sapienza / Roma Tre University and Universidad Central de Venezuela.
Contact: EETI 99 - Univ. Central de Venezuela, Facultad de Ingeniería, P.O.Box 50656, Caracas 1050, Venezuela, Tel./ Fax (*58 2) 605 3086, e-mail: eeti99@camelot.rect.ucv.ve homepage: http://www.ing.ucv.ve/ceait/eeti.htm
or Prof. Gaspare Lavegas S., EETI 99 - Universitá degli Studi di Roma „La Sapienza", Facolta di Ingegneria, Vía Eudossiana, I-18-00184 Rome, Italy, Tel. (*39 6) 445 857 64 / 445 855 24, Fax (*39 6) 488 32 35 , e-mail: eti99@minerva.ing.uniromal.it homepage: http://minerva.ing.uniromal.it

November 1999 in La Habana, Cuba
Pedagogía de la Arquitectura y el Urbanismo. 3er Seminario Internacional de La Habana. Organizado por SIPAU.
Contacto: Prof. Dr. Arq. Rubén Bancrofft H., Comité Organizador, SIPAU, Facultad de Arquitectura, Instituto Superior Politécnico José A. Echeverría, La Habana, Cuba.
Tel. (*537) 206997,-206903. Fax (*537) 277129, 272964, 271574.

June 27 - July 2, 2000 in Gävle, Sweden
ENHR Research Conference: „Housing in the 21st Century: Fragmentation and Reorientation" Organized by the European Network on Housing Research & the Institute for Housing Research, Uppsala University. Call for papers, deadline for abstracts March 15, 2000.
Contact: Bengt Turner/ Eva Sandstedt/ Terry Hartig/ Lawrence Teeland/ Urban Fransson, Inst. for Housing Research, Uppsala University, PO Box 785, 80129 Gävle, Sweden. Tel. (*46 29) 420 6500, Fax (*46 29) 420 6501, homepage: http://ww.ibf.uu.se